

DUISBURGER ARBEITSPAPIERE OSTASIENWISSENSCHAFTEN

DUISBURG WORKING PAPERS ON EAST ASIAN STUDIES

Project Discussion Paper No. 52/2003

Claudia Derichs und Wolfram Schaffar (Hg.)

**Task Force – Interessen, Machstrukturen und internationale
Regime. Die WTO-Verhandlungen zum GATS
(Dienstleistungsabkommen) und sein Einfluss auf Asien**

Autoren:

**Grit Bergoint, Christoph Conrad, Kai Edel, Marc Kaumkötter, Tanja
Rivera, Melanie Stollwerck, Simon Weisgerber, Dorothea Wunsch**

**Institut für Ostasienwissenschaften (Institute for East Asian Studies)
Universität Duisburg-Essen
Standort Duisburg
D-47048 Duisburg, Germany
Tel.: +49-203-379-4191
Fax: +49-203-379-4157
e-mail: oawiss@uni-duisburg.de**

**©by the author(s)
October 2003**

Titel/Title:

Task Force: Interessen und Machtstrukturen in der WTO am Beispiel des Dienstleistungsabkommens GATS

Task Force: Interests and Power Structures within the WTO. The Case of the General Agreement on Trade in Services (GATS)

HerausgeberInnen/Editors

Claudia Derichs und Wolfram Schaffar

AutorInnen/Authors:

Grit Bergoint, Christoph Conrad, Kai Edel, Marc Kaumkötter, Tanja Rivera, Melanie Stollwerck, Simon Weisgerber, Dorothea Wünsch

Zusammenfassung/abstract:

Das Augenmerk richtet sich auf das Dienstleistungsabkommen GATS (*General Agreement on Trade in Services*), das sich 1994 „in due course“ dem GATT (*General Agreement on Trade and Tariffs*) anschloss und zu den folgenreichsten Abkommen innerhalb der Welthandelsorganisation WTO gezählt werden darf. Im Rahmen des GATS, das zum Ende der GATT-Uruguayrunde beschlossen, aber erst 2001 konkret verhandelt wurde, ist der grenzüberschreitende Handel mit Dienstleistungen geregelt. Die AutorInnen der einzelnen Kapitel stellen gezielte Fragen zum GATS, seinen Auswirkungen auf und seine Perzeption in ausgewählten Staaten Ost- und Südostasiens zu beantworten. Untersucht werden (a) Formen organisierter Globalisierungskritik in Japan; (b) japanische Investitionsprojekte in Südostasien mit Blick auf das Problem von Investitionsschutzabkommen; (c) Globalisierungskritik in Südostasien am Beispiel nationaler und transnationaler NGOs; und (d) die Frage nach der Interessenartikulation in der WTO aus der Perspektive des Südens.

The paper addresses the *General Agreement on Trade in Services* (GATS), which succeeded the *General Agreement on Trade and Tariffs* (GATT) in 1994 and forms one of the most controversially discussed agreements within the framework of the World Trade Organization (WTO). GATS, which was decided upon at the end of the Uruguay Round but not negotiated in detail before 2001, regulates the transborder trade in services of all kind. The authors of the following chapters examine certain questions concerning the GATS, relating to its effects on as well as its perception in selected states of East and Southeast Asia. Four chapters deal with (a) forms of organized critique of globalization in Japan; (b) Japanese investment projects in Southeast Asia in lieu of international agreements on investment protection; (c) critique of globalization in Southeast Asia focussing on the case of national and transnational NGOs; and (d) interest articulation within the WTO as seen from the South.

Schlagworte/keywords:

Welthandelsorganisation; Dienstleistungsabkommen GATS; Nord-Süd-Beziehungen; Ost- und Südostasien

World Trade Organization; General Agreement on Trade in Services; North-South Relations; East and Southeast Asia

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	IX
Organisierte Globalisierungskritik in Japan	1
<i>Von Grit Bergoint und Simon Weisgerber</i>	
1. Einführung.....	1
2. Charakteristika der globalisierungskritischen Szene in Japan	1
2.1 Globalisierungskritik als Thema?	2
2.2 Besonderheiten der Organisations- und Mitgliederstruktur	2
2.3 Aktivitäten der Gruppierungen/Organisationen	4
3. Fallbeispiele	5
3.1.1 Die Zielsetzungen	5
3.1.2 Die thematische Ausrichtung	5
3.1.3 Die Organisations- und Mitgliederstruktur	6
3.1.4 Die Aktivitäten und Projekte	6
3.2 Die People's Plan Study Group (PPSG)	8
3.2.1 Die Zielsetzungen	8
3.2.2 Die thematische Ausrichtung	8
3.2.3 Die Organisations- und Mitgliederstruktur	8
3.2.4 Die Aktivitäten und Projekte	9
4. Fazit.....	9
5. Quellenverzeichnis / Linkliste.....	11
<i>Japanische Investitionsprojekte in Südostasien –</i>	<i>13</i>
Japan im Spannungsfeld zwischen Multilateralismus und Bilateralismus.....	13
<i>von Dorothea Wunsch und Marc Kaumkötter</i>	
1. Einleitung	13
1.1 Bisherige Bemühungen um multilaterale Investitionsabkommen	14
1.2 Bisherige Bemühungen um Investitionsabkommen in der WTO	14
1.2.1 TRIMS.....	14
1.2.2 GATS	15
1.2.3 Geplantes Investitionsabkommen in der WTO.....	15

1.3 Japans multilaterale Orientierung.....	16
1.3.1 Japans offizielle Strategie für die multilateralen Verhandlungen in Cancun.....	17
1.3.2 Japans non-paper in Genf im Juni 2001	17
1.3.3 Kritik an Japans multilateraler Position von Seiten der Entwicklungsländer.....	17
2. Vom Multilateralismus zum Multilateralismus plus Bilateralismus und Regionalismus	19
2.1 Zunahme von bilateralen und regionalen Strategien.....	19
2.2 Regionale Strategien Ost- und Südostasiens.....	19
2.3 Beginn der Ära des Bilateralismus in Japan.....	21
2.3.1 Japan – Singapur	23
2.3.2 Japan – Südkorea	24
2.3.3 Japan – Mexiko	24
2.3.4 Japan – Chile	25
2.3.5 Weitere FTA Partner.....	25
2.4 Charakteristika Japans in den bilateralen Abkommen	26
2.4.1 Positiv- und Negativlistenansatz	26
2.4.2 Streitschlichtungsverfahren.....	26
2.4.3 Pre- und Post-Establishment.....	26
3. Zusammenfassung.....	27
4. Literatur	28

Globalisierungskritik in ASEAN-Ländern: Die Rolle nationaler und transnationaler NGOs 31

Von Kai Edel und Melanie Stollwerck

1. Einleitung und Hintergrund.....	31
2. NGO-Vernetzung im Südostasien.....	32
2.1 Allgemein.....	32
2.2 Focus on the Global South: Micro-Macro Issues Linking Program	33
3. Länderbeispiel Thailand.....	34
3.1 Assembly of the Poor.....	34
3.2 Pak Moon Staudamm	34
4. Länderbeispiel Philippinen.....	37
4.1 Allgemeines zur philippinischen NGO-Szene.....	37
4.2 Fallbeispiel: San Roque-Staudamm	38

4.3 NGO-Vernetzung in Südostasien: Philippinen.....	39
4.3.1 Focus on the Global South und Freedom from Debt Coalition (FDC)	40
4.3.2 International Rivers Network (IRN), Rivers Watch East and Southeast Asia (RWESA), Cordillera People's Alliance (CPA) und Santanhay Shalupirip Indigenous Peoples' Movement (SSIPM)	40
4.3.3 Caucus of Development NGO Networks (CODE-NGO) und Cordillera Network of Development NGOs and POs (CORD-NET)	41
5. Vergleich und Fazit	41
6 Literatur- und Quellenverzeichnis.....	42
Interessenartikulation innerhalb der WTO: Ein Nord-Süd-Vergleich	45
<i>Von Christoph Conrad und Tanja Rivera</i>	
1. Einleitung	45
2. Strukturelemente der WTO	45
2.1 Entscheidungsfindungsprozess in der WTO	48
2.2 Green room-Gespräche.....	48
3. Länderbeispiele	49
3.1 Indonesien	50
3.2 Indien.....	50
4. Der Technical Assistance Plan	51
4.1 Die Einbettung in das WTO-System	51
4.2 Der Technical Assistance Plan 2002	53
4.3 Kritik aus den Beispielländern.....	57
5. Fazit	58

Vorwort

Interessen, Machtstrukturen und internationale Regime. Die WTO-Verhandlungen zum GATS (Dienstleistungsabkommen) und sein Einfluss auf Asien

Die vorliegende Expertise geht auf eine Initiative zurück, die mit dem Ziel, Innovation in der Lehre einzuleiten, im Sommersemester 1999 begann. Nach einem erfolgreichen Pilotprojekt mit dem Planungsstab des Auswärtigen Amtes hat sich das Projekt „Task Force“ in vielen Varianten als praxisnahe Veranstaltung und als *good practice*-Beispiel für den Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Wirtschaft erwiesen.

Task Forces sind, salopp ausgedrückt, mobile beratende Einsatztruppen und, von ihrer Funktion und Leistung her betrachtet, temporäre *think tanks*. Sie setzen sich zusammen aus Gruppen von bis zu 15 Studierenden, die sich wiederum in Kleingruppen von 2-4 Personen aufteilen. Die gesamte Gruppe bearbeitet ein aktuelles Thema mit realpolitischer Relevanz und präsentiert die Ergebnisse am Ende des Semesters schriftlich und mündlich vor entsprechendem Fachpublikum, in der Regel vor den Auftraggebern und anderen thematisch Interessierten. Erstellt werden Expertisen, Gutachten oder Konzepte zu aktuellen Fragen der nationalen und internationalen Politik und Wirtschaft. Bei der Präsentation an Ort und Stelle in Verbänden, Bundesämtern, öffentlichen und privaten Organisationen bietet sich die Gelegenheit, die Ergebnisse mit "Realpolitikern", Ministerialbeamten, Unternehmern und anderen Fachkundigen gemeinsam kritisch zu diskutieren. Task Forces bieten also die Chance, tatsächliche Beratung zu trainieren, die Herausforderung anzunehmen, eigene Arbeitsergebnisse von Experten aus der Praxis testen zu lassen, und nicht zuletzt, ins aktuelle politisch-wirtschaftliche Tagesgeschäft hinein zu schauen, mitzuwirken und Anregungen zu geben.

In der vorliegenden Expertise werden Probleme untersucht, die in einem globalen Maßstab nach kritischer Prüfung und Einflussnahme rufen. Das Augenmerk richtet sich auf das Dienstleistungsabkommen GATS (*General Agreement on Trade in Services*), das sich 1994 „in due course“ dem GATT (*General Agreement on Trade and Traiffs*) anschloss und zu den folgenreichsten Abkommen innerhalb der damals neu gegründeten Welthandelsorganisation WTO gezählt werden darf. Im Rahmen des GATS, das zum Ende der Uruguayrunde beschlossen und seit dem in aufeinanderfolgenden Handelsrunden weiter verhandelt wird, ist der grenzüberschreitende Handel mit Dienstleistungen geregelt. Das Abkommen umfasst dabei sämtliche Dienstleistungen außer solchen, die in hoheitlicher Gewalt erbracht werden, also etwa den Luftverkehr oder das Militär eines Staates betreffen. Die Konsequenzen, die eine Regelung aller nicht-hoheitlichen Dienstleistungen für die Länder des Südens nach sich ziehen kann oder gar schon nach sich zieht, liegen nicht einfach auf der Hand, sondern verbergen sich meist hinter unscheinbaren Formulierungen im Vertragstext. Die Auslegung der Wortlaute führt dann häufig zu ungeahnten Nachteilen für die Betroffenen – und dies sind in der Mehrzahl die Entwicklungsländer.

Weltweit haben sich Organisationen und Netzwerke gebildet, die den Prozess der WTO-Verhandlungen, die Beschlüsse und vor allem auch die in deren Vorfeld gesammelten Argumente für oder gegen eine bestimmte Maßnahme kritisch begleiten, eigene Argumente artikulieren, den benachteiligten Akteuren Unterstützung anbieten und – die in den Industrieländern wohl wichtigste Aufgabe – eine alerte Öffentlichkeit zu mobilisieren versuchen. Die Nichtregierungs-Organisation *Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung* (WEED) ist in Deutschland eines der Foren für die kritische Begleitung der WTO-Verhandlungen durch WissenschaftlerInnen und ExpertInnen verschiedener Provenienz. Auf ihren Auftrag hin übernahmen im Winter 2002 die AutorInnen der nachfolgenden Kapitel die Arbeit, gezielte Fragen zum GATS, seinen Auswirkungen auf und seine Perzeption in ausgewählten Staaten Ost- und Südasiens zu beantworten. Die Ergebnisse der Untersuchungen wird hier in vier Einzelkapiteln dargestellt, die von jeweils zwei Studierenden verfasst wurden.

Im Februar 2003 stellten alle AutorInnen die Quintessenz ihrer Arbeitsergebnisse in Form einer Power-Point-Präsentation einem interessierten Fachpublikum im Bonner *Zentrum für Entwicklungsforschung* (ZEF) vor. Die vollständige Darstellung der Arbeitsergebnisse, in die auch die Diskussionsergebnisse der „Bonner Runde“ eingeflossen sind, liegt mit dieser Publikation vor. Zur schnellen Übersicht geht jedem Kapitel eine knappe *executive summary* voraus. Die Inhalte der Kapitel basieren auf der eigenständigen Recherche der Studierenden. Einschlägige schriftliche Publikationen inklusive grauer Literatur und Internet-Materialien wurden für die Analyse herangezogen. Im Falle der japanbezogenen Themen arbeiteten die Studierenden mit originalsprachigen Quellen und mit Interviewpartnern in Japan. In den ASEAN-Ländern wurden InterviewpartnerInnen aus den jeweils ausgewählten Ländern konsultiert (im persönlichen Gespräch oder über Email).

Betont werden muss nicht, dass die in der vorliegenden Publikation vertretenen Meinungen nicht unbedingt mit denen der beteiligten FachgebietsvertreterInnen übereinstimmen. Die Ausführungen laden zur kritischen Auseinandersetzung mit den bearbeiteten Themen ein. Einige Vorschläge und Anregungen sind sicherlich ohne größeren Zeit- und Verwaltungsaufwand umsetzbar, andere wiederum verlangen nach Reflexion. Gemeinsam ist den hier aufgestellten Bestandsaufnahmen, Befunden und Anregungen, dass sie auf die reale politische und wirtschaftliche Situation der untersuchten Länder Bezug nehmen und weniger darauf ausgerichtet sind, eine theoriegeleitete und damit eher abstrakte Expertise zu liefern. Die beteiligten Studierenden sind mit der Region Ost- und Südostasien nicht nur vom Hörsaal aus vertraut, sondern haben reale Studien- und Lebenserfahrung in den Ländern.

Besonderer Dank gebührt an dieser Stelle dem *Zentrum für Entwicklungsforschung*. Die Möglichkeit, die ausgearbeitete Präsentation dort vorzuführen und öffentlich zu diskutieren half uns vor allen Dingen angesichts der Tatsache, dass uns von Seiten des Auftraggebers WEED niemand zur Verfügung stand, um die wunschgemäße Ausführung des Auftrags bei dieser Gelegenheit zu begutachten. Die Enttäuschung darüber wurde indes durch die Teilnahme anderer wertvoller DiskussionspartnerInnen aus verschiedenen universitären und öffentlichen Institutionen kompensiert. Allen TeilnehmerInnen möchten wir daher an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich für ihr Kommen und ihre Diskussionsbereitschaft danken. Eine Task Force ist für Studierende wie für Lehrende eine besondere Erfahrung, die im Universitätsalltag recht selten vorkommt. Wir hoffen, dass der Einsatz sich gelohnt hat und vielleicht sogar die ein oder andere Anregung aus den Analysen in die weitere Diskussion aufgenommen wird.

Duisburg und Bonn, im Juni 2003

Dr. Claudia Derichs und Dr. Wolfram Schaffar

Organisierte Globalisierungskritik in Japan

Von Grit Bergoint und Simon Weisgerber

Zusammenfassung:

Globalisierungskritische Stimmen in Japan werden vor einem anderen Hintergrund laut als die in den asiatischen Nachbarländern. Diesen Hintergrund formt indes nicht allein der Umstand, dass Japan zu den führenden Industrienationen zählt und die Probleme eines Entwicklungslandes, das mit den Begleiterscheinungen der neoliberalen Globalisierung konfrontiert ist, nicht teilt. Vielmehr tragen auch historische Besonderheiten und spezifische strukturelle Merkmale der zivilgesellschaftlichen Organisation in Bewegungen, NGOs und NPOs zu diesem Hintergrund bei. Der Beitrag stellt diese Merkmale sowie ganz konkret zwei Nichtregierungsorganisationen bzw. *non profit*-Gruppen vor, um die „globalisierungskritische Szene“ in Japan zu erklären. Im Vergleich zu den Nachbarländern in Südostasien, so die AutorInnen, befindet sich Japans „Szene“ noch im Aufbaustadium einer übergreifenden globalisierungskritischen Bewegung.

1. Einführung

Kritik an einem Wirtschaftssystem, das von den Triadenmächten (USA, Japan, EU), ihren transnationalen Unternehmungen sowie den großen Wirtschafts- und Finanzorganisationen wie IMF, Weltbank, WTO etc. bestimmt wird, überrascht nicht, wenn sie aus den vermeintlichen „Verliererländern“ der neoliberalen Globalisierung (z.B. zahlreiche afrikanische und südamerikanische Staaten) kommt. Es stellt sich jedoch die Frage, wie sich die Situation bezüglich derartiger Kritik in eben den Ländern darstellt, die als die Pfeiler des derzeitigen Weltwirtschaftssystems angesehen werden können.

Im Rahmen der nachfolgenden Ausführungen soll deshalb der Fokus auf Japan gerichtet und eine Darstellung der dortigen globalisierungskritischen „Szene“ durchgeführt werden. Japan ist als zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt ganz fundamental an einem globalen Freihandelssystem interessiert, nicht zuletzt – weil sie von diesem elementar abhängig ist. Zuerst werden hierbei allgemeine Charakteristika und Tendenzen bezüglich der thematischen Ausrichtung, Mitgliederstruktur, Organisationsform und Aktivitäten der Szene dargestellt; im weiteren Verlauf werden zwei Beispiele von Gruppen/Organisationen untersucht, die unserer Meinung nach aktuelle Tendenzen in der organisierten Globalisierungskritik veranschaulichen.

2. Charakteristika der globalisierungskritischen Szene in Japan

Vorausschickend muss darauf hingewiesen werden, dass, wenn von einer „Szene“ gesprochen wird, man von einer zu eng gefassten Auslegung des Begriffes absehen sollte. So sollten negative Konnotationen des Begriffs nicht zu einer voreingenommenen Sicht führen. Auch in Japan zeichnet sich dieser Bereich der Gesellschaft durch eine starke Heterogenität bezüglich der einzelnen Kategorien, wie beispielsweise der Organisationsform oder der Mitgliederzahl der einzelnen Akteure, aus. Dies sollte bei den Generalisierungen, die zur Beschreibung der Szene unvermeidlich sind, nicht aus den Augen verloren werden. Außerdem stellt dieser Sachverhalt unserer Meinung nach keine spezifisch japanische Besonderheit dar, sondern kann – wenn auch möglicherweise unter graduell anderen Umständen – auf den deutschen Kontext übertragen werden.

2.1 Globalisierungskritik als Thema?

Die NGO/NPO-Szene in Japan ist traditionell stark von der Friedens- und Umweltbewegung geprägt und beeinflusst; exemplarisch hierfür stehen international agierende Organisationen wie beispielsweise Greenpeace oder Friends of Earth (FoE), die als die bekanntesten Akteure gelten können.

Aus Platzgründen verzichten wir auf eine eingehendere Analyse der Gründe dieser Prägung der Szene und verweisen nur stichpunktartig auf die japanische Geschichte, den Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki durch die USA, die exponierte Stellung Japans als „unsinkbarem Flugzeugträger“ der westlichen Nationen zur Eindämmung des Kommunismus in Zeiten des Kalten Krieges sowie auf die japanischen Erfahrungen mit negativen Umweltauswirkungen und Gesundheitsschäden der Bevölkerung durch die Ausrichtung auf ein wirtschaftliches Wachstum „um jeden Preis“, die Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre als Minamata- (Quecksilbervergiftungen) und Itai-Itai-Krankheit (Cadmiumvergiftungen) traurige Berühmtheit erlangten.

Für unsere Arbeit ist von Bedeutung, ob, und wenn ja, wie das Thema Globalisierungskritik in Japan aufgegriffen und behandelt wird. Auffallend ist, dass sich zwar zahlreiche vor allem kleinere Gruppen auf den ersten Blick des Themas annehmen, dass diese thematische Ausrichtung aber oft als reines Lippenbekenntnis einzustufen ist: Zwar wird auf nahezu allen Homepages und in Pamphleten der Begriff „Globalisierungskritik“ verwendet, der Themenkomplex somit angeschnitten und „besetzt“. Bei genauerer Begutachtung der Aktivitäten und der Hauptarbeitsfelder wird jedoch bald klar, dass sich ein Großteil dieser Akteure mit Globalisierungskritik abseits der klassischen Felder „Frieden“ und „Umwelt“ nur recht oberflächlich befasst. Eine explizite Problematisierung spezieller Sachverhalte und Themen (gerade auch bezüglich der multilateralen Abkommen wie z.B. GATS) steht vielfach noch aus.

In den wenigen Fällen, in denen eine eingehende Problematisierung stattfindet, werden grundlegende globale Zusammenhänge zwar prinzipiell erkannt, jedoch bedauerlicherweise nur äußerst selten als binnenwirksam erachtet; die Relevanz für den japanischen Kontext wird nicht genügend zur Kenntnis genommen und Probleme werden im wenig greifbaren internationalen Raum verortet.

Dieser Sachverhalt spiegelt sich auch in der Presselandschaft wider: Bei einer exemplarischen Suche in der Datenbank der *Asahi Shinbun* (eine der fünf großen Tageszeitungen Japans) wurden unter dem Begriff „Globalisierungskritik“ für die letzten zwei Jahre gerade einmal sechs Einträge gefunden, die sich dann auch noch fast ausschließlich mit derartiger Kritik in anderen Ländern (z.B. in den USA) auseinandersetzen.

2.2 Besonderheiten der Organisations- und Mitgliederstruktur

Wie bereits angesprochen, zeigt sich auch im Bereich der Organisationsformen eine starke Heterogenität: Von Gruppierungen mit Hunderten von Mitgliedern und „wirklichem“ Organisationscharakter bis hin zu „one (wo)man shows“, die sich zumeist auf einen Internetauftritt mittels einer Homepage beschränken, reicht das Spektrum der Akteure.

Als ein besonderes Merkmal der japanischen Situation kann darüber hinaus die sehr starke Personenabhängigkeit und -zentrierung vieler Gruppen und Organisationen gesehen werden: Eine (meist ältere männliche) Führungspersönlichkeit steht der jeweiligen Gruppe vor, woher auch der Begriff der „Herrschaft der alten Männer“ herrührt, der in der Fachliteratur zur NGO-Szene in Japan des Öfteren auftaucht. Sollte diese Person aus irgendeinem Grund ausscheiden, ist nicht nur ein zeitweiliges, sondern oft ein permanentes Erlahmen der

Aktivitäten, wenn nicht sogar die Desintegration der gesamten Organisation zu beobachten (Beispiel: Das von seiner Themenausrichtung auf „grassroots-Globalisierungskritik“ orientierte „Shimin Forum 21“, das sich nach Ausscheiden der zentralen Figur recht bald auflöste). Mit anderen Worten steht und fällt der Erfolg vieler Gruppierungen mit einer solchen Führungspersönlichkeit.

Dieser Sachverhalt steht in enger Verbindung mit der schon als klassisch zu bezeichnenden Titulierung vieler Bürgerinitiativen und NGO/NPO-Gruppen als „Hausfrauenvereinigungen“. Zwar steht, wie eben dargelegt, häufig ein Mann der jeweiligen Gruppe vor und repräsentiert diese in der Öffentlichkeit, den Großteil der Basisarbeit erledigen aber die „Vollzeithausfrauen“ (*senjyō shūfu*). Diese suchen häufig einen Ausgleich zu ihrem tristen Alltag, wollen der Isolation in den eigenen vier Wänden entgehen und die freie Zeit sinnvoll nutzen, wobei sich ein Engagement in Bürgerinitiativen und NGOs anbietet.

Hier ist aber nach unserer Beobachtung ein gewisser (wenn auch noch langsamer) Wandel zu verzeichnen. Einerseits übernehmen zunehmend Frauen die effektive Führung, Leitung und Repräsentation von Gruppen, andererseits ist es auch erklärtes Ziel vieler Organisationen, andere Bevölkerungssegmente für ein Engagement zu mobilisieren (z.B. Aktionen an Universitäten, um Studenten für die Arbeit zu gewinnen; spezielle Aktionen, um Senioren anzusprechen).

Ein weiterer Aspekt der japanischen Szene verdient unserer Meinung nach besondere Beachtung: Die Frage nach der „Loyalität“. Ein großer Teil der zivilgesellschaftlichen Akteure zielt zwar nicht auf einen wirtschaftlichen Ertrag ab (also *non profit*), aber eine kritische Haltung gegenüber Regierungs- und Verwaltungshandeln muss immer auch vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass viele NPOs oft den weitaus größten Teil ihrer Finanzmittel aus dem Budget des jeweils für ihren Tätigkeitssektor zuständigen Ministeriums beziehen. Es besteht eine Abhängigkeit. Selbst nach dem selektiven Prozess der Genehmigung der Mittel (ohne die die meisten Gruppen einfach nicht existenzfähig wären) erfolgt eine umfassende Kontrolle der Aktivitäten durch die angesprochenen Administrationsstellen. Diese Relation führt dazu, dass ein wirklich unabhängiges und dem eigentlichen Anliegen (Minderheitenschutz, Menschenrechte, Verbraucherschutz usw.) gegenüber verpflichtetes Handeln häufig nicht in vollem Umfang realisierbar ist.

Erwähnung muss in diesem Zusammenhang auch das so genannte „NPO-Gesetz“ von 1998 finden. Mittels dieses Gesetzes ist es für engagierte Initiativen wesentlich leichter geworden, den Status als „gemeinwohlorientierte Gruppen“ zu erhalten, also eine rechtliche Aufwertung zu erfahren. Dies sollte vor allem zur Steigerung der Anerkennung durch die japanische Bevölkerung dienen, um so ein Interesse für die Arbeit der jeweiligen NPOs zu wecken, Unterstützung und Verständnis zu generieren und eventuell neue Möglichkeiten des *fund raising*, also der Mittelbeschaffung, aufzutun.

Ein vielfach kritisierte Schwachpunkt des Gesetzes von 1998, nämlich die Tatsache, dass die Möglichkeit, Spenden an die jeweiligen NPOs steuerlich absetzen zu können, nicht in das Gesetz aufgenommen wurde, ist im Rahmen einer Revision im Jahr 2001 behoben worden. Zwar müssen seitens der NPOs sehr streng formulierte Kriterien – z.B. bezüglich des Nachweises der „wirklich gemeinwohlorientierten“ Verwendung der erhaltenen Spenden – eingehalten werden, um sich für eine derartige steuerliche Privilegierung zu qualifizieren. Trotzdem kann dieser Sachverhalt zumindest als ein wichtiger Etappensieg auf dem Weg hin zu einer vitalen und selbständige(re)n Zivilgesellschaft angesehen werden.

Am bedeutendsten in diesem Zusammenhang ist sicherlich die Tatsache, dass der Anerkennungsprozess, durch den die jeweilige Gruppe größere Flexibilität bei der Mittelbeschaffung und somit auch zunehmende Attraktivität für Interessierte erhält, durch politische und Verwaltungsinteressen beeinflusst werden kann. Dass dies auch geschieht, geht aus entsprechenden Äußerungen von „Betroffenen“ hervor: Allzu kritische Stellungnahmen

gegenüber der Regierungspolitik und allzu entschiedenes Eintreten für Interessen, die nicht mit dem Establishment konform gehen, können dazu führen, dass der betreffenden Gruppierung – wenn auch formal alle Bedingungen erfüllt sein mögen – der rechtlich aufgewertete Status als anerkannte NPO vorenthalten wird. Dies dürfte als eines der Hindernisse auf dem Weg, eine stärkere und unabhängigere japanische NGO/NPO-Szene zu etablieren, angesehen werden.

Insgesamt fällt bei der Analyse der japanischen NGO-Szene und des globalisierungskritischen Spektrums eine noch unzureichende Vernetzung unter den verschiedenen Gruppen auf. Zwar sind oft Existenz und Arbeitsfelder anderer Gruppierungen bekannt, aber aus Äußerungen von Vertretern der Szene wird deutlich, dass hier ein noch unerschlossenes Potenzial angenommen wird und Chancen auf Synergieeffekte gesehen werden.

In diesem Bereich ist nach unserer Beobachtung vor allem in den letzten ein, zwei Jahren Bewegung zu registrieren: Zunehmend werden Anstrengungen unternommen, aktiv den Kontakt mit Gruppierungen zu suchen, die an ähnlichen Themen arbeiten. Es wird versucht, Informationen und Fachleute auszutauschen, konzertierte Aktionen zu planen und durchzuführen, insgesamt also ein verbessertes Netzwerk innerhalb der Szene aufzubauen, und Integration und Zusammenarbeit zu fördern.

Auch wenn dieser Prozess sich noch im Anfangsstadium befindet, ist eine Ausrichtung auf stärkere Zusammenarbeit nicht zu übersehen: Bei Kontakt mit japanischen Vertretern der globalisierungskritischen Szene wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass man in Zukunft explizit mehr Wert auf eine Zusammenarbeit über thematische und geographische Grenzen hinweg legen müsse, um den Globalisierungsprozessen, wie z.B. multilaterale Handels- und Dienstleistungsabkommen, ein angemessenes Handeln entgegensetzen zu können. Die Erkenntnis, dass über Länder- und Regionalgrenzen hinweg alle Menschen betroffen sind, setzt sich also auch hier mehr und mehr durch. Eine Ausnahme bildet allerdings die Gruppe People's Plan 21 (PP21) dar, auf die weiter unten noch Bezug genommen wird.

2.3 Aktivitäten der Gruppierungen/Organisationen

Es gibt ein weites Feld von möglichen Aktionsformen, derer sich die jeweiligen Akteure bedienen können. Bei der Untersuchung der globalisierungskritischen Szene in Japan fiel uns auf, dass in diesem Bereich eine noch unzureichende Diversifizierung zu beobachten ist. Damit ist gemeint, dass entsprechende Gruppierungen sich bisher oft nur eines begrenzten Spektrums von Aktionen bedient haben, wobei Vortragsveranstaltungen, Symposien sowie Publikationen (entweder in Druckform oder im Internet) und Postkartenkampagnen hier den wohl größten Anteil ausmachen.

In stärkerem Maße öffentlichkeitswirksame Aktivitäten – beispielsweise Demonstrationen und Kundgebungen, wie man sie im Kontext der Friedensbewegung vor dem Hintergrund des Krieges im Irak derzeit auch in Japan beobachten kann – blieben bisher in der globalisierungskritischen Szene auf nur sehr wenige Einzelfälle beschränkt.

In Verbindung mit der Tendenz zur zunehmenden Vernetzung, die bereits oben angesprochen wurde ist jedoch auch hier in den letzten ein, zwei Jahren eine Ausweitung des Aktivitätenspektrums zu beobachten: Ein Mehr an Zusammenarbeit und Koordination zwischen den Gruppierungen ermöglicht auch die Organisation und Durchführung von Aktionen, die auf ein größeres Publikum und größere Öffentlichkeitswirkung ausgerichtet sind, wobei der Darstellung dieser Aktionen in den Massenmedien wie Fernsehen und Radio eine immer wichtigere Rolle zukommt (siehe unten Fallbeispiel ATTAC).

Derzeit befinden sich viele globalisierungskritische Akteure immer noch in einer Art „Anfangsstadium der Informationsbeschaffung“: Zentrale Vertreter von Organisationen nehmen an internationalen Symposien und Foren wie z.B. dem Asian Social Forum (ASF)

oder dem World Social Forum (WSF) teil, um dort bei Informationsveranstaltungen und Diskussionen themenbezogenes Wissen zu sammeln, dieses nach Rückkehr in die Arbeit der eigenen Gruppe einzubringen und somit die notwendige fachspezifische Kompetenz zu vermitteln.

Durch Informationsarbeit in Japan soll wiederum interessierten TeilnehmerInnen, problembezogenes Wissen vermittelt werden, damit sie dann ihrerseits als Multiplikatoren fungieren.

Dies wird als grundlegende Voraussetzung dafür angesehen, nach und nach der japanischen Bevölkerung die globalen Zusammenhänge von lokalen und nationalen Problemen zu verdeutlichen und dadurch ein kritisches Bewusstsein bezüglich der negativen Implikationen der neo-liberalen Globalisierung aufzubauen.

3. Fallbeispiele

Während der Recherche zum Thema sind wir auf eine Vielzahl von Gruppierungen und Organisationen gestoßen, deren Stellungnahmen in irgendeiner Form globalisierungskritische Themen und Forderungen enthalten. Wie bereits oben erwähnt befinden sich darunter auch teilweise sehr kleine Gruppen und Individuen, deren Schwerpunkt ursprünglich in anderen Bereichen, z.B. der Umwelt- oder Friedensbewegung liegt. All diese Gruppierungen sind zwar als Teil der lebhaften Szene in Japan durchaus von Bedeutung, als Fallbeispiele untersuchen wir jedoch solche Gruppen, die sich schwerpunktartig mit globalisierungskritischen Fragestellungen beschäftigen. Unter diesem Gesichtspunkt stehen besonders ATTAC und die People's Plan Study Group (PPSG) hervor.

3.1 ATTAC in Japan

ATTAC Japan gliedert sich in drei Regionalgruppen: Kansai (im Raum Osaka/Kobe), Tôkyô (Hauptstadtregion) und Kyôto. Die erste Gruppe, die „Kansai-Gruppe“, wurde im November 2001 gegründet, kurz darauf, am 09. Dezember 2001, formierte sich die Tôkyôter Gruppe, und im Mai 2002 folgte als bislang letzte regionale Gruppe die Gruppe in Kyôto.

3.1.1 Die Zielsetzungen

Die grundlegenden Ziele von ATTAC Japan sind der Aufbau eines Netzwerkes globalisierungskritischer Gruppierungen, das Schaffen eines Problembewusstseins für globalisierungskritische Themen in der Bevölkerung und die Suche nach Alternativen zum Paradigma der neo-liberalen Globalisierung.

In einem Grundsatzpapier zur Gründung der Tôkyôter ATTAC-Gruppe heißt es, dass die Gruppe sich dafür verantwortlich fühlt, ein Netzwerk für all die Bewegungen (Gewerkschaften, Bürgerbewegungen, etc.) zu schaffen, deren Ziel der Kampf gegen die neo-liberale Globalisierung der Wirtschaft ist, um dieses Ziel gemeinsam und solidarisch in Angriff zu nehmen.

In der Selbstdarstellung der „Kyôto-Gruppe“ auf ihrer Homepage findet man ein Bekenntnis zu einer „alternativen Globalisierung“; nicht strikte „Anti-Globalisierung“, sondern die Suche nach einer Alternative zu dem von den Industrieländern und multinationalen Konzernen dominierten Prozess sei das anzustrebende Ziel.

3.1.2 Die thematische Ausrichtung

Die thematische Ausrichtung der ATTAC-Gruppen, wie sie sich beispielsweise in dem bereits erwähnten Grundsatzpapier der Tôkyôter Gruppe oder in Selbstdarstellungen der Gruppen in Kyôto und Kansai zeigt, ist zunächst sehr allgemein. Im Gegensatz zu vielen

kleineren Gruppen der Umwelt- und Friedensbewegung in Japan liegt der Schwerpunkt aber explizit auf „Globalisierungskritik“; zum Ausdruck der Kritik werden „die Macht der multinationalen Konzerne“, „die WTO“ oder „das System globaler Finanzspekulationen“ angeprangert. Neben der Kritik am gegenwärtigen weltwirtschaftlichen System werden auch umwelt- und entwicklungspolitische Fragestellungen angesprochen, jedoch in der Regel in Verbindung mit bzw. als Probleme der zunehmenden Globalisierung.

In den gleichen Quellen findet man allerdings auch den Bezug zu japanspezifischen, innenpolitischen Themen. In erster Linie sind hier die von der Koizumi-Regierung vorangetriebenen Strukturreformen zu nennen. Thematisiert wird diesbezüglich vor allem die Privatisierung ehemals staatlicher Unternehmen (aktuell: die geplante Privatisierung des Postwesens) und die Auswirkung dieser Privatisierungen auf die Arbeitnehmer.

Besonders im Hinblick auf das Ziel, die Bevölkerung für die Probleme der Globalisierung zu sensibilisieren, wird vor allem von den Gruppen in Kyôto und Kansai außerdem der Bereich Nahrungs- bzw. Lebensmittelsicherheit thematisiert. In diesem Zusammenhang und vor dem Hintergrund, dass die Landwirtschaft und den Agrarmarkt betreffende Themen in Japan oft besonders heikel sind, werden z.B. Probleme wie genmanipuliertes Getreide oder BSE angesprochen und mit der zunehmenden Globalisierung verknüpft, um eine persönliche Betroffenheit der Bevölkerung mit sonst häufig recht abstrakten Fragestellungen der Globalisierung herzustellen.

3.1.3 Die Organisations- und Mitgliederstruktur

Die Mitgliederstruktur der japanischen ATTAC-Gruppen ist so vielfältig wie das abgedeckte Themenspektrum. Einen guten Überblick über die Zusammensetzung gibt eine Teilnehmerliste aus der Ankündigung zur Gründung der Tôkyôter ATTAC-Gruppe. An dieser Veranstaltung haben Vertreter verschiedenster Organisationen und Bewegungen teilgenommen, so z.B. ein Vertreter der Postgewerkschaft, der über den Kampf gegen die staatliche Privatisierungsoffensive gesprochen hat, der Leiter des Zentrums für Ernährungspolitik „Vision 21“, der über die Herausforderungen der Globalisierung für die japanische Landwirtschaft referierte, Vertreter der Antikriegsbewegung, ein Vertreter der Bewegung gegen das japanisch-koreanische Investitionsabkommen, der eine Kampagne gegen dieses Abkommen vorstellte, und viele andere Teilnehmer.

Die zentralen Persönlichkeiten von ATTAC in Japan – die „Repräsentanten“ der Gruppen – sind in der Regel Akademiker, so z.B. der Repräsentant der Kansai-Gruppe, Sugimura Masaaki, ein Professor für Betriebswirtschaft und Französisch an der Ryûkoku-Universität in Kyôto und der Repräsentant der Kyôto-Gruppe, Hirakawa Hideyuki, Professor für Sozialwissenschaften an der Kyôto-Chôshi-Universität.

Besonders Sugimura scheint als Repräsentant der Kansai-Gruppe eine zentrale Rolle innerhalb der ATTAC-Organisation in Japan einzunehmen. Er scheint nicht nur der wichtigste Repräsentant der Regionalgruppe Kansai zu sein, auf den immer wieder in Ankündigungen der Gruppe verwiesen wird, auch in den Ankündigungen der Regionalgruppen Tôkyô und Kyôto taucht sein Name auffällig oft z.B. als Referent auf.

3.1.4 Die Aktivitäten und Projekte

Betrachtet man die Aktivitäten von ATTAC Japan, fällt auf, dass trotz einer Vielfalt von Themen die Umsetzung häufig entweder durch Vorträge und Symposien oder durch so genannte „Studientreffen“ (jap. *gakushûkai*) erfolgt, während man öffentlichkeitswirksame (Massen-)Veranstaltungen (z.B. Demonstrationen) kaum findet. Weiterhin fällt auf, dass internationale Veranstaltungen, wie z.B. das Weltsozialforum (WSF) oder das Asiatische Sozialforum (ASF), als sehr wichtig erachtet werden.

Einen guten Überblick über die durchgeführten Aktivitäten vermittelt ein Blick auf die Internetseiten der Gruppen, da diese sehr umfangreich und die Ankündigungen recht aktuell sind.

Neben der Internetpräsenz von ATTAC Japan ist ein weiteres wichtiges Instrument zur Gewährleistung des Informationsflusses über durchgeführte und anstehende Projekte und Aktivitäten die Herausgabe eines regelmäßigen Newsletters. Die Regionalgruppe in Kyôto gibt einen solchen eigenen Newsletter („kattac“) heraus; die Regionalgruppe Kansai übersetzt den internationalen ATTAC Newsletter („Sand in the wheels“) ins Japanische, um so die Einbindung der japanischen Gruppen in den internationalen ATTAC-Zusammenhang zu fördern.

Vom 14. bis 16. Februar 2003 wurden parallel zu inoffiziellen WTO-Verhandlungen zur Agrarmarkliberalisierung und zur Lockerung der Bestimmungen zum Schutz geistigen Eigentums (TRIPS) in Tôkyô verschiedene Aktionen der dortigen Regionalgruppe durchgeführt, wie z.B. ein Symposium zum Thema „Unser Leben ist keine Ware! – Die WTO zu wessen Nutzen?“. In diesem Zusammenhang gab es auch einen Aufruf zu einer Demonstration in Tôkyô gegen die Verhandlungen der WTO. Zeitweise fand man besonders in Ankündigungen der Gruppen aus Tôkyô und Kyôto einen Aufruf zu Friedensmärschen gegen einen drohenden Irakkrieg und gegen die Politik der Bush-Administration; auch während des Kriegs im Irak setzte sich diese Mobilisierung des Potenzials von Kriegsgegnern in Japan durch die ATTAC-Gruppen (und natürlich auch andere Akteure) fort.

Nichts desto trotz ist aber die Feststellung wichtig, dass „Massenveranstaltungen“ wie z.B. Demonstrationen oder Protestmärsche eher eine Seltenheit darstellen; zurzeit ist hier eine gewisse Entwicklung hin zu mehr publikumswirksamen Aktionsformen zu beobachten.

Einen großen Teil der Aktivitäten nimmt auch die Vor- und Nachbereitung von internationalen Konferenzen (speziell: WSF und ASF) ein. Die Regionalgruppen in Kyôto und Kansai führten z.B. bereits im November eine gemeinsame Veranstaltung durch, bei der es um die Bedeutung des ASF ging und darum, welche Rolle Japan bei solchen asiatischen Konferenzen und bei der regionalen Zusammenarbeit in Asien konkret spielen kann.

Tetsuji Tanaka und Oya Sadaharu aus der Regionalgruppe Tôkyô verfassten im Vorfeld der beiden Veranstaltungen im Rahmen eines WSF-Support-Projektes Diskussionspapiere zur Vorbereitung des WSF und ASF. Tetsuji Tanaka beschäftigt sich in seinem Beitrag mit der Positionierung des Widerstandes gegen die WTO und der Kritik an den Verhandlungen zur Agrarmarkliberalisierung und zum GATS. Oya Sadaharu beleuchtet die Frage, welche Rolle Japan innerhalb der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds spielt und welche Rolle es nach Meinung der NGO-Vertretern spielen sollte.

Auch an der Durchführung internationaler Konferenzen ist ATTAC Japan aktiv beteiligt. So hat beispielsweise die Tôkyôter Gruppe sowohl auf dem zweiten als auch auf dem dritten WSF jeweils einen Workshop veranstaltet. Der auf dem zweiten WSF veranstaltete Workshop drehte sich um die Frage nach der Arbeitsrealität, mit der die Gewerkschaften in Japan in der gegenwärtigen Situation konfrontiert sind, wobei besonders die Punkte Privatisierung und die Situation der irregulär Beschäftigten angesprochen wurden. Auch bei dem auf dem dritten WSF veranstalteten Workshop stand ein gewerkschaftsnahes Thema im Mittelpunkt; auch hier drehte sich die Arbeit um Privatisierungen und wie öffentliche Dienstleistungen und die Rechte der Arbeitnehmer gegen eine drohende Privatisierungswelle verteidigt werden können. Die japanische Initiative, solche Workshops zu veranstalten, zeigt, dass großes Interesse am internationalen Austausch und an der Bildung eines internationalen Netzwerkes zur Diskussion und Lösung von relevanten Problemen vorhanden ist.

Den Schwerpunkt der Aktivitäten bilden aber die sog. „Studientreffen“, meist monatliche Treffen, bei denen sich die Mitglieder und Interessierte mit Unterstützung eines Referenten über verschiedene Themen informieren können, um sich spezifisches Wissen anzueignen. Die Themen dieser Treffen reichen von der Vermittlung grundlegenden Basiswissens, z.B. über

„Die Arbeitsweise der WTO“, „Was ist die Tobin-Steuer?“, bis zu Informationen über spezielle oder aktuelle Probleme, z.B. „Das Problem mit genmanipuliertem Getreide“, „Der Kampf der einheimischen Bevölkerung gegen ein mit japanischer ODA (Official Development Assistance) finanziertes Staudammprojekt in Indonesien“. Solche Studientreffen dienen dazu, Basiswissen zu vermitteln und aufzuzeigen, welche Probleme mit dem teilweise abstrakten Phänomen „Globalisierung“ verknüpft sind, was letztlich die Grundlage bildet dafür, dass es gelingen kann, bei der japanischen Bevölkerung ein Bewusstsein für Globalisierung und ihre Probleme zu schaffen.

3.2 Die People’s Plan Study Group (PPSG)

Die 1998 gegründete PPSG versteht sich als Netzwerk für Aktivisten sozialer Bewegungen und für Intellektuelle, die danach streben, alternative wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Systeme zu entwickeln und zu etablieren.

Zu diesem Zweck existieren innerhalb der PPSG verschiedene Arbeitsgruppen, von denen die Arbeitsgruppe zu „Globalisierung und transnationale Volksbewegungen“ besonders relevant für die Untersuchung der globalisierungskritischen Szene in Japan ist.

3.2.1 Die Zielsetzungen

Die Arbeitsgruppe „Globalisierung und transnationale Volksbewegungen“ beschäftigt sich mit der aktuellen Situation von Bürgerbewegungen und NGOs und untersucht, inwieweit diese eine schlagkräftige, alternative Gegenkraft gegen die voranschreitende neoliberale Globalisierung darstellen können.

3.2.2 Die thematische Ausrichtung

Ein wichtiges Thema der Arbeitsgruppe ist entsprechend dem selbstgesetzten Ziel, die Situation von sozialen Bewegungen unter die Lupe zu nehmen, die Szene globalisierungskritischer NGOs in Japan und Südostasien.

Daneben ist aber das Themenspektrum der PPSG breit gefächert. Einen Einblick hierzu gibt z.B. die Themenliste der vierteljährlich erscheinenden Publikation der Gruppe („The People’s Plan“), in der über aktuelle Debatten und Ergebnisse der Arbeitsgruppen berichtet wird. In den letzten Ausgaben wurden u.a. „Beschäftigung und Arbeiterbewegung“, „Die gegenwärtige Situation des Feminismus“ oder „George Bushs weltweite Allianz gegen den Terror“ behandelt.

Dass die PPSG sich als Netzwerk für Intellektuelle versteht und sich nicht, wie z.B. ATTAC in Japan, zum Ziel gesetzt hat, breite Bevölkerungsschichten zu erreichen, kann man auch an der Formulierung der Themen erkennen. Statt schon mit der Themenformulierung konkrete Bezüge zwischen dem alltäglichen Leben und Globalisierung herzustellen, wird bei den regelmäßigen Treffen eher über abstrakte Themen diskutiert, wie z.B. über „Globalisierung und Menschenrechte“ oder über fast schon philosophisch anmutende Fragestellungen wie „Was wird – nach dem 11. September – von mir persönlich, der ich in einer globalisierten Welt lebe, von der internationalen Gemeinschaft verlangt?“.

3.2.3 Die Organisations- und Mitgliederstruktur

Die PPSG gliedert sich in vier permanente Arbeitsgruppen, von denen eine die oben bereits erwähnte Forschungsgruppe „Globalisierung und transnationale Volksbewegungen“ ist. Ähnlich wie bei ATTAC in Japan und anderen Organisationen ist auch innerhalb der PPSG eine Fokussierung auf eine zentrale Persönlichkeit festzustellen. Mutô Ichiyo, der in zahlreichen sozialen Bewegungen sowohl in Japan als auch international engagiert ist, leitet

gemeinsam mit Hanasaki Kohei die Arbeitsgruppe „Globalisierung und transnationale Volksbewegungen“ der PPSG.

Entsprechend dem Selbstverständnis, ein Netzwerk zur gemeinsamen Forschung für japanische Intellektuelle zu sein, sind auch die Mitglieder der PPSG fast ausschließlich Akademiker, Schriftsteller und Journalisten.

3.2.4 Die Aktivitäten und Projekte

Ein Überblick über die Aktivitäten spiegelt ebenfalls das Selbstverständnis der Gruppe wider. Eine regelmäßig stattfindende Aktivität ist der so genannte „Round Table“, eine interdisziplinäre Debatte zu einem aktuellen Thema. Einmal jährlich findet außerdem ein so genanntes „Plenary“ für alle Mitglieder statt, bei dem zum einen über die grundlegende Richtung der Aktivitäten der Gruppe diskutiert und entschieden wird und zum anderen ein Symposium zu einem aktuellen Thema stattfindet.

Über Forschungsergebnisse und aktuelle Debatten wird in der vierteljährlich herausgegebenen Zeitschrift „The People’s Plan“ berichtet. In unregelmäßigen Abständen erscheinen in der Reihe „PP Books“ auch Einzelpublikationen der Mitglieder zu aktuellen Forschungsschwerpunkten. International ist die PPSG in das Netzwerk „Asian Regional Exchange for New Alternatives“ (ARENA) integriert, das Wissenschaftlern und Aktivisten sozialer Bewegungen aus Asien eine Plattform zur gemeinsamen Suche nach sozioökonomischen Systemen bietet, die eine Alternative darstellen können zum Paradigma der neoliberalen Globalisierung. Neben diesen Aktivitäten der Gesamtorganisation finden regelmäßige Treffen der einzelnen Forschungsgruppen statt. Diese Treffen laufen in der Regel so ab, dass zum einen gemeinsam ein aktuell anstehendes Thema diskutiert wird, und dass zum anderen die Mitglieder der Forschungsgruppe von internationalen Konferenzen und anderen Aktivitäten berichten, an denen sie teilgenommen haben. Bei den regelmäßigen Treffen der Forschungsgruppe „Globalisierung und transnationale Volksbewegungen“ stand zuletzt meist die Vorbereitung des ASF und WSF im Mittelpunkt. Zu einem dieser Vorbereitungstreffen wurde z.B. Vinod Raina aus Indien eingeladen. Weitere Treffen wurden genutzt, um Diskussionsbeiträge zu verschiedenen Aspekten der gegenwärtigen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation in Japan zu verfassen.

Als Nachbereitung des WSF und des ASF und vor dem Hintergrund einer drohenden militärischen Intervention im Irak drehte sich die aktuelle Diskussion der Forschungsgruppe um die Aufgaben der Anti-Globalisierungsbewegung, die neben den ökonomischen Aspekten der Globalisierung zunehmend auch mit einem globalen Militarismus konfrontiert wird. Neben der Zielsetzung, eine Alternative zum Paradigma der neoliberalen Globalisierung zu entwickeln, rückte nun also auch die Suche nach einer effektiven Handlungsweise der globalisierungskritischen Szene gegen einen weltweit zunehmenden Militarismus unter amerikanischer „Führerschaft“ in den Mittelpunkt.

4. Fazit

Als Ergebnis lässt sich aus oben genannten Punkten ableiten, dass sich die globalisierungskritische Szene in Japan noch weitgehend im Anfangsstadium befindet.

Von ATTAC in Japan wird häufig der Slogan „Eine andere Welt ist möglich“ (ein internationaler ATTAC-Slogan) gebraucht. Dies mag banal klingen, aber die bloße Erkenntnis, die durch diesen Slogan ausgedrückt wird, kann schon als erster Erfolg für die Szene in Japan gewertet werden. Dass Globalisierung und ihre Auswirkungen überhaupt nicht als naturgegeben akzeptiert, sondern als Problem erkannt und bewusst gemacht werden, kann als „erster Schritt“ hin zu einer effektiven globalisierungskritischen Bewegung gewertet werden

Die wichtigste Aufgabe von Gruppen wie ATTAC oder PPSG ist es nun, elementares Wissen über globale Zusammenhänge, politische Entscheidungen und deren Implikationen sowie über relevante Institutionen und deren Verfahrensweisen an die Bevölkerung zu vermitteln, um das langsam entstehende Problembewusstsein zu festigen und in den Köpfen breiter Bevölkerungsschichten zu verankern.

Ein zentrale Aufgabe für ATTAC in Japan muss auch sein, das selbstgesetzte Ziel, ein Netzwerk für verschiedene Akteure der globalisierungskritischen Szene aufzubauen, weiter voranzutreiben, um zu einer Verbesserung der Kommunikation und Koordination der zahlreichen kleinen Organisationen und Individuen beizutragen. Dies scheint essenziell für eine weitere effektive Arbeit und für die Durchsetzung der eigenen Ziele und Ideen zu sein.

Wie bereits im Rahmen der Fallbeispiele erwähnt, besteht bei den globalisierungskritischen Gruppen in Japan großes Interesse am Austausch von Informationen und Erfahrungen mit gleichgesinnten Gruppen in internationalen Netzwerken und Foren. Hier bietet sich unserer Ansicht nach eine Möglichkeit für die Akteure der globalisierungskritischen Szene in Deutschland, in Kooperation mit den japanischen Gruppen zu treten.

Allerdings sollte *Kooperation* nicht dazu führen, dass der japanischen Szene oder einzelnen Gruppen ein deutsches Modell „übergestülpt“ wird. Aufgrund der zu Anfang herausgearbeiteten Besonderheiten der Bewegung in Japan ist es vielmehr notwendig, dass sich die japanischen Gruppen weiterhin darauf konzentrieren, ihre Themen und Konzepte speziell auf die anzusprechende Zielgruppe der heimischen Bevölkerung auszurichten, um diese für die Probleme und Auswirkungen der Globalisierung zu sensibilisieren.

Sowohl die japanische als auch die deutsche Szene können aber wohl von einem bilateralen Informations- und Erfahrungsaustausch profitieren, indem grenzüberschreitend bedeutsame Fragestellungen diskutiert werden, während sich trotzdem eine nationale Szene weiterentwickelt, um kulturelle Besonderheiten bei der Mobilisierung der breiten Masse der inländischen Bevölkerung berücksichtigen zu können.

In diesem Sinne stellen die vorliegenden Befunde eine einführende Beschreibung und Analyse der globalisierungskritischen Szene in Japan und ihrer Besonderheiten dar. Wir hoffen, dadurch einen Anreiz zu liefern für den Auf- bzw. Ausbau eines fruchtbaren Austausches zwischen deutschen und japanischen Gruppen, Organisationen und Individuen im weiten Feld globalisierungskritischer Arbeit.

5. Quellenverzeichnis / Linkliste

- ASEED Japan: <http://www.jca.ax.apc.org/~aseed/eng/english.html>
- Asia/World Social Forum Support Project for Participants from Japan:
http://www.jca.apc.org/wsf_support/index_e.html
- ATTAC Japan (Tôkyô): <http://www.jca.apc.org/attac-jp/japanese/index.html>
- ATTAC Kyôto: <http://kattac.talktank.net/>
- ATTAC Kansai: <http://www.jrc1.net/web/frame0408e.html>
http://www.jimmin.com/2001b/page_139.htm
<http://usagi.tadaima.com/spaceak/attac.html>
- BUND Japan: <http://www.bund.org/index.shtml>
- Debt Net Japan: <http://www.eco-link.org/jubilee/top-en.html>
- Friends of Earth Japan: <http://www.foejapan.org/en/>
- Japan Center for a Sustainable Environment and Society (JACSES):
<http://www.jacses.org/en/index.html>
- Japan NGO Center for International Cooperation (JANIC):
<http://www.janic.org/en/whatjanic.html>
- Japan Center for International Exchange (JCIE) [Revision des NPO-Gesetzes]:
<http://www.jcie.or.jp/civilnet/monitor/6.html>
- Kansai NGO Kyôgikai: http://www.ak.wakwak.com/~knc/index.html#_top
- Labor Net Japan: <http://www.labornetjp.org/>
- Links bzgl. der japanischen NGO-Szene (Überblick):
<http://www.gdrc.org/ngo/japan-ngo.html>
- Mutô Ichiyo: “(Neo)Liberal Globalization and People`s Alliances”:
www.jca.apc.org/ppsg/en/Documents/muto200206.html
- Pacific Asia Resource Center (PARC):
http://www.parc-jp.org/parc_e/index.html
- People`s Plan Study Group: <http://www.jca.apc.org/ppsg/subindex.html> (japanisch)
<http://www.jca.apc.org/ppsg/en/index.html> (englisch)
- Sadaharu Oya: “The Japanese Government, the IMF and the World Bank”:
www.jca.apc.org/wsf_support/documents/wb_japan.html
- Tanaka Tesuji: “WTO-Resisting the Mightiest Organisation behind Globalisation”:
www.jca.apc.org/wsf_support/documents/wto.html
- Interview (Tonaufzeichnung, ca. 40 min) mit Hiromi SAKAKIBARA (People's Plan Study Group), Yoko AKIMOTO (ATTAC Japan, Secretariat), Tono HARUHI (Yokohama Action Research Center), durchgeführt von Herrn Dr. Wolfram Schaffar am 11. August 2002 an der Chulalongkorn Universität (Bangkok, Thailand) am Rande des Asian Social Movements Meeting

Japanische Investitionsprojekte in Südostasien – Japan im Spannungsfeld zwischen Multilateralismus und Bilateralismus

von Dorothea Wunsch und Marc Kaumkötter

Zusammenfassung:

Untersucht werden in diesem Beitrag die Bemühungen Japans, einerseits im Rahmen der WTO und ihrer Regelwerke günstige Bedingungen für Investitionen zu erwirken, andererseits aber auch in eigener Initiative durch bilaterale oder multilaterale Abkommen ein vorteilhaftes Investitionsklima zu schaffen. Dabei geht Japan bei der Wahl zwischen bilateralen oder multilateralen Abkommen nicht willkürlich vor, sondern entscheidet sehr strategisch. Die Beweggründe sowie die Ziele, die Japan mit der jeweiligen Option verbindet, werden vor dem Hintergrund der zwischen Entwicklungs- und Industrieländern kontrovers diskutierten Frage nach der Notwendigkeit von internationalen Investitionsschutzabkommen kritisch analysiert.

1. Einleitung

Japan ist nicht nur die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt, sondern auch gleichzeitig die größte Volkswirtschaft Asiens mit einem den USA vergleichbaren Pro-Kopf-Einkommen. Alle ost- und südostasiatischen Partner haben umfangreichere Handelsbeziehungen mit Japan als mit jedem anderen Land der Region. Die Exporte Japans in die Länder Ostasiens sind seit 1990 von 30% auf 40% im Jahr 2000 gestiegen, die Importe Japans von 27% auf 41%. Aber nicht nur der Warenhandel, sondern auch die Direktinvestitionen (FDI = foreign direct investment) unterstreichen die Bedeutung Japans für die Region Ost- und Südostasien - 26% der Direktinvestitionen Japans gehen an die Länder des asiatischen Raumes.¹

Im Zuge der fortschreitenden Zunahme von Handels- und Investitionsströmen sind mehr und mehr Stimmen laut geworden, die eine Liberalisierung des grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungshandels sowie des Kapitalverkehrs fordern. Vertreter eines neoliberalen Wirtschaftssystems befürworten die Prinzipien, die im Rahmen des GATT für Industriegüter und im Rahmen des GATS für Dienstleistungen gelten, nun auch auf Investitionen auszuweiten. Vor allem auf Seiten transnationaler Unternehmen, so genannter „global player“, ist die Forderung nach Schutz und Regelung von Investitionstätigkeit immer häufiger zu hören. Welche Maßnahmen sind bisher angestrebt worden, um Regelungen zu Investitionen in einem Vertragswerk zu verankern – sowohl multilateral als auch bilateral?

Auf der WTO-Ministerkonferenz im mexikanischen Cancun im September dieses Jahres sollten ursprünglich Verhandlungen über ein multilaterales Investitionsabkommen beginnen. Allerdings geschah dies nicht, weil die Entwicklungsländer zunächst die aus ihrer Sicht dringenderen Themen besprechen und die Verhandlungen dazu abschließen wollten. Die WTO wird als ein wesentliches Fundament für ein Freihandelssystem gesehen – wie harmonisieren bilaterale Abkommen mit diesem Konzept? Wie verhält sich Japan in diesem Prozess? Welche Form von Investitionsabkommen bzw. Investitionsschutz strebt Japan an? Wie verhält sich Japan im Spannungsfeld von Multilateralismus und Bilateralismus? Hat das Verhalten Japans in diesem Prozess Konsequenzen für die benachbarten Länder Ost- und Südasiens?

Diese Fragen sollen in der vorliegenden Abhandlung näher betrachtet werden.

¹ METI, « Promotion of Economic Partnership », S. 7

1.1 Bisherige Bemühungen um multilaterale Investitionsabkommen

In den vergangenen zehn Jahren sind verschiedene Bemühungen unternommen worden, Regelungen zu Investitionen in einem multilateralen Vertragswerk zu verankern.²

Im 1994 in Kraft getretenen NAFTA (North American Free Trade Agreement) Abkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko ist das Thema Investitionen im Vertragswerk bereits mit eingeschlossen. Eine Besonderheit des Abkommens liegt darin, dass durch die Einführung des *investor to state*-Klageverhältnisses Investoren gegen nationale Regierungen klagen können.

Während der achtjährigen Uruguay-Runde, die schließlich 1995 zur Entstehung der WTO führte, versuchten die USA Regeln zu Investitionen, wie sie heute im NAFTA-Abkommen gelten, auch in die WTO zu integrieren. Bisher konnten die WTO-Mitglieder jedoch keinen Konsens darüber erreichen, ob das Thema Investitionen in die WTO-Regeln aufgenommen werden soll.

Mitte der 90er Jahre arbeitete die OECD angesichts des starken Anstiegs grenzüberschreitender FDI von 60 Mrd. US\$ (1985) auf über 300 Mrd. US\$ (Mitte der 90er) das Multilaterale Abkommen für Investitionen (MAI) aus, das sich stark an das NAFTA-Abkommen anlehnte.

Verschiedene Merkmale des MAI sind von Seiten der NROs (Nicht-Regierungsorganisationen) kritisch betrachtet worden: Einerseits ein sehr weitreichender Investitionsbegriff und andererseits die Tatsache, dass jegliche Einschränkung des Investors im Umgang mit der Investition als Enteignung angesehen und verurteilt würde. Des Weiteren sollten die Prinzipien der Inländerbehandlung bzw. Nichtdiskriminierung (jeder Empfängerstaat einer Investition ist verpflichtet, den ausländischen Investor nicht schlechter zu behandeln als die eigenen inländischen Investoren) und der Meistbegünstigung (die Verpflichtung jedes Mitgliedsstaates, Handelsvorteile, die einem anderen Mitgliedsstaat gewährt werden, auch allen anderen Mitgliedsstaaten zukommen zu lassen) eingeführt werden. Bezüglich der Regelung des Klagerechts bzw. Streitverfahren sollte dem Investor generell Klagebefugnis gegenüber dem Empfängerstaat zustehen.³ Nachdem das MAI jedoch aufgrund weltweiter Proteste und des Rückzugs Frankreichs 1998 nicht zustande kam, wurde es erst einmal still um konkrete Vorhaben für ein multilaterales Investitionsabkommen.

1.2 Bisherige Bemühungen um Investitionsabkommen in der WTO

Innerhalb der WTO hat es viele Ansätze gegeben, Regelungen zu Investitionen zu verankern – bisher ist es jedoch nicht gelungen, ein Investitionsabkommen in das WTO-Gesetzeswerk zu integrieren.⁴ Seit 1995 bestehen bereits das WTO-Abkommen über handelsbezogene Investitionsmaßnahmen (TRIMS, Agreement on Trade Related Investment Measures) und das Dienstleistungsabkommen GATS, in denen z.T. Investitionen geregelt werden. Auf der WTO-Ministerkonferenz im mexikanischen Cancun im September dieses Jahres hätten Verhandlungen über ein eigenständiges multilaterales Investitionsabkommen beginnen können.⁵

1.2.1 TRIMS

Das TRIMS-Abkommen befasst sich mit Investitionsmaßnahmen, die sich auf den Handel mit Waren beziehen. Im Wesentlichen werden hier die Prinzipien der Inländerbehandlung und

² „Investitionsschutz um jeden Preis“, S. 6 ff.

³ Mies, Maria, S. 37 ff.

⁴ „Investitionsschutz um jeden Preis?“, S. 10 ff.

⁵ Der Abschluss der Cancun-Runde erfolgte nach Verlassen dieser Studie.

Meistbegünstigung postuliert. Um fortschreitende Liberalisierung durchzusetzen, verbietet das Abkommen eine Bevorzugung von lokalen Produkten, Unternehmen etc. Da vor allem ärmere Länder diese Praktiken anwenden, ist es besonders von diesen Ländern kritisiert worden. Die wichtigsten Punkte, die nach dem TRIMS nicht erlaubt sind, sind die folgenden:

- ◆ „Vom ausländischen Investor zu verlangen, eine bestimmte Menge an Vorprodukten im Inland zu kaufen
- ◆ Den Import von Vorprodukten zur Produktion von Waren zu beschränken
- ◆ Die Verpflichtung von ausländischen Firmen, ihre Produkte zu exportieren
- ◆ Den Zugang von ausländischen Firmen zu Devisen zu beschränken
- ◆ Die Verpflichtung von Firmen, die inländischen Arbeitskräfte vom Know-how und von neuen Technologien profitieren zu lassen
- ◆ Die Auflage an ausländische Unternehmen, eine bestimmte Anzahl inländischer Arbeitnehmer (auch in höheren Positionen) anzustellen.“⁶

1.2.2 GATS

Das bereits 1994 abgeschlossene Dienstleistungsabkommen GATS⁷ umfasst sämtliche Dienstleistungen außer denen, die „in Ausübung hoheitlicher Gewalt“ erbracht werden, also z.B. Leistungen betreffend die Luftverkehrsrechte, das Militär oder die Zentralbanken eines Staates. Vier verschiedene Arten der Erbringung von Dienstleistungen im Ausland werden unterschieden:

- grenzüberschreitende Lieferungen;
- Konsum von Dienstleistungen im Ausland;
- kommerzielle Präsenz im Ausland;
- zeitweise Migration von Dienstleistungserbringern.

Der dritte Modus beinhaltet die Niederlassung von Firmen im Ausland, regelt also ausländische Direktinvestitionen (FDI). Er nimmt mit 37% der gesamten Investitionssumme eine bedeutende Stellung innerhalb der vier Modi ein. Da außerdem zur Zeit mehr als 50% aller weltweit getätigten FDI in den Sektorservice fließen, kommt dieser Erbringungsart besondere Bedeutung zu. Somit kann das GATS als ein Handels- und Investitionsabkommen gesehen werden.

Die wichtigsten Bestimmungen innerhalb des GATS, die dem Schutz von Investitionen dienen, sind die folgenden drei. Erstens das Prinzip der Transparenz (Artikel 3): Dies ist die Verpflichtung, alle Maßnahmen, die den Dienstleistungshandel betreffen, zu veröffentlichen. Zweitens die innerstaatliche Regulierung (Artikel 4): Das GATS ist eine multilaterale Verhandlungsinstanz, welche die Entwicklung international verbindlicher Disziplinen für die staatliche Gesetzgebung und die Regulierung sämtlicher Dienstleistungsmärkte zum Zweck hat. Als drittes zu nennen ist der Streitschlichtungsmechanismus (Artikel 23): Das GATS ist dem Streitschlichtungsmechanismus der WTO unterworfen, nach welchem ein *state to state*-Klageverhältnis gilt. Dadurch besteht nicht die Möglichkeit, dass einzelne Unternehmen gegen Länder klagen, sondern es können nur Länder andere Länder verklagen. Mögliche Ausgleichsmaßnahmen dürfen jedoch nicht nur sektorintern vorgenommen werden, sondern sektorübergreifend auch auf den Warenhandel ausgeweitet werden, was eine unterlegene Streitpartei empfindlich treffen kann.

Somit erfolgt über diese Artikel ein weitreichender Eingriff in die Innenpolitik der einzelnen WTO-Mitglieder.

1.2.3 Geplantes Investitionsabkommen in der WTO

⁶ vgl. „Investitionsschutz um jeden Preis?“, S. 10

⁷ Fritz, S. 7f. sowie WTO, WT/WGTI/W/125, S. 5.

Auf der ersten Ministerkonferenz in Singapur 1996 erreichten die WTO-Mitglieder keinen Konsens darüber, ob das Thema Investitionen in die WTO-Regeln integriert werden soll. Es bildete sich darum eine Arbeitsgruppe zur Untersuchung der Beziehungen zwischen Handel und Investitionen.⁸ Ebenso wie die Themen Wettbewerbsregeln und öffentliches Beschaffungswesen gehört die Untersuchung der Beziehungen zwischen Handel und Investitionen zu den sogenannten „Singapore Issues“, die in Arbeitsgruppen in Genf diskutiert wurden (und werden).

Während der Prozess im multilateralen Rahmen ins Stocken geraten war, entstanden über 2000 bilaterale Investitionsabkommen, die teilweise über die bestehenden WTO-Regelungen hinausgehen. Diese bilateralen Abkommen können eine wegweisende Wirkung haben, um die anstehenden WTO-Verhandlungen zu einem Investitionsabkommen voranzutreiben.

Nun sind Pläne über ein multilaterales Investitionsabkommen wieder aktuell: Investitionen sollen im Rahmen der WTO festgeschrieben werden. Es sind vor allem die Industrieländer, die an der vierten WTO-Ministerkonferenz in Doha im November 2001 durchgesetzt haben, dass das Thema Investitionen in der WTO behandelt und ausgebaut werden soll.

Die drei Grundprinzipien für ein Investitionsabkommen in der WTO sind:

- ◆ **Marktzugang:** Der einheimische Markt soll ausländischen Investoren geöffnet werden.
- ◆ **Inländerbehandlung:** Ausländische Investoren müssen gleich behandelt werden wie einheimische Unternehmen.
- ◆ **Meistbegünstigung:** Eine Begünstigung, die einem Investor gewährt wird, muss auch allen anderen Investoren gewährt werden.

Jedoch werden die Vorbereitungen eines Investitionsabkommens in der WTO besonders durch NROs stark kritisiert, da diese nicht davon ausgehen, dass es dadurch zu nachhaltig positiven Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit kommen wird.

1.3 Japans multilaterale Orientierung

Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte Japan zunächst vom Status eines passiven Teilnehmers am weltwirtschaftlichen Geschehen unter dem Schuttschild der USA profitieren.⁹ Ebenso wollte das Land nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg und der danach sehr gespannten politischen Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten keine Führungsrolle beim Aufbau eines regionalen Blocks übernehmen. Seit Japans Beitritt zum GATT im Jahre 1955, d.h. als Nachzügler im multilateralen Handelssystem, hat es aber stark von diesem System profitiert. Daher sah Japan es als nicht notwendig an, Handelswege durch bilaterale bzw. regionale Abkommen auszudehnen – abgesehen von den Liberalisierungen im Rahmen der multilateralen Regelungen der WTO. In dieser Zeit wurden auf japanischer Seite vielmehr die Nachteile von bilateralen bzw. regionalen Abkommen aufgezeigt: Gefahr von Diskriminierung der Nichtvertragspartner; Schwächung des multilateralen Systems aufgrund zunehmender Handelsbarrieren durch die Vielzahl der bilateralen und regionalen Abkommen; Möglichkeit der Formation von protektionistischen Blöcken in der Weltwirtschaft.

Bis in die 90er Jahre hinein hat Japan daher kein besonderes Interesse daran gezeigt, neben multilateralen auch bilaterale Abkommen abzuschließen. Diese Haltung hat sich jedoch in den letzten Jahren geändert. Japan hat mit mehreren Ländern bilaterale Freihandelsabkommen oder Vertragswerke über wirtschaftliche Kooperationen abgeschlossen. Als Beispiele sind hier unter anderem Singapur, Südkorea und Mexiko zu nennen. Trotz dieser Orientierung hin zu bilateralen Strategien versucht Japan jedoch weiterhin, auch auf multilateraler Ebene ein Investitionsabkommen zu installieren. Dies zeigt sich durch ein im Juni 2001 bei inoffiziellen WTO-Verhandlungen in Genf eingebrachtes *non paper* Japans.

⁸ „Investitionsschutz um jeden Preis“, S. 9 ff.

⁹ Die Darstellung bezieht sich auf Ogita, Tatsushi, S. 2 ff.

1.3.1 Japans offizielle Strategie für die multilateralen Verhandlungen in Cancun

Der Wohlstand und die Entwicklung Japans beruhen auf seiner internationalen Handels- und Investitionstätigkeit. Daher ist die Stärkung des multilateralen WTO-Systems von vitaler Bedeutung für Japan. Für die neue Verhandlungsrunde in Cancun in diesem Jahr gibt die japanische Regierung deshalb folgende Ziele an:¹⁰

- Vermeidung der Aufteilung der Welt in Wirtschaftsblöcke: Durch die Zunahme von FTAs (Free Trade Agreements) bestehe die Gefahr einer wirtschaftlichen Blockbildung in der Welt, da multilaterale Regelwerke an Bedeutung verlieren. Diesem könne nur durch die Stärkung der WTO und ihrer Regelwerke entgegengewirkt werden.
- Gestaltung einer Verhandlungsrunde mit umfassenden Ergebnissen: Die Verhandlungen in Cancun sollten sich nicht nur auf die Sektoren Landwirtschaft und Dienstleistungen beziehen, sondern sich auch mit der Ausarbeitung internationaler Regeln für Investitionstätigkeit, Wettbewerb und Anti-Dumping beschäftigen.
- Aktive Integration von Entwicklungsländern: Es solle den Entwicklungsländern ermöglicht werden, von der WTO zu profitieren und in den Verhandlungen aktiv mitzuwirken. Außerdem sollten sie befähigt werden, sich an die WTO-Regeln zu halten, was auch kontrolliert werden müsse. (Hier wird besonders auf China, u.a. in den Bereichen Marktzugang und Schutz geistigen Eigentums, Bezug genommen.)
- Ausweitung von Export- und Investitionsmöglichkeiten japanischer Unternehmen im Servicesektor: Da der Servicesektor mehr als 60% des japanischen BSP ausmache, seien eine weitergehende Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte der WTO-Mitgliedsstaaten sowie die Entwicklung eines internationalen Regelwerks im Handel mit Dienstleistungen für Japan von eminenter Bedeutung.
- Nutzenzugewinn durch WTO und FTAs: Japan werde einerseits weiterhin für die gesamte Welt bedeutsame Streitfragen innerhalb der WTO durch eine Erweiterung bzw. Überarbeitung existenter Regelwerke zu lösen versuchen, andererseits jedoch auch durch FTAs weitere Liberalisierungen vorantreiben, die über die der WTO hinausgehen. Dies sehe man als ein „WTO-plus“. WTO und FTAs seien keine Alternativen, sondern ergänzten sich gegenseitig.

1.3.2 Japans non-paper in Genf im Juni 2001¹¹

Bei informellen WTO-Verhandlungen im Juni 2001 in Genf hat Japan ein *non-paper* eingebracht, welches laut Japans eigener Aussage zur Entwicklungsförderung dienen sollte. Gefordert wurden hier GATS-ähnliche Regeln:

1. Nicht-Diskriminierung
2. Völlige Transparenz über Investitionsmaßnahmen
3. Einführung des WTO-Streitschlichtungssystems zu Investitionsfragen
4. Investitionsschutzmaßnahmen wie:
 - unbehinderte grenzüberschreitende Zahlungen und Transfers
 - Schutz vor Enteignung
 - Regelungen über etwaige Kompensationszahlungen

Dieses *non-paper* wurde von vielen Seiten stark kritisiert.

1.3.3 Kritik an Japans multilateraler Position von Seiten der Entwicklungsländer

Massive Kritik gab es von Seiten der Entwicklungsländer¹²:

¹⁰ MOFA, „Japan’s Basic Strategy for the WTO New Round Negotiations“

¹¹ Raghavan, Chakravarthi, S. 1 ff

¹² Raghavan, Chakravarthi, S. 1 ff.

- Das zentrale Gegenargument wurde von Indien vorgebracht: Japan versuche, investitionsbezogene Probleme als entwicklungsbezogene Probleme darzustellen. Die öffentliche Darstellung sei anderenorts jedoch anders. Dort werde gesagt, dass Verhandlungen über Investitionsfragen nötig seien, um den Menschen in Japan die Liberalisierung der heimischen Landwirtschaft zu „verkaufen“.
- Andere Länder (Indien, Malaysia, Indonesien u.a.) seien laut eigener Aussage gegenüber FDI nicht negativ eingestellt und hätten auch offene Systeme, welche FDI-Zuflüsse förderten. Auch sei es keine Frage, dass FDI an sich wünschenswert seien. Das Problem liege aber darin, dass Japan nur über Investitionen betreffende WTO-Regeln diskutieren wolle, und dem stellten sich diese Länder entgegen.
- Malaysia brachte des Weiteren das Argument, dass ein Klima der Vorhersehbarkeit wichtig sei für Investoren, Investitionsregeln innerhalb nationaler Regelwerke jedoch effektiver seien. Deshalb seien zur Regelung solcher Fragen bilaterale Vereinbarungen besser geeignet, da sie auf die Bedürfnisse der betroffenen Länder zugeschnitten werden könnten.
- Indien sagte außerdem, dass multilaterale Vereinbarungen den Entwicklungsländern politische Optionen nähmen, um die FDI in die richtigen Bahnen zu lenken. Auch der im GATS verankerte Positivisten-Ansatz würde hier keinen Schutz bieten, da der Druck der Industrieländer zu groß sei, als dass die Entwicklungsländer frei über die Sektoren entscheiden könnten, die sie öffnen wollen.¹³ Tatsächlich müssten viele Entwicklungsländer jetzt schon weit mehr Verpflichtungen übernehmen als sie wollten.
- Nach der Sichtweise Indiens würde ein multilaterales Investitionsabkommen die bisherigen Investitionsströme nicht signifikant verändern, und es sei auch sehr unwahrscheinlich, dass ein Entwicklungsland mehr FDI erhalte, wenn es ein solches Abkommen unterschreibe. Warum sollten sich die Entwicklungsländer also in einer solchen Vereinbarung binden lassen, wenn sie dadurch strategische Politikoptionen und Flexibilität aufgeben?
- Was also unter „Investitionsschutzregeln“ gefordert werde, scheine eher eine Legitimierung eines Rahmenwerks für Globalisierung zu sein, in dem es auffällige Assymetrien gebe. Güter- und Kapitalflüsse sollten ungehindert fließen können, während Technologie- und Arbeitskräftefluss behindert würden. Von Entwicklungsländern werde hingegen erwartet, dass sie ihre Märkte öffneten, ohne entsprechenden Zugang zu Technologie zu haben, und dass sie einen Abfluss von Kapital aus ihren Ländern akzeptierten, ohne den eigenen Arbeitskräften freien Zugang zu Arbeitsplätzen in den Industrieländern offerieren zu können. Diese Assymetrie zwischen freiem Kapitalfluss und stark beschränktem Arbeitskräftefluss solle durch ein Investitionsabkommen in der WTO legitimiert werden.
- Ein weiterer von Indien aufgeworfener Streitpunkt betrifft das Streitschlichtungssystem der WTO. Nach diesem System, in dem ein *state to state*-Klageverhältnis gilt, könne das Heimatland eines Investors das Empfängerland verklagen, wenn Verpflichtungen nicht erfüllt werden. Im umgekehrten Fall sei dies jedoch nicht möglich. Falls ein Investor nationale Gesetze oder Regelungen verletze, so müsse das Empfängerland im Rahmen des eigenen nationalen Gesetzeswerkes damit umgehen.

In dieser Kritik zeigen sich die oft negativen Erfahrungen der Entwicklungsländer mit den WTO-Regeln nach Abschluss der Uruguay-Runde. Viele Länder haben immer noch Probleme, die ihnen übertragenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Aufgrund der Kritik ist es leicht nachvollziehbar, dass die Entwicklungsländer sich gegen die Übernahme weiterer Liberalisierungen wehren, besonders dann, wenn diese Erweiterungen

¹³ Der Positivistenansatz bedeutet, dass nur die in einer Liste angegebenen Sektoren für die internationale Konkurrenz geöffnet werden. Gegensatz hierzu ist der Negativlisten-Ansatz: Hier werden die Bereiche, die *nicht* für Unternehmen anderer Länder geöffnet werden sollen, angegeben.

der Regeln den Investitionsgeberländern mehr Schutz bieten, den Entwicklungsländern jedoch Politikoptionen nehmen.

2. Vom Multilateralismus zum Multilateralismus plus Bilateralismus und Regionalismus

2.1 Zunahme von bilateralen und regionalen Strategien¹⁴

Seit 1998 zeichnet sich ein immer stärkeres Streben Japans nach bilateralen und regionalen wirtschaftlichen Beziehungen ab. Worin liegt die Ursache für diesen Wandel?

Eine wesentliche Ursache ist darin zu sehen, dass regionale Freihandelsabkommen in anderen Teilen der Welt stark zugenommen haben. Somit kann der Anstoß des Wandels der japanischen Strategie in der veränderten Strategie der USA gesehen werden: Zwei Ursachen werden für das Umschwenken der USA von reinem Multilateralismus zu Multilateralismus plus Bilateralismus und Regionalismus genannt –das Scheitern der Verhandlungen zur Uruguay-Runde in Brüssel 1990 und die Stärke der EU als Regionalorganisation bei den Entscheidungen von 1992. Das Ergebnis dieser Tendenz war die Schaffung der NAFTA 1994. Im Juni 2000 waren der WTO gut 250 regionale und bilaterale Abkommen bekannt. Über die Hälfte wurden erst nach 1990 gemeldet, unter ihnen die NAFTA, MERCOSUR (Southern Common Market) zwischen Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay von 1995, AFTA (ASEAN [Association of Southeast Asian Nations] Free Trade Area) zwischen Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Singapur, Brunei von 1992. Nur die Staaten Ostasiens wie Japan, Südkorea, China und Taiwan waren bis dahin in keine derartigen Abkommen eingebunden.

Des Weiteren gab es in Japan Befürchtungen, dass die japanische Verhandlungsmacht und die Wettbewerbsfähigkeit japanischer Unternehmensverbände stark eingeschränkt würden, falls Japan weiter an seinem multilateralen Weg festhalten würde. Japanische Unternehmen haben bereits großen Schaden durch den Ausschluss aus Freihandelsabkommen (FTAs) zwischen der EU und den USA gespürt.

Ein weiterer Aspekt für den Ausbau von regionalen Kooperationen mag das starke wirtschaftliche Wachstum Chinas sein, d.h. aus Angst vor einem Gleichgewichtsverlust für die Region unterstützt Japan regionale Kooperationen.

2.2 Regionale Strategien Ost- und Südasiens¹⁵

Im Zuge der Schaffung der NAFTA zum 1.1.1994 und der verstärkten Integration innerhalb Europas hatte der frühere malaysische Premierminister Dr. Mahathir Mohamed das Konzept der East Asia Economic Group (EAEG) entworfen, um ein Forum für Staaten Ost- und Südasiens als Ort für Diskussion und Beratung sowie auch Lobbying der Interessen der ASEAN-Mitgliedsstaaten in der Uruguay-Runde im Rahmen der multilateralen Verhandlungen zu schaffen. Die Idee stieß jedoch auf heftige Kritik. Japan war nicht bereit, sich solch einer Organisation anzuschließen, zumal die APEC (Asia-Pacific Economic Cooperation), an deren Gründung Japan beteiligt war, seit 1993 enorm an Bedeutung gewonnen hatte. Das Wiedererstarken der Idee der Schaffung einer regionalen Kooperation ähnlich der EAEG geschah im Rahmen der Finanzkrise in Südostasien nach 1997.¹⁶

Die Asienkrise, die im Juli 1997 mit der Abwertung des thailändischen Baht begann und erst 1999 langsam abklang, markiert eine wichtige Zäsur in den Bestrebungen, die zwischenstaatliche Zusammenarbeit durch neue Initiativen zu regionaler Kooperation auf eine

¹⁴ Kim, Kihwan, S. 3 f; Ogita, Tatsushi, S. 2 ff

¹⁵ Nabers, Dirk, S. 51 ff.

¹⁶ "The Prospect of an East Asia Free Trade Area Agreement", S. 1 ff.

breitere und solidere Basis zu stellen. In dieser Krise wurden Institutionen wie die ASEAN und die APEC vor ernste Herausforderungen an ihre Funktion und Effizienz gestellt. Gerechert wurde sie den Erwartungen, die vor allem auch westliche Länder in sie setzten, kaum. Das Krisenmanagement vollzog sich nahezu ausschließlich auf nationaler Ebene und ohne konzertierte Aktionen der Regionalorganisationen.

Unter dem Druck der Krise tat sich Japan mit finanziellen Initiativen zur Krisenbewältigung in den Staaten der ASEAN und in Südkorea hervor, aus denen sich zumindest neue Impulse für die regionale Integration ergaben. So wurde die von Finanzminister Kiichi Miyazawa im September 1997 eingebrachte Initiative eines Asian Monetary Fund (AMF) nach 1997 intensiv diskutiert. Die Idee, einen asiatischen Währungsfond (Asian Monetary Fund = AMF) zu schaffen, entstand aufgrund der Kritik von japanischer Seite am International Monetary Fund (IMF) bezüglich der Maßnahmen zur Überwindung der Asienkrise. Jedoch wurde diese Initiative wegen des starken Widerstands aus den USA und von Seiten des IMF abgewehrt. Ein Forum zur Diskussion und Bewältigung der Asienkrise stellte ein regelmäßiges Zusammentreffen der Staats- und Regierungschefs der zehn ASEAN-Staaten sowie Japans, Chinas und Südkoreas dar. Im Dezember 1997 wurde in Kuala Lumpur der erste so genannte East Asian Summit (EAS) abgehalten. Er wurde von der ASEAN gefördert und bereitere den Weg für die Institutionalisierung eines Prozesses, der fortan als ASEAN+3 etikettiert wurde. Seit der Asienkrise kann man demnach von einem Prozess des Strebens nach einer funktionalen Integration sprechen.¹⁷

Die Rahmenbedingungen für ein ASEAN Investment Agreement (AIA) wurden am 8. Oktober 1998 mit dem Ziel unterzeichnet, eine ASEAN Investment Area zu schaffen. Diese soll u.a. zur Stärkung und Förderung der Ziele der 1992 gegründeten AFTA (Asian Free Trade Area) dienen. Das Ziel der AIA ist es, die Region für Direktinvestitionen attraktiver, wettbewerbsfähiger, offener und liberaler zu machen. Das Abkommen basiert auf drei Säulen, die zur Förderung von Investitionen in der ASEAN Region dienen sollen: Kooperation, Promotion sowie Bewusstseinsbildung und Liberalisierung.¹⁸

An dieser Stelle sei auf Artikel 7 der ASEAN Investment Area (AIA) hingewiesen, der für Investoren bzw. Investitionen Inländerbehandlung sowohl in der Zeit vor als auch während der Investitionstätigkeiten festschreibt:

„Article 7 of the ASEAN Investment Area (AIA) provides for national treatment. State parties must extend national treatment to ASEAN investors and investment, including both admission and establishment. However, each state party can submit a temporary exclusion list and a sensitive list of industries and measures that have an impact on investment where national treatment cannot be granted and measures that affect investment. The AIA also contains provisions on the review and progressive elimination of lists.“¹⁹

Auf dem ersten ASEAN+3-Gipfeltreffen in Manila im November 1999 wurde eine Ostasiatische Planungsgruppe (East Asian Vision Group) mit dem Ziel eingesetzt, Rahmenbedingungen (*blue print*) für die zukünftige Kooperation in der Region zu entwerfen. In dem Ergebnisbericht der Gruppe zwei Jahre später wurde u.a. eine East Asian Free Trade Area (EAFTA) empfohlen. Auf dem ASEAN+3-Gipfeltreffen im November 2001 zeigte der chinesische Premierminister Zhu Rongji das Interesse und die Bereitschaft, ein Freihandelsabkommen mit den ASEAN-Staaten innerhalb der nächsten zehn Jahre abzuschließen. Auf dem Gipfeltreffen am 5. November 2002 wurde zwischen Japan und der ASEAN eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, die innerhalb von 10 Jahren die Umsetzung einer umfassenden Wirtschaftspartnerschaft zwischen Japan und den ASEAN-

¹⁷ Schmiegelow, S. 6 ff.

¹⁸ Thanadsillapakul, Dr. Lawan, S. 1 f.

¹⁹ vgl. WTO, WT/WGTI/W/125, S. 5

Staaten (Japan-ASEAN Comprehensive Economic Partnership) vorschlägt. Diese Partnerschaft soll ein Freihandelsabkommen mit der ASEAN inklusive der Aspekte Handel, Investitionen, Wissen und Technologie, Bildung und Tourismus umfassen.²⁰ Ebenso gibt es seit November 2002 eine ostasiatische Forschungsgruppe (East Asia Study Group), die Möglichkeiten für eine ostasiatische Freihandelszone (EAFTA) zwischen ASEAN, Südkorea, Japan und China untersucht.²¹

Der Gesinnungswandel Japans hin zu einer regionalen Integrationspolitik fand einen besonderen Ausdruck in der Grundsatzrede von Ministerpräsident Koizumi in Singapur im Januar 2002, in der er eine eigene Perspektive asiatischer Zukunft entwickelte. Er schlug ein ganz Ost- und Südostasien umfassendes Netzwerk von Partnerschaftsabkommen vor, dessen Inhalt von wirtschaftlicher Verflechtung über wissenschaftlichen, technologischen und kulturellen Austausch bis hin zur gemeinsamen Bekämpfung neuer Sicherheitsrisiken, insbesondere des internationalen Terrors, reicht. Die japanische Regierung habe einen langfristigen stabilen Horizont des Wohlstands und der Sicherheit für die ganze Region im Auge.²²

Warum hat es in Japan einen Strategiewandel hin zu mehr bilateralen Abkommen gegeben, deren Bestandteil Freihandelsabkommen sind? Ein wichtiger Grund ist, dass mit den diskutierten Freihandelsabkommen die Wirtschaftsintegration rechtlich abgesichert und vorangetrieben werden kann.²³

2.3 Beginn der Ära des Bilateralismus in Japan

Was ist ein Freihandelsabkommen (FTA)?

„An FTA is an agreement among member countries to substantially eliminate trade barriers such as tariffs and quantitative import restrictions among themselves.“²⁴

Beachtenswert ist, dass in Japan zwischen einem traditionellen Freihandelsabkommen (traditional FTA) und einem sog. „New Age Economic Partnership Agreement“ unterschieden wird. Zu den traditionellen Freihandelsabkommen heißt es:

“Tariff elimination was the main purpose. Liberalization in Trade in Services and Investment has been covered recently.”

Zu den sog. New-Age Economic Partnership Agreement heißt es dagegen:

“In a new age where IT revolution and globalization are underway, services, capital, human resources and information as well as goods are transferred actively beyond borders. [The New-Age Economic Partnership Agreement] promotes liberalization and harmonization of domestic regulations related to whole economic activities, as well as eliminates barriers at the border (tariff), for promoting transborder activities and revitalization of the domestic economy.”²⁵

Freihandelsabkommen sind ein wichtiges handelspolitisches Instrument vieler Staaten geworden und der Anteil des Handels innerhalb von Freihandelszonen beträgt mittlerweile bereits 40% des weltweiten Handels. Freihandelszonen dienen jedoch nicht allein dazu,

²⁰ JAPAN aktuell, 04/2002, S. 106 f.

²¹ METI, „Promotion of Economic Partnership“, S. 11

²² Rede des japanischen Ministerpräsidenten, Junichiro Koizumi, S. 77 ff.

²³ Schmiegelow, S. 6 ff.

²⁴ vgl. Hatakeyama, Noboru S. 1

²⁵ vgl. METI, The JSEPA, S. 5

Handelsbarrieren abzubauen, sondern regeln auch Aspekte wie Investitionen, Personentransfer, Patente bzw. Rechte über geistiges Eigentum. Ebenso können sie großen Einfluss auf die nächsten Schritte in den multilateralen Verhandlungen haben.²⁶ Gleichzeitig haben Freihandelszonen auch einen sehr stark diskriminierenden Charakter aufgrund des Ausschlusses von Nichtvertragspartnern und stehen genau genommen nicht im Einklang mit den GATT-Prinzipien der Meistbegünstigung. In diesem Zusammenhang ist die Frage gerechtfertigt, wie die bilateralen und regionalen Kooperationen aus Sicht der WTO beurteilt werden. Laut WTO tragen Freihandelsabkommen, solange sie mit den WTO-Abkommen im Einklang sind, d.h. Freihandel schaffen und Liberalisierung fördern, zur Ausweitung des Welthandels bei und ergänzen das multilaterale System.²⁷

Welches sind die Beweggründe Japans zur Verstärkung bilateraler Beziehungen bzw. zum Abschluss von Freihandelsabkommen? Das Außenministerium stellte in einem Papier vom Oktober 2002 folgende Strategie vor.²⁸

Im Zuge des Prozesses der Globalisierung sei es wichtig, das Freihandelssystem voranzutreiben. Der Vorteil von FTAs bestehe darin, Partnerschaften in Bereichen zu stärken, die nicht durch die WTO oder andere multilaterale Verhandlungen abgedeckt sind, und Liberalisierung in Bereichen zu ermöglichen, die über die innerhalb der WTO möglichen Ebenen hinausgehen. So bildeten Freihandelsabkommen eine gute Möglichkeit, die japanischen Wirtschaftsbeziehungen auszubauen und zu fördern. Es sei auch für Japan wichtig, neben multilateralen Bündnissen regionale Partnerschaften bzw. Freihandelsabkommen voranzutreiben, wie es die USA und EU bereits erfolgreich gezeigt hätten. Gleichzeitig förderten Freihandelsabkommen Japans Verhandlungsmacht in WTO-Verhandlungen, da Verhandlungsergebnisse aus Freihandelsabkommen erheblichen Einfluss auf die WTO-Verhandlungen haben können. Ebenso hätten vertiefte wirtschaftliche Beziehungen ein größeres Vertrauen zur Folge, das hilft, die japanischen diplomatischen Interessen und Einflüsse zu stärken.

Neben allgemeinen Vorteilen von Freihandelsabkommen wie Ausweitung der Import- und Exportmärkte, Aufbau verbesserter Industriestrukturen sowie Verbesserung des Wettbewerbs werden folgende Aspekte genannt: Zum einen hätten japanische Unternehmen durch Freihandelsabkommen, an denen Japan nicht beteiligt ist, Nachteile – durch Abschluss eigener Freihandelsabkommen möchte Japan dem entgegenwirken. Des Weiteren klingt auf japanischer Seite die Angst vor der Bildung von wirtschaftlichen Blöcken an, falls die Ausweitung von Freihandelsabkommen ohne gleichzeitigen Fortschritt in den WTO-Verhandlungen vorangetrieben würden. Bis Anfang 2002 ist Japan in kein bilaterales Freihandelsabkommen eingebunden gewesen, so dass die Angst vor Isolation stieg. Ebenso wird es Japan möglich sein, durch die Teilnahme an Freihandelsabkommen Strukturreformen im eigenen Land zu fördern bzw. zu motivieren. Als letzter Punkt wird ein wichtiger Vorteil von Freihandelsabkommen darin gesehen, dass sie wesentlich beweglicher sind als multilaterale Vereinbarungen und Reformen somit schneller durchsetzen können. Sie können Partnerschaften und Liberalisierungen, die nicht durch die WTO abgedeckt sind, intensivieren und zur Harmonisierung von wirtschaftlichen Beziehungen beitragen.

Bevor nun auf die bilateralen Abkommen Japans eingegangen wird, soll noch auf einen wichtigen Punkt hingewiesen werden, der die Wichtigkeit der Wahl von Partnerländern für bilaterale Verhandlungen unterstreicht, da diese Wahl die Quelle der resultierenden Vorteile darstellt.²⁹ Während die USA durchschnittliche Zölle von 3,6% und die EU von 4,1% auf japanische Produkte erheben, liegen die Zölle in den südost- und ostasiatischen Ländern, die das wichtigste Ziel japanischer Exporte sind, wesentlich höher. Als Beispiel seien hier Korea

²⁶ Yun, Chunji, S. 1

²⁷ WTO, "Singapore Ministerial Declaration 1996"

²⁸ MOFA, „Japan's FTA Strategy“

²⁹ MOFA, „Japan's FTA Strategy“

mit durchschnittlichen Zöllen von 16,1%, China mit 10% und Indonesien mit 37,5% genannt. Die Verbesserung der Bedingungen des Handels mit Ost- und Südostasien, würden die Bedingungen für japanische Unternehmen erheblich verbessern. Daher sind Bündnisse mit diesen Ländern wichtig und vorteilhaft für Japan.

2.3.1 Japan – Singapur

Das im November 2002 in Kraft getretene Handelsabkommen zwischen Japan und Singapur (Japan-Singapore New Age Economic Partnership Agreement JSEPA) ist das erste Freihandelsabkommen, das Japan bilateral abgeschlossen hat.³⁰ Erste Gespräche zwischen Japan und Singapur wurden im Dezember 1999 geführt. Eine Arbeitsgruppe, die die Möglichkeiten eines Freihandelsabkommens zwischen Japan und Singapur untersuchte, hat ihre Studie im September 2000 abgeschlossen. Im Oktober 2001 wurde das Abkommen beschlossen und am 13. Januar 2002 von den Regierungschefs Koizumi und Goh Chok Tong unterzeichnet. Dieses Abkommen soll Beispielscharakter für weitere bilaterale Abkommen Japans haben.

Das JSEPA, definiert als Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreement), beschränkt sich nicht nur auf FTA-typische Zollbestimmungen, sondern umfasst ebenso Aspekte wie Investitionen, Wettbewerbspolitik, ein Abkommen zur Gegenseitigen Anerkennung (Mutual Recognition Agreement), Informationsaustausch (Information-Communication) und den Finanzsektor. Singapur hat alle Zölle auf Importe aus Japan abgeschafft; Japan hat die Zölle für etwa 3800 Produkte aus Singapur abgebaut. Zu beachten ist, dass die Verhandlungen mit Singapur dadurch erleichtert wurden, dass Singapur kein Agrarland ist und somit das häufig auf japanischer Seite kritische Thema der Agrarpolitik ausgeschlossen werden konnte.³¹

Die Entscheidung Japans, ein Freihandelsabkommen mit Singapur abzuschließen, ist nicht nur zum rein bilateralen Abbau von Zöllen getroffen worden, sondern auch wegen der wichtigen Rolle, die Singapur innerhalb der ASEAN für japanische Unternehmen spielt. So sind viele regionale Firmenzentralen japanischer Unternehmen in Singapur angesiedelt.³²

Die vertraglich festgehaltenen Ziele des JSEPA sind die folgenden:

- To expand regional trade and investment and activate both economies by the liberalization and facilitation of trade and investment and the harmonization of economic systems. (...)
- To present, as the first RTA for Japan, a valuable model case for Japan to become proactive in bilateral and regional agreements.
- To contribute, as an RTA which covers wide-ranging areas befitting a new age economic partnership, to the efforts of the liberalization within the WTO framework
- To deepen mutual understanding between the two countries through interactions in various fields and contribute to developing a closer political and diplomatic relationship between the two countries.³³

Neben Investitionen werden in diesem Abkommen Liberalisierungen in folgenden Bereichen angestrebt: "Trade in Goods, Rules in Origin, Custom Procedures, Paperless Trading, Mutual Recognition, Trade in Services, Movement of Natural Persons, Intellectual Property, Government Procurement, Competition." Eine Zusammenarbeit ist für die Sektoren Finanzdienstleistungen, Informations- und Kommunikationstechnologien Wissenschaft und Technik, Entwicklung von Humankapital, Handels- und Investitionsförderung, kleine und mittlere Unternehmen, Rundfunk und Tourismus beabsichtigt.³⁴

³⁰ METI, The JSEPA

³¹ Nozawa, Takuro, S. 1

³² Yun, Chunji, "Japan's FTA Strategy and the East Asian Economic Bloc"

³³ vgl. METI, „JSEPA“, S.8

³⁴ METI, „JSEPA“, S. 1

Im Bereich Investitionen umfasst das Abkommen die Gebiete "Protection of Investment, National Treatment in Pre-Investment (liberalization of entry), Additional Prohibition of Performance Requirements beyond WTO, Improvement in Transparency".³⁵

2.3.2 Japan – Südkorea

Im Oktober 1998 schlug der südkoreanische Präsident Kim Dae-Jung während seiner Japanreise eine „New Partnership for the Twenty-First Century“ vor, welche ein Freihandelsabkommen zwischen Japan und Südkorea enthält.³⁶ Kurze Zeit später wurde eine unabhängige Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit dem Institut für Entwicklungsländer von JETRO (Japan External Trade Organisation's Institute of Developing Economies) und dem koreanischen Institut für Wirtschaftspolitik (Korean Institute of Economic Policies) zur Machbarkeit eines Freihandelsabkommens zwischen Japan und Südkorea ins Leben gerufen. Die Studie dieser Arbeitsgruppe befürwortete ein Freihandelsabkommen und während seiner zweiten offiziellen Japanreise im Herbst 2000 schlug der südkoreanische Präsident Kim vor, ein koreanisch-japanisches Wirtschaftsforum (Korea-Japan Business Forum) zu schaffen, um die Diskussion zwischen der Wirtschaft Japans und Südkoreas zu den Vor- und Nachteilen eines Freihandelsabkommens zu fördern. In diesem Zusammenhang vereinbarten die beiden Länder, ein bilaterales Investitionsabkommen abzuschließen, welches zwei Jahre später auch umgesetzt wurde. Während der Südkoreareise des japanischen Präsidenten Koizumi im März 2002 unterzeichneten die beiden Regierungen das Investitionsabkommen. Beide Regierungschefs beauftragten eine Arbeitsgruppe aus Vertretern von Wissenschaft, Wirtschaft und Regierung, nun auch eine Studie über ein Freihandelsabkommen zu verfassen.³⁷

Die Verhandlungen zwischen Japan und Südkorea laufen nun schon seit über drei Jahren, wobei die Unstimmigkeit auf japanischer Seite vor allem in der Vorsicht bei der Öffnung des Agrarsektors liegt und auf südkoreanischer Seite bei den befürchteten Auswirkungen im Produktionssektor, insbesondere auf dem Automobil- und Elektronikmarkt.³⁸ Ebenso sind immer noch politische Probleme aktuell, wie z.B. der jährliche Besuch des japanischen Ministerpräsidenten am Yasukuni-Schrein in Tokyo. Aus wirtschaftlicher Perspektive konkurrieren die beiden Volkswirtschaften in Bezug auf vorhandene Produktionsfaktoren und Industriestruktur eher, als dass sie sich ergänzen.

Andererseits sollten aber auch die positiven Folgewirkungen eines Freihandelsabkommens durch die Einsparungseffekte betrachtet werden, die zwischen den beiden Ländern durch verstärkte Integration und durch stärkere intra-industrielle Spezialisierung geschaffen werden könnten.³⁹

Aus geopolitischer Perspektive kann die japanische Strategie von Freihandelsabkommen mit Singapur und Südkorea auch als Umzingelung der erstarkenden Wirtschaftsmacht und Bedeutung Chinas gesehen werden.⁴⁰

2.3.3 Japan – Mexiko

Zwischen Japan und Mexiko laufen seit August 1998 Gespräche und Verhandlungen zu einem Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Japan-Mexiko Economic Partnership Agreement).⁴¹ Seit Februar 1999 gibt es hierzu eine Arbeitsgruppe, die in einer Studie ein

³⁵ vgl. MOFA, "JSEPA", S. 19

³⁶ JAPAN aktuell, 04/2002, S. 107 f

³⁷ JAPAN aktuell, 08/2002, S. 305

³⁸ Nozawa, Takuro, S. 2

³⁹ Kim, Kihwan, S. 4

⁴⁰ Yun, Chunji, S. 3

⁴¹ METI, „Promotion of Economic Partnership“

Freihandelsabkommen befürwortet.⁴² Nach mehr als zweijährigen Vorbereitungen haben Japan und Mexiko im November 2002 in Tokyo mit offiziellen Gesprächen begonnen. Der Wunsch nach einem Freihandelsabkommen mit Mexiko ist besonders groß auf Seiten der japanischen Unternehmer, die durch den Ausschluss aus den Freihandelszonen zwischen Mexiko und der EU (Juli 2000) und Mexiko und den USA (durch die NAFTA) erheblichen Schaden gespürt haben. So wurden beispielsweise in Mexiko Maquiladoras, die zollfreie Importe erlaubten, im Januar 2001 verboten⁴³ – und bei durchschnittlich Zöllen von 16,2% können japanische Exporte nicht mit denen von europäischen oder US-amerikanischen Unternehmen konkurrieren.⁴⁴ Aufgrund des relativ hohen Stellenwerts des Agrarexports von Mexiko nach Japan – Agrarprodukte machen 20% der mexikanischen Exporte nach Japan aus⁴⁵ – und der protektionistischen Agrarpolitik auf japanischer Seite stellt sich in dieser Hinsicht ein großes Problem in den fortschreitenden Verhandlungen.

2.3.4 Japan – Chile

Nach einem Vorschlag seitens der chilenischen Regierung von 1996, ein Freihandelsabkommen mit Japan abzuschließen, wurde von JETRO eine japanisch-chilenische Arbeitsgruppe (Japan-Chile FTA Study Group) einberufen.⁴⁶ Nach einer Studie dieser Gruppe liegen die Vorteile für Japan in einem Wachstum der Exporte in Sektoren wie Automobil, Reifen, sowie Elektronik. Vorteile für Chile werden in der Zunahme des Exports von Fischereiprodukten wie beispielsweise Lachs etc. sowie Agrarprodukten (Trauben und Apfelsaft), veredelte Waren und Kupfer gesehen. Trotz der Befürwortung eines Freihandelsabkommens durch die Arbeitsgruppe sind bisher keine konkreten Maßnahmen in Angriff genommen worden. Das Problem der protektionistischen Agrarpolitik Japans ist noch zu sensibel. Experten gehen davon aus, dass Verhandlungen zwischen Chile und Japan auch erst nach Abschluss des Freihandelsabkommens zwischen Japan und Mexiko aktuell werden.

Die Auswahl der Freihandelspartner Singapur, Chile und Mexiko kann als sehr strategisch gewählt betrachtet werden. Diese drei Länder sind dadurch charakterisiert, dass sie ihre eigenen Freihandelsnetzwerke mit den wichtigsten Weltmärkten wie USA, Europa und Asien gebildet haben. Mexiko beispielsweise ist Mitglied der NAFTA, hat gleichzeitig ein Freihandelsabkommen mit der EU und ist dabei, die Netzwerke nach Lateinamerika auszudehnen. Chile als Mitglied des MERCUSOR hat neben Abkommen mit anderen Staaten Lateinamerikas auch begonnen, Freihandelsabkommen mit Kanada, USA, Mexiko und Neuseeland aufzubauen. Wenn Japan nun Abkommen mit diesen Ländern schließt, ist es über den Umweg dieser Länder für japanische Unternehmen möglich, auch in die US-amerikanischen und europäischen Märkte zu günstigen Konditionen vorzudringen.⁴⁷

2.3.5 Weitere FTA Partner

Bevor die Verhandlungen über eine Freihandelszone zwischen Japan und der ASEAN starten, will Japan bis 2006 mit so vielen ASEAN-Staaten wie möglich bilaterale Abkommen abschließen – Thailand, Malaysia, Indonesien und die Philippinen haben bereits Interesse signalisiert.⁴⁸ So sind in jüngster Zeit Arbeitsgruppen zwischen Japan und Thailand⁴⁹ bzw.

⁴² METI, „[JAPAN-MEXICO Joint Study Group on the Strengthening of Bilateral Economic Relations Final Report](#)“

⁴³ Yun, Chunji, S. 1 f

⁴⁴ Hatakeyama, Noboru, S. 3

⁴⁵ Asia Pacific Bulletin, S. 1

⁴⁶ Nozawa, Takuro, S. 1

⁴⁷ Yun, Chunji, S. 2

⁴⁸ Nozawa, Takuro, S. 1 f.

⁴⁹ SÜDOSTASIEN aktuell, 03/2002, S. 126

den Philippinen entstanden. Anfragen gibt es auch aus China, Taiwan, Australien, Neuseeland und Brunei.⁵⁰

2.4 Charakteristika Japans in den bilateralen Abkommen

Dieser letzte Punkt spricht die Besonderheiten Japans in seinen bilateralen Abkommen an.

2.4.1 Positiv- und Negativlistenansatz

Ein Aspekt ist die Reichweite der Abkommen, die sich in der Wahl zwischen einem Positiv- oder einem Negativlistenansatz niederschlägt.⁵¹ Sowohl im Investitionsabkommen mit Korea als auch im Abkommen mit Singapur wird der Negativlistenansatz verfolgt⁵², d.h. nur die Ausnahmereiche, in denen das Abkommen nicht gelten soll, werden festgelegt. Alle nicht explizit genannten Bereiche werden für die Partnerländer geöffnet. Im Gegensatz dazu werden im Positivlistenansatz nur die Bereiche explizit genannt, die für die Mitgliedsstaaten geöffnet werden. Die Regelungen in den Abkommen Japans mit Südkorea und Singapur können somit als wesentlich weitreichender angesehen werden als vergleichbare Regelungen im multilateralen GATS-Vertragswerk, in dem ein Positivlistenansatz verfolgt wird.

2.4.2 Streitschlichtungsverfahren

Ein weiterer charakteristischer Punkt ist das Streitschlichtungsverfahren, das im Hinblick auf Investitionen wichtig ist.⁵³ Im Gegensatz zum *state to state*-Klageverhältnis, wie es in der WTO gilt und auch von japanischer Seite unterstützt wird, ist im Investitionsabkommen zwischen Japan und Korea ein *investor to state*-Klageverhältnis festgelegt, d.h. koreanische Unternehmer können direkt und ohne Vermittlung durch den koreanischen Staat den japanischen Staat verklagen – und umgekehrt.

2.4.3 Pre- und Post-Establishment

Inländerbehandlung und Liberalisierung von Direktinvestitionen kann in zwei Stadien erfolgen – zum einen in der Zeit, bevor der Investor eine Präsenz im Gastland aufgebaut hat, und zum anderen in der Zeit nach dem Aufbau einer Präsenz im Gastland.⁵⁴ Es ist sowohl für den Investor als auch für das Gastland keine Frage, im Stadium des „Post-Establishments“ das Prinzip der Inländerbehandlung zu verfolgen.

Dass solche Prinzipien auch im Stadium des Pre-Establishment angewendet werden, ist selten. Es minimiert jedoch die Risiken für Investoren durch verbesserte Konditionen schon in der Aufbauphase. Eine solche Pre-Establishment-Regelung ist im Investitionsabkommen mit Südkorea vereinbart worden.

Diese Beispiele zeigen, dass Japan in bilateralen Verhandlungen wesentlich weitergehende Forderungen umsetzen kann als in multilateralen Verhandlungen.

⁵⁰ Othmann, Azlan, S. 1.

⁵¹ WTO, WT/WGTI/W/125, S. 3

⁵² MOFA, „Japan’s Basic Strategy for the WTO New Round Negotiations“

⁵³ ⁵³ WTO, WT/WGTI/W/139, S. 1 ff.

⁵⁴ WTO, WT/WGTI/W/125, S. 2

3. Zusammenfassung

Als starke Export- und Handelsmacht versucht Japan, die Schutzmöglichkeiten seiner Investitionen und die Rechte seiner Investoren sowohl auf multilateraler Ebene wie auch auf bilateraler Ebene zu erweitern. Dieses Vorgehen hat häufig Nachteile für die Partnerländer bilateraler Abkommen, meistens Entwicklungsländer, und wirft somit Konflikte über die Ausdehnung bestehender und die Schaffung neuer multilateraler Investitionsschutzregelwerke auf. Die EU-Staaten und die USA verfolgen aufgrund einer ähnlichen Struktur ihrer Wirtschaft auch ähnliche Ziele wie Japan, wodurch es innerhalb der WTO zu einer Blockbildung kommt, bei der die Interessen der Industrieländer denen der Entwicklungsländer gegenüberstehen. Ein Kompromiss zwischen beiden Gruppen wäre hier wünschenswert. Tatsächlich sieht es jedoch so aus, dass die Industrieländer oftmals ihre wirtschaftliche Vormachstellung ausnutzen, um die eigenen Ziele durchzusetzen.

Japan befürwortet in seiner Außenwirtschaftspolitik eindeutige regionale und bilaterale Abkommen als Ergänzung zur WTO, wobei die WTO das Fundament für das Freihandelssystem bildet und regionale und bilaterale Kooperationsverträge als eine Erweiterung der WTO-Bestimmungen angestrebt werden.⁵⁵ Der Abschluss des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens mit Singapur (Japan-Singapore New Age Economic Partnership Agreement) und des Investitionsabkommens mit Südkorea sowie die Verhandlungen mit weiteren Ländern wie Mexiko, Chile etc. unterstreichen diese bilaterale Strategie. Gleichzeitig ist Japan aber auch weiterhin engagiert an den WTO-Verhandlungen beteiligt und hat im November 2002 eine umfassende Wirtschaftspartnerschaft mit den ASEAN-Ländern (Japan-ASEAN Comprehensive Economic Partnership) befürwortet. Beachtenswert ist allerdings, dass Japan zwischen den Begriffen Wirtschaftspartnerschaft (Economic Partnership) und Freihandelszone (Free Trade Area) unterscheidet. Das wirft die Frage auf, ob Japan durch die Flexibilisierung der Begrifflichkeit auch eine Beweglichkeit in den Abkommen schaffen möchte. Dennoch steht aber die Aussage von japanischer Seite fest: „Die intensiven Bemühungen auf japanischer Seite, bilaterale Freihandelsabkommen abzuschließen, machen die japanische Überzeugung deutlich, dass handelspolitische Ziele mitunter im bilateralen Rahmen besser geregelt werden könnten als im multilateralen.“ Dagegen beurteilt insbesondere die japanische Regierung die Chance „neue Bedrohungen“ wie Umweltverschmutzung und soziale Probleme zu regeln, als „Erfolg versprechender im multilateralen Rahmen.“⁵⁶

Im Prozess von Verhandlungen für weitere Freihandelsabkommen oder Wirtschaftspartnerschaften bildet die Agrarpolitik weiterhin ein großes Problem. So mag das Schema im Falle der Verhandlungen mit der ASEAN umfassend (*comprehensive*) sein, da Aspekte wie Investitionen, Hilfeleistungen, Bewegung natürlicher Personen (*human exchange*), Tourismus enthalten sind. Es besteht jedoch auch die Möglichkeit, einzelne Bereiche herauszunehmen. Im Japan-Singapur-Abkommen ist beispielsweise der Agrarsektor ausgeklammert. Solange Japan an seiner geschützten Agrarpolitik festhält, wird das Land lange und schwierige Verhandlungen führen und die Verwirklichung einer Freihandelszone mit den ASEAN-Staaten wird nicht einfach zu erreichen sein, vor allem mit Staaten wie Thailand und Vietnam, die hohe Agrarexportquoten aufweisen.⁵⁷

Es bleibt abzuwarten, wie Japan seine Wirtschaftspartnerschaften bzw. Freihandels- und Investitionsabkommen in Zukunft auslegen und gestalten wird.

⁵⁵ METI, „Promotion of Economic Partnership“

⁵⁶ SÜDOSTASIEN aktuell, S. 195 f

⁵⁷ Yun, Chunji, S. 3 f

4. Literatur

Asia Pacific Bulletin, "Japan Pursues Bilateral FTA Strategy Despite Slow Progress with Mexiko", 28/10/2002, www.asiapacificbusiness.ca/apbn/pdfs/bulletin81.pdf

Fritz, Thomas, „Die Bewertung der GATS-Verhandlungen im Rahmen der Wissensgesellschaft“, 01/2002, Berlin

Hatakeyama, Noboru, "Japan's New Regional Trade Policy – Which country comes next after Singapore?", 13/02/2002, www.iiie.com/papers/hatakeyama0302.htm

„Investitionsschutz um jeden Preis?“, Erklärung von Bern, Greenpeace, Solifonds, 08/2002

„Investment agreements as one-sided enforcement of investor rights.“, Seattle to Brussels Network, 10/2002, www.s2bnetwork.org/S2B-InvestmentWTO-Brochurefinal.pdf

JAPAN aktuell, 04/2002, S. 106 f

JAPAN aktuell, 04/2002, S. 107 f

JAPAN aktuell, 08/2002, S. 305

Kim, Kihwan, „New Trends towards Preferential Trade Arrangements in East Asia: An Unmixed Blessing?“, 2002, www.keia.com/Submitted/NewTrends-KihwanKim.doc

METI, „JAPAN-MEXICO Joint Study Group on the Strengthening of Bilateral Economic Relations Final Report“, 30/07/2002, www.meti.go.jp/english/policy/index_externaleconomicpolicy.html

METI, „Promotion of economic Partnership“, 13/12/2002, www.meti.go.jp/english/policy/index_externaleconomicpolicy.html

METI, „The Agreement between Japan and the Republic of Singapore for a New-Age Economic Partnership (The JSEPA)“, 05/06/2002, www.meti.go.jp/english/policy/index_externaleconomicpolicy.html

Mies, Maria, „Lizenz zum Plündern“, in Rotbuch-Verlag Hamburg, 1998

MOFA, „Japan's Basic Strategy for the WTO New Round Negotiations“, 04/10/2002, www.mofa.go.jp/policy/economy/wto/round0210.html

MOFA, „Japan's FTA Strategy“, 10/2002, www.mofa.go.jp/policy/economy/fta/strategy0210.html

MOFA, „The Japan-Singapore Economic Agreement for a New Age Partnership (JSEPA)“, 01/2002, www.mofa.go.jp/region/asia-paci/singapore/jsepa.html

Nabers Dirk, „Japans neuer Regionalismus – Die prozessuale Dynamik der ASEAN+3“, in JAPAN aktuell, 02/2002, S. 51 ff

Nozawa, Takuro, „Belated Start with a Burden: Japan's FTA Negotiations.“, in Japan Watch, 22/01/2003, www.csis.org/japan/japanwatch/jw0301.pdf

Ogita, Tatsushi, „An Approach towards Japan's FTA Policy“, in DIE APEC STUDY CENTER, 03/2002, www.iiie.com/papers/hatakeyama0302.htm

Othmann, Azlan, „Brunei, Japan mull FTA“, in Courtesy Borneo Bulletin, 24/01/2003, www.nccibd.com/NewsArchive/2003/Jan/24/news1.html

Raghavan, Chakravarthi, „Doha preparatory talks show deep divisions on investment issues“, 01/06/2001, www.twinside.org.sg/title/deep.htm

Rede des japanischen Ministerpräsidenten, Junichiro Koizumi, über die Zusammenarbeit von Japan und ASEAN am 14. Januar 2002 in Singapur (Auszüge), in Internationale Politik, 02/2003, S. 77 ff

Schmiegelow, Michèle , „Asiens drei Horizonte“, in Internationale Politik, 02/2003, S. 1 ff

SÜDOSTASIEN aktuell, 03/2002, S. 126

SÜDOSTASIEN aktuell, 05/2002, S. 195 f

Thanadsillapakul, Dr. Lawan, Framework Agreement on the ASEAN Investment Area (AIA), www.thailawforum.com/articles/lawanaia.html

WTO, Singapore Ministerial Declaration 1996, “Regional Agreements”, www.wto.org/english/thewto_e/minist_e/min96_e/wtodec_e.htm

WTO, WT/WGTI/W/125, 28/06/2002

WTO, WT/WGTI/W/139, 11/09/2002

Yun, Chunji, “Japan’s FTA Strategy and the East Asian Economic Bloc“, in “Japan in the World”, 15/03/2003, www.iwanami.co.jp/jpworld/text/FTA01.html

Globalisierungskritik in ASEAN-Ländern: Die Rolle nationaler und transnationaler NGOs

Von Kai Edel und Melanie Stollwerck

Zusammenfassung:

Die NGO-Szene in Südostasien ist äußerst heterogen und von Land zu Land vollkommen unterschiedlich. Im nachfolgenden Beitrag sind die Beispielländer Philippinen und Thailand ausgewählt worden, um dies zu illustrieren. Im Vordergrund steht die Frage nach den vertikalen Verbindungslinien zwischen lokal, substaatlich-regional, national und transnational aktiven NGOs. Dieser Aspekt ist in der Forschung bislang wenig beleuchtet worden. Die tatsächlichen „links“ zwischen den einzelnen Ebenen und den Gruppierungen eines Landes werden dann anhand zweier Fallbeispiele von Staudammprotesten erläutert. Es wird dabei deutlich, dass viele *single issue*-bezogene NGOs die Tragweite der Themen, mit denen sie sich befassen, kaum an ihre Zielgruppen vermitteln können. Die AutorInnen schließen dennoch mit dem Ausblick auf ein stetig steigendes Bewusstsein über global-lokale Zusammenhänge (z.B. beim Thema GATS) und bewerten den Effekt von übergreifenden Foren wie dem Asian Social Forum oder World Social Forum als positiv im Sinne der Netzwerkbildung.

1. Einleitung und Hintergrund

Der Verbund der ASEAN-Länder umfasst die neun Mitgliedsstaaten Brunei, Indonesien, Laos, Malaysia, Myanmar (Burma), die Philippinen, Singapur, Thailand, und Vietnam. Als Beobachter nehmen darüber hinaus Papua-Neuguinea und Kambodscha an den Treffen teil. Von den ASEAN-Ländern sind lediglich Laos und Vietnam keine WTO-Mitgliedstaaten. Trotz dieser oberflächlichen Integration in trans- und internationale Organisationen umfasst die Region Südostasien Länder mit sehr unterschiedlichen Ausprägungen und politischen Strukturen. Diese Unterschiedlichkeit ist ein Grund (unter mehreren) dafür, dass auf nationaler und lokaler Ebene keine homogene NGO-Szene auszumachen ist, die eine einheitliche Globalisierungskritik etwa hinsichtlich des GATS artikulieren würde.

Betrachtet man die Rolle der transnationalen und nationalen Nichtregierungsorganisationen (non-governmental organizations = NGOs) am Beispiel der Länder Thailand und Philippinen in Bezug auf die Verhandlungen der WTO zum Dienstleistungsabkommen GATS und seine Auswirkungen in Asien, so muss man sich einer gewissen Grundproblematik bewusst sein. In beiden Ländern sind als Folge von hohem Schuldendienst, mangelnden Steuereinnahmen und besonders als Folge der regionalen Wirtschaftskrise („Asienkrise“) die öffentlichen Kassen leer. Dies hat die Staaten bereits zum Rückzug ihres Engagements im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge gezwungen. Liberalisierung, wie auch damit einher gehend Deregulierung, Privatisierung und Öffnung zum Weltmarkt, sind zentrale Auflagen, die den Entwicklungsländern im Rahmen von Strukturanpassungsprogrammen (SAPs) gemacht wurden, bzw. auch noch gemacht werden. Eine Folge davon ist der Souveränitätsverlust der Staaten zugunsten von Weltbank, Internationalem Währungsfond (IWF) und der Asian Development Bank (ADB). Ferner entstanden durch die Privatisierung oft Monopolsituationen, da die hier schwachen staatlichen Regulierungsmechanismen die privatisierten Unternehmen nur unzureichend kontrollierten.

In diesen Ländern sind große Teile der öffentlichen Dienstleistungen bereits privatisiert. Mit dem GATS würde die ökonomische Interessenpolitik der WTO zugunsten von transnationalen Unternehmen fortgeführt werden, und es käme zu einer völligen Öffnung des Dienstleistungsmarktes.

Die bereits durchgeführten Privatisierungen der öffentlichen Dienstleistungen z.B. im Strom oder Wassersektor gingen meist zu Lasten der armen Bevölkerung und stehen daher seit längerem im Zentrum der Kritik von einer großen Zahl von NGOs in diesen Ländern. Während NGOs in den Industrieländern, wo eine Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte und die damit einhergehende Privatisierung oft erst in den letzten Jahren begonnen hat, sich um den Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge bemühen, müssen sich NGOs in den Entwicklungsländern bereits mit den Folgen der Privatisierung auseinandersetzen.

2. NGO-Vernetzung im Südostasien

2.1 Allgemein

Seit Anfang der siebziger Jahre gab es im gesamtasiatischen Raum erste Bestrebungen, die bis dato von staatlicher Seite übernommene Entwicklungshilfe nun auch durch private Institutionen und Einrichtungen zu fördern, nicht zuletzt, um der zunehmenden Verarmung der Bevölkerung und der aufkommenden Verschuldung der asiatischen Staaten entgegenzuwirken. So entwickelten sich über einen Zeitraum von nahezu drei Dekaden mehrere tausend zivilgesellschaftliche Gruppen, NGOs, religiös-sozial geprägte Einrichtungen und Basisorganisationen (POs = People's Organizations), welche heutzutage häufig bei weitem erfolgreichere und effizientere Arbeit leisten, als die staatlich verwaltete Entwicklungshilfe mancher asiatischer Länder es vermag. Während sich die ersten Gruppierungen zumeist nur in einigen wenigen Aufgabenfeldern engagierten und darüber hinaus lokal operierten, wie die 1969 gegründete NGO *Thailand Rural Reconstruction Movement (TRRM)*, „dessen Ausrichtung sich auf die Bereiche Erziehung/Bildung, Gesundheit, Selbstverwaltung, Gewaltlosigkeit und Schaffung eines Lebensunterhaltes konzentrierte“⁵⁸, sind aktuelle asiatische NGOs in vielfältige politische und wirtschaftliche Arbeitsbereiche nationaler und transnationaler Entscheidungsprozesse involviert. Ferner verfügen sie über ein bedeutendes Maß an Expertenwissen und arbeiten im Zuge der Globalisierung nun auch verstärkt dezentral und transnational. Mit Beginn der Asienkrise 1997 und den zunehmenden Verwerfungen einer globalisierten Marktwirtschaft wie z.B. soziale Ungerechtigkeit oder Marginalisierung von Randgruppen haben sich besonders zwei transnational agierende NGOs aus dem asiatischen Raum herausgebildet und an Einfluss in den Bevölkerungen und gegenüber den Regierungen gewonnen. Es sind dies das malaysische *Third World Network* und die im thailändischen Bangkok beheimatete NGO *Focus on the Global South*. Beide sind global und regional stark aktive Gruppen, die gleichzeitig den Bezug zu nationalen und lokalen Tochterorganisationen und anderen NGOs pflegen. Am Beispiel von *Focus on the Global South* und thailändischen sowie philippinischen NGOs und Grassrootsbewegungen soll hier diese enge Zusammenarbeit verschiedener privater Einrichtungen von lokaler bis hin zur transnationalen Ebene und verstärkter Netzwerkbildung erläutert werden. Die vertikale Verbindungslinie nämlich wird in der Literatur zur Nichtregierungs-Szene in Asien häufig nur am Rande betrachtet, obwohl sie eine wesentliche Rolle für den *bottom up*-Prozess einer nachhaltigen Entwicklung spielt. Die Beispiele, die wir im Folgenden darstellen, belegen indes auch die Unterschiede in der Kooperation und Vernetzung verschiedener Ebenen. Die lokalen, substaatlich-regionalen und nationalen Verschiedenheiten (bis hin zur Konkurrenz von NGOs) prägen die vertikalen Verbindungen in entscheidendem Maße.

⁵⁸Heidersbach, Dirk: Die Rolle der Nichtregierungsorganisationen in Thailand, Thailand-Rundschau 3/2001, S.80

2.2 Focus on the Global South: Micro-Macro Issues Linking Program

Forschung und Arbeit von *Focus on the Global South* findet grundsätzlich in vier verschiedenen Themengebieten statt: 1. Handels- und Finanzliberalisierung, 2. Kultur und Globalisierung, 3. Sicherheit und Konfliktbewältigung sowie 4. Staat, Markt und Zivilgesellschaft. Jeweils monatlich erscheinen in enger Koordination und Zusammenarbeit mit der Chulalongkorn Universität in Bangkok etwa zwei bis drei Publikationen und zahlreiche Artikel der Focus-Mitarbeiter, die sowohl über die hauseigene Internetseite von *Focus on the Global South* abrufbar sind⁵⁹, als auch zum Teil in den speziellen, monatlich erscheinenden entwicklungspolitischen Zeitschriften veröffentlicht werden.⁶⁰

In diese vier zentralen Forschungsgebiete mit eingebettet ist das seit August 1995 entwickelte Micro-Macro Issues Linking Program, dessen grundlegendes Ziel es sein soll, „(...) to collect and integrate such existing documented micro experience with macro level paradigms of change.“⁶¹ *Focus on the Global South* ist es daher in langjähriger Arbeit gelungen, mit vielen NGOs und Grassrootsbewegungen aus dem südostasiatischen Raum Kontakte zu knüpfen, Seminare zu veranstalten, die zum gegenseitigen Informationsaustausch genutzt werden, und somit den Aufbau einer politische aktiven Zivilgesellschaft zu fördern.

Zudem liegt eine wesentliche Besonderheit des Micro-Macro Issues Linking Program darin, dass grundsätzlich versucht wird, vorhandene Probleme ökologischer und sozioökonomischer Dimension mit einer *bottom up*-Strategie zu lösen, wobei mit Hilfe der betroffenen Bevölkerungsschichten und Grassrootsbewegungen alternative Lösungsansätze erarbeitet werden. Durch diese Vorgehensweise – Partizipation möglichst vieler beteiligter Akteure – soll zum einen ein höchstmögliches Maß an Effektivität gewährleistet, zum anderen der Aufbau einer starken Zivilgesellschaft vorangetrieben werden.⁶²

Der Rückhalt und die Unterstützung der südostasiatischen Bevölkerung, dessen sich die Mitarbeiter von *Focus on the Global South* und allen voran deren bekannter Direktor Walden Bello gewiss sein dürften, versetzt die NGO in eine Position, „(...) to influence different levels of policy decision-making, from the very local to the global.“⁶³

Die NGO kann daher den südostasiatischen Regierungen und der ADB durchaus als einflussreiche und kompetente Kritikerin entgegentreten, deren Forschungsarbeiten und Erfahrungsberichte von den zuständigen nationalen und transnationalen Behörden und Institutionen bei ihren politischen Entscheidungsprozessen beachtet und Ernst genommen werden sollten.⁶⁴

⁵⁹ <http://www.focusweb.org>

⁶⁰ Derzeit existieren drei von *Focus on the Global South* herausgegebene Dossiers, die ebenfalls online abrufbar sind und monatlich als „Online-Bulletin“ bestellt werden können.

Unter anderem sind verfügbar: Focus on Trade, Focus on Security und Focus on Philipines.

⁶¹ Micro-Macro Issues Linking Program- A Discussion Paper:

<http://www.focusweb.org/focus/mm/mmpaper.html>, <http://www.focusweb.org/focus/mm/th/th.html>

⁶² „A basic assumption is that both people-sensitive policy analysts/researchers and grassroots activists have equally important roles to play in the development process.“ In: Micro-Macro Issues Linking Program: A Discussion Paper, August 1995

⁶³ <http://www.focusweb.org/focus/mm/mmpaper.html>, <http://www.focusweb.org/focus/mm/th/th.html>

⁶⁴ Einen ersten Eindruck vermitteln die *Focus on the Global South* Jahresberichte sowie die zahlreichen kritischen Publikationen zu Stellung und Politik der Asian Development Bank in Ostasien.

(Annual Report 2001, Profiting from Poverty: the ADB, Private Sector and Development in Asia)

3. Länderbeispiel Thailand

3.1 Assembly of the Poor

Auf nationaler Ebene leistet die thailändische NGO *Assembly of the Poor* seit ihrer Gründung 1995 vielfältige Entwicklungs- und Mobilisationsarbeit und versteht sich selbst als "(...) a network of people who share the same destiny, that is being victims of over four decades of Thailand's economic and industrial development policies."⁶⁵

Am Beispiel von *Assembly of the Poor* lässt sich zudem sehr gut der Unterschied zu NGOs aus den industrialisierten Ländern aufzeigen, bei welchen man oftmals den Eindruck hat, dass deren Kritik und Forschungsarbeit von der Öffentlichkeit kaum oder zu wenig gewürdigt wird.⁶⁶ Die Mitglieder von *Assembly of the Poor* konzentrieren ihr Arbeits- und Aktionsspektrum besonders auf Bevölkerungsgruppen, die von ökologischen Schäden und Umweltzerstörung betroffen sind. Dies ist meist der Fall bei industrieller Verschmutzung, staatlichen Infrastrukturprojekten und ökologisch fragwürdigen Großprojekten, teilweise finanziert durch transnationale Institutionen⁶⁷. Schon seit einigen Jahren ist ein zentrales Thema der *Assembly of the Poor*-Arbeit die Zerstörung von Naturressourcen und die damit einhergehende soziale Problematik für die betroffene Bevölkerung durch den Bau des Pak Moon-Staudammes in der Ubon Ratchathani-Region. Welche ökologischen und sozialen Folgen die Nutzung des Staudammes hat und wie und mit welchen Mitteln *Assembly of the Poor* versucht, die Öffentlichkeit auf diese Problematik aufmerksam zu machen und die Bevölkerung gegen den Pak Moon Staudamm zu mobilisieren, soll nun im folgenden Absatz erläutert werden.

3.2 Pak Moon Staudamm

Der Bau des Pak Moon-Staudammes begann im Jahre 1989 nach einer langwierigen Vorbereitungszeit mit diversen Infrastruktur- und Kostenuntersuchungen, an welchen auch die französischen Firmen Sofrelec und Sofreah und andere ausländische Firmen beteiligt waren.⁶⁸

Der größte Finanzier des umstrittenen Großprojektes ist jedoch die Weltbank, die es trotz damaliger Widerstände und Vorbehalte seitens der Bevölkerung nicht für nötig hielt, den Bau des Staudammes zumindest zeitweise in Frage zu stellen.

⁶⁵ <http://www.thai.to/aop/data001.html>

⁶⁶ Mit dem Entstehen sogenannter globalisierungskritischer Netzwerke und NGOs und einer zunehmenden Anzahl von Publikationen werden neuerdings immer mehr das Interesse der Öffentlichkeit und Medien für entwicklungspolitische Themen sensibilisiert.

⁶⁷ U.a.: Weltbank, Internationaler Währungsfond(IWF), Asian Development Bank

⁶⁸ „Some other projects, such as the Pak Moon Dam and the Klong Dan wastewater treatment plants are funded by taxpayers' money. Construction, foreign advisers, foreign technology—these are all paid for by public taxes.“ by Janchitfah, Supara: No one is immune, <http://www.focusweb.org/publications/2002/no-one-is-immune.htm>



Es wird daher angenommen, dass besonders aufgrund des Einflusses der japanischen Regierung in Weltbankkreisen und deren Interesse an dem Bau des Projektes, die Kredite bewilligt wurden.⁶⁹ Die Deklaration der Weltbankgelder als Kredite an die thailändische Regierung offenbart einen weiteren negativen Effekt des Pak Moon-Staudammes und lässt die allgemeine Finanzierungs-, Bau- und Betreibungsstruktur solcher Großprojekte erkennen. Kreditvergaben der Weltbank an zumeist verschuldete Entwicklungs- und Schwellenländer⁷⁰ sind oftmals an diverse Konditionalitäten gebunden, die unter anderem die wirtschaftlichen Interessen der Industrieländer wahren sollen, welche aufgrund ihrer Mehrheit an Stimmengewicht in den meisten transnationalen Finanzinstitutionen durchaus im Vorteil sind.⁷¹ Im Falle des Pak Moon-Staudammes bedeutet dies, dass mit dem Bau zumeist japanische Unternehmen beauftragt wurden, das investierte Kapital folglich der japanischen Wirtschaft zugute kommt. Die größte Finanzlast trägt im Endeffekt jedoch die thailändische Bevölkerung, der die Kosten in Form einer erhöhten Auslandsverschuldung auferlegt werden, d.h. sie wird durch Steuererhöhungen „zur Kasse gebeten“.⁷² Diverse Studien- und Forschungsarbeiten über den Pak Moon-Staudamm haben ergeben, dass der wirtschaftliche Ertrag des Dammes, sprich die Energiegewinnung, keinesfalls die daraus resultierenden ökologischen und sozialen Folgeerscheinungen auffangen kann. Durch das Stauen des Wassers wird auf lange Sicht der gesamte biologische Lebensraum des Moon-Flusses zerstört werden, Fischarten sowie andere vom Lebensraum des Moon-Flusses abhängige Tierarten sind vom Aussterben bedroht. Dies betrifft vor allem die dort ansässigen Fischer, denen durch den Pak Moon-Staudamm unweigerlich die Lebensgrundlage entzogen wird. Ganze vom biologischen Lebensraum des Flusses abhängige Dörfer, die einerseits vom Fischfang als Nahrungs- und Einkommensquelle abhängen, andererseits auf den Fluss als Wasserreserve

⁶⁹ „(...) and it is largely due to the strong support of Japan at the board meeting that the project was approved by the bank.“, <http://www.mekongwatch.org/english/country/thailand/index.html>

⁷⁰ Thailand und andere ostasiatische Länder werden der Weltbank zufolge in der „Newly Industrialized Country“-Kategorie (NIC) aufgeführt, sind aber spätestens seit der 97er Asienkrise hochverschuldet. Weitere Angaben zu Weltbankkategorien vgl.: Nuscheler, Franz: Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, Bonn, 1996

⁷¹ Das Stimmrecht ist nach den Kapitalanteilen der jeweiligen Länder gewichtet. So besitzt die USA in der Weltbank ein Stimmenanteil von 17,17%, Japan 6,64% und die BRD 5,13%, Quelle: Falk 1994

⁷² Mit ähnlichen Verfahren arbeitet auch die Asian Development Bank unter allgemeinen Bezeichnungen wie: Build-Operate-Transfer (BOT), Build-Operate-Sell (BOS) oder Build-Operate-Own-Transfer (BOOT) Vgl.: Guttal, Shalmali: Marketing the Mekong: The ADB and the Greater Mekong Subregion Economic Cooperation Programme, <http://www.focusweb.org/publications/2002/marketing-the-mekong.htm>

zum Bestellen der Felder angewiesen sind, sind von Verarmung bedroht und in ihrer Existenz gefährdet. Hinzu kommt, dass der vom thailändischen Energiekonzern Electricity Generating Authority Thailand (EGAT) betriebene Staudamm auch wirtschaftlich höchst fragwürdig ist. Einer wissenschaftlichen Studie zufolge produzierte der Pak Moon-Damm, welcher angeblich für 136 Megawatt Förderleistung ausgelegt ist, im Jahresabschnitt 1996 lediglich 20,81 Megawatt. Das ehemals staatliche und im Zuge der Asienkrise privatisierte Unternehmen EGAT treibt auch in anderen südostasiatischen Ländern Bau und Nutzung von höchst fragwürdigen Großprojekten, wie Staudämmen, Kohle- und Wasserkraftwerken voran.⁷³ Im Falle des Pak Moon-Staudammes sind vor allem zwei Forschungsberichte zu beachten. Zum einen die unabhängige Studie der Ubon Ratchathani-Universität, die vier Szenarien der Staudammnutzung und deren Auswirkung diskutierte: 1. das permanente Schließen der Staudammporten, 2. das Öffnen der Pforten für fünf Monate, 3. das Öffnen der Pforten für acht Monate sowie 4. das permanente Öffnen der Pforten. Die Studie favorisierte letztendlich die permanente Öffnung der Staudammporten für zunächst fünf Jahre und kam zu folgendem Schluss: „The electricity supply can be found from other sources, but the problems of community economics and the ecosystem cannot be solved by technical means.“⁷⁴ Eine Weitere Studie wurde von einem selbst zusammengestellten Forschungsausschuss der betroffenen Dorfbewohner, bestehend aus 20 Fischern der Gegend erstellt. Diese sogenannte *thai baan research group* wird wiederum, neben *Assembly of the Poor*, von der transnationalen NGO *Southeast Asia Rivers Network (SEARIN)* durch technische Hilfe unterstützt.⁷⁵ Die Studie der *thai baan research group* versuchte über einen gewissen Zeitraum, in dem die Pforten des Pak Moon Dammes geöffnet waren, die im Moon-Fluss laichenden und lebenden Fischarten zu katalogisieren und die negativen Einwirkungen des Staudammes zu erfassen. Dabei wurde festgestellt, dass 152 Fischarten – viele davon sind schon seit längerem in ihrer Art bedroht – auf den ökologischen Lebensraum des Moon-Flusses und seine Stromschnellen angewiesen sind. Die Nutzung des Dammes bedeutet eine grundlegende topographische Veränderung des Flusses, Stromschnellen werden nur noch vereinzelt zu finden sein und ebenso die darauf angewiesenen Fischarten.⁷⁶ Trotz der erdrückenden Beweislast beider Studien wurde der Pak Moon-Damm mit ausdrücklichem Einverständnis der Thaksin-Regierung nach einer kurzen Öffnungsdauer von nur vier Monaten wieder von EGAT in Betrieb genommen und ist bis dato Anstoß heftiger Kontroversen und Auseinandersetzungen zwischen der thailändischen Regierung und EGAT einerseits sowie der betroffenen Dörfer und *Assembly of the Poor* andererseits. Daher arbeitet *Assembly of the Poor* mit einer Vielzahl von Aktionen und Protestkundgebungen. Neben medienwirksamen Protestveranstaltungen Tausender betroffener Dorfbewohner vor dem Regierungssitz des derzeitigen Premierministers Thaksin Shinawatra in Bangkok, werden ein sogenannter Langer Marsch (long march) veranstaltet, künstliche Protestdörfer und Zeltstädte vor dem thailändischen Regierungssitz und am Pak Moon-Staudamm errichtet sowie mit Flugblättern, Unterschriftensammlungen und anderen Kampagnen die Bevölkerung auf das Problem aufmerksam gemacht.⁷⁷

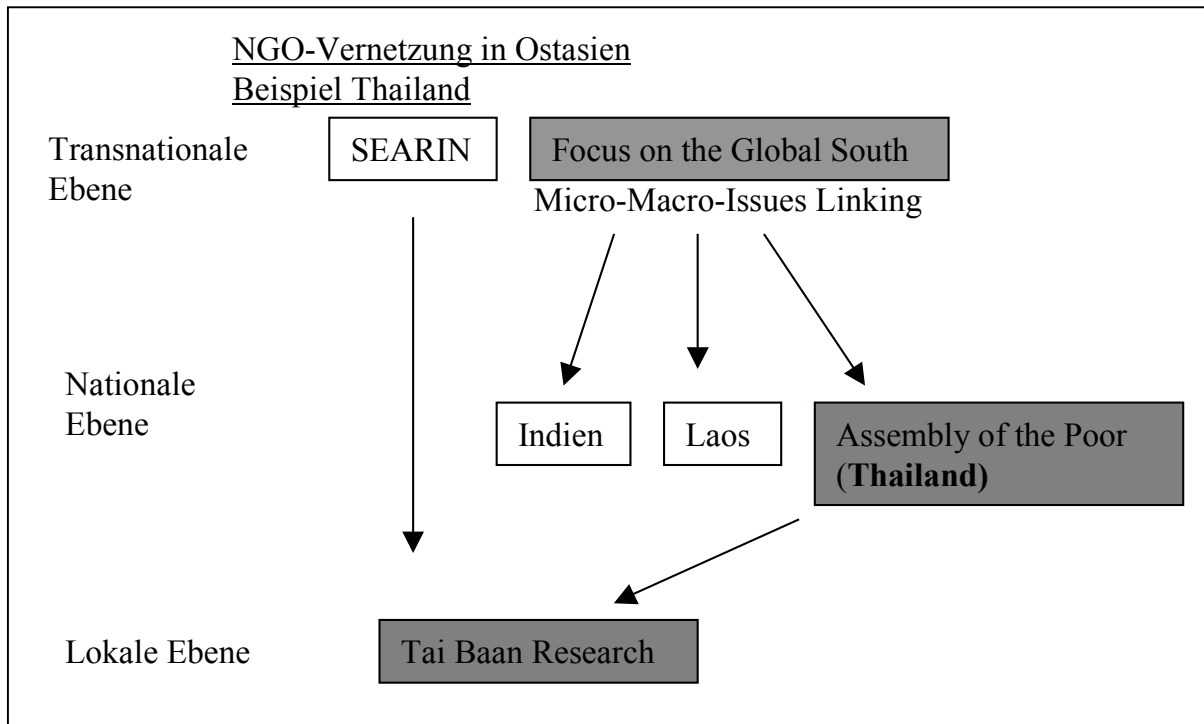
⁷³So auch das Nam Theun 2 Hydroelectric Projekt in Lao PDR, In: Guttal, Shalmali: Public Consultation and Participation in the Nam Theun 2 Hydroelectric Project in the Lao PDR, Research Articles, Focus on the Global South, 2000

⁷⁴ Damning study on Pak Moon dam, 14. Oktober 2002, <http://www.thai.to/aop/news20021014PMD.htm>

⁷⁵ Weitere Informationen über die Arbeit von *SEARIN* sind über deren Homepage: <http://www.searin.org> zu bekommen.

⁷⁶ Die Studie der *thai baan research group* kann unter <http://www.searin.org> heruntergeladen werden.

⁷⁷ Berichte und Informationen über die neuesten Kampagnen von *Assembly of the Poor* sind über deren Homepage <http://www.thai.to/aop> zu beziehen.



Der Lange Marsch stellt in dieser Hinsicht eine interessante Besonderheit dar, weil er die bei der Landbevölkerung tief verwurzelte thailändische Kultur mit in die Kampagne einbezieht. Im Falle des Pak Moon-Staudammproblems bedeutete dies ein etwa 629 Kilometer langer Marsch von der betroffenen Ubon Ratchathani-Region zum Regierungssitz des Premierministers nach Bangkok. Auf dem Weg nach Bangkok befanden sich die Aktivisten, unter welchen neben den *Assembly of the Poor*-Mitgliedern auch viele betroffene, engagierte Dorfbewohner sind, in regem Austausch mit den Schaulustigen und den Menschen, durch deren Dörfer der Marsch führte. Dadurch hatte die Marschgruppe die Möglichkeit, auf die Problematik des Pak Moon-Staudammes aufmerksam zu machen, für ihr Engagement zu werben und gegebenenfalls neue Gleichgesinnte für ihren Marsch zu gewinnen.

Der kulturelle und tief religiöse Aspekt des Langen Marschs besteht darin, dass unterwegs eine Vielzahl von Ritualen und Zeremonien abgehalten werden. „When they pass by rivers, canals or water sources, they pray for the long life of that river or water source, with flowers, candles and incenses. In some case, they pay respects to or worship the river with some betel nut.“⁷⁸

Ein weiterer Hinweis auf die Effizienz der Kampagne von *Assembly of the Poor* und die zentrale Bedeutung des Pak Moon-Staudammes dürften die fast täglich erscheinenden Artikel in den einschlägigen Tageszeitungen sein.⁷⁹

4. Länderbeispiel Philippinen

4.1 Allgemeines zur philippinischen NGO-Szene

In den Philippinen ist der politische und besonders der ökonomische Handlungsraum für NGOs sehr groß, es gibt sowohl einen großen Handlungsbedarf als auch Handlungspotential

⁷⁸ Janchitfah, Supara: Weapons of the Poor, <http://www.thai.to/aop/new20011202pm.htm>

⁷⁹ Eine der bekanntesten Tageszeitungen dürfte die Bangkok Post sein, welche über eine detaillierte Online-Datenbank verfügt. Weitere Informationen sind über <http://www.bangkokpost.com> zu beziehen.

für NGO-Aktivitäten und staatlicherseits geringe Restriktionen.⁸⁰ „Auf dem Höhepunkt der People Power-Bewegung, die im (...Februar 1986...) den Übergang von der Marcos-Diktatur zur Aquino-Administration begleitete, existierten auf den Inseln nach unterschiedlichen Schätzungen zwischen 25.000 und 45.000 (...) NGOs.“⁸¹ Seit der Aquino-Administration wetteifern die NGOs mit den anderen politischen Mächten, um sich politischen Einfluss in den Entscheidungsprozessen des Verwaltungsapparates zu sichern, agieren jedoch trotzdem in klarer Abtrennung vom Regierungssektor. Im Rahmen des 1991 geschaffenen Local Government Code wurde den NGOs angeboten, sich aktiv an der (Mit-)Gestaltung des politischen Lebens auf unterer Verwaltungsebene zu beteiligen. Obwohl das Wahlsystem in den Philippinen es den NGOs ermöglicht, an Wahlen teilzunehmen, und ihre Mitarbeiter öffentliche Ämter bekleiden können⁸² und durch die Erstellung von Expertisen als Politikberater von staatlichen Vertretungen fungieren, ist ihr Einfluss immer noch eingeschränkt.

Trotzdem: „Was Organisation und Mobilisierung, politische Interventionsfähigkeit und die Ideologisierung des Widerstands betraf, galten die Philippinen zeitweilig als Modell.“⁸³ Das weite Spektrum ihrer Themen reicht von den Belangen städtischer Slumbewohner über die Formierung christlicher Basisbewegungen bis hin zu Problemen der Wahrung des kulturellen Erbes indigener Völker.

Trotz starker Vernetzung ist für die NGO-Szene in den Philippinen vor allem in den ländlichen Gebieten die starke Spaltung in ein radikales und ein gemäßigtes Lager kennzeichnend. Grund dafür war die seit Beginn der neunziger Jahre eskalierende Debatte innerhalb der Linken, welche die Szene „heute in mindestens zwei unversöhnlich miteinander im Clinch liegende Lager spaltete – auf der einen Seite die sogenannten Reaffirmists und auf der anderen die Rejectionists – (...).“⁸⁴ Dies wird an dem unten aufgeführten Fallbeispiel des San Roque-Staudamms sichtbar, da die unterschiedlichen NGOs und ihre Netzwerke zwar die gleiche Sache mit dem gleichen Ziel bekämpfen, jedoch nicht miteinander arbeiten.

4.2 Fallbeispiel: San Roque-Staudamm

Der San Roque-Staudamm liegt am Unterlauf des Agno-Flusses in der Cordillera-Region der Provinz Pangasinan, auf den Luzon-Inseln. Der 200 m hohe Staudamm soll mit seinen Kosten von ca. 1,2 Milliarden US-Dollar das größte private Staudammprojekt für Wasserkraft und Bewässerung in Asien werden. Er dient als Vorzeigeprojekt der Ramos-Regierung (1992-98), die ihn in die Wege geleitet hat.

Der Damm soll mit 345 Megawatt die Industrie in Nordluzon mit Strom versorgen und 87.000 Hektar Land bewässern. Somit soll angeblich die Industrialisierung des Landes vorangetrieben und es international konkurrenzfähig gemacht werden.

Die San Roque Power Corporation (SPRC) gehört mehrheitlich Sithe Energies Inc. mit Sitz in New York (51%), des weiteren Japans größter Handelsfirma Marubeni Corporation (41%) und der japanischen Dienstleistungsfirma Kansai Electric (7,5%). Dabei wird die nationale philippinische Strombehörde National Power Corporation (NPC oder NAPOCOR) offiziell

⁸⁰ Shigetomi, Shinichi (Hrsg.): The State and NGOs, Perspective from Asia, Institute of Southeast Asian Studies, Singapore 2002, S. 14. Das Buch untersucht ausführlich die Rolle und den Raum, den NGOs in verschiedenen asiatischen Staaten einnehmen.

⁸¹ Werning, Rainer: NGOs-mehr Schein als Sein?, *Aperçus zu einem entwicklungspolitischen Phänomen*, Zeitschrift Südostasien, 2/01, S.79

⁸² So war während der Präsidentschaft Estradas(1998-2001) zum Beispiel Horacio Morales Agrarreformminister und Edicion de la Torre Chef des dualen Ausbildungssystems, der Technical and Educational Skills Development Authority (TESDA). Beide stammten aus dem vormals linken NGO-Lager der NDF (Nationale Demokratische Front)

⁸³ Werning, Rainer: NGOs-mehr Schein als Sein?, *Aperçus zu einem entwicklungspolitischen Phänomen*, Zeitschrift Südostasien, 2/01, S.79

⁸⁴ Werning, Rainer: Auf Schlingerkurs, Philippinische NRO zwischen Konfrontation und Kooperation, Zeitschrift Südostasieninformationen Philippinen, 3/96, S.57

als Trägerin des Projekts angegeben wie auch als hauptsächlich für die Durchführung zuständige Organisation.⁸⁵ Mit dem Entwurf und dem Bau des Staudammes für 700 Millionen US-Dollar wurde jedoch de facto die amerikanische Firma Raytheon beauftragt.

Die japanische Bank für Internationale Zusammenarbeit (JBIC) gab den genannten privaten Gesellschaften einen Kredit von 302 Millionen US-\$ und der NAPOCOR 400 Millionen US-\$ für die Beteiligung an dem Projekt.

Voraussetzung für den Dammbau war der Abschluss eines Abkommens zwischen NAPOCOR und der SPRC über den Aufkauf von Strom für den Bau, die Inbetriebnahme und Erhaltung des Projektes über 25 Jahre. Während dieser Zeit wird die SRPC den Strom ausschließlich an NAPOCOR verkaufen. Wie bei den meisten Kraftwerken ist auch dieses ein BOT-Projekt. BOT steht für Built-Operate-Transfer. Damit garantiert der Staat die von Privatprojekten wie Staudämmen oder Kraftwerken produzierten Güter (hier Strom) aufzukaufen und die Projekte schließlich nach 10-25 Jahren zu übernehmen.

Die betroffene Bevölkerung in der Umgebung des Staudammes beklagen in erster Linie die gewaltsame Vertreibung von ihrem angestammten Land und die daraus resultierenden schlechteren Lebensverhältnisse sowie unzureichende Entschädigungen jeglicher Form. Ebenso beklagen sie die auch in Zukunft hohen Stromkosten und die Abhängigkeit von der SRPC.⁸⁶ Ferner werden die angeblichen Vorteile dieses Dammes⁸⁷ hinterfragt, wie z.B. der versprochene Schutz vor Umweltkatastrophen wie Überschwemmungen, die Bewässerung von 87.000 Hektar Land und die Verbesserung der Wasserqualität durch verminderte Ablagerungen flussabwärts.

4.3 NGO-Vernetzung in Südostasien: Philippinen

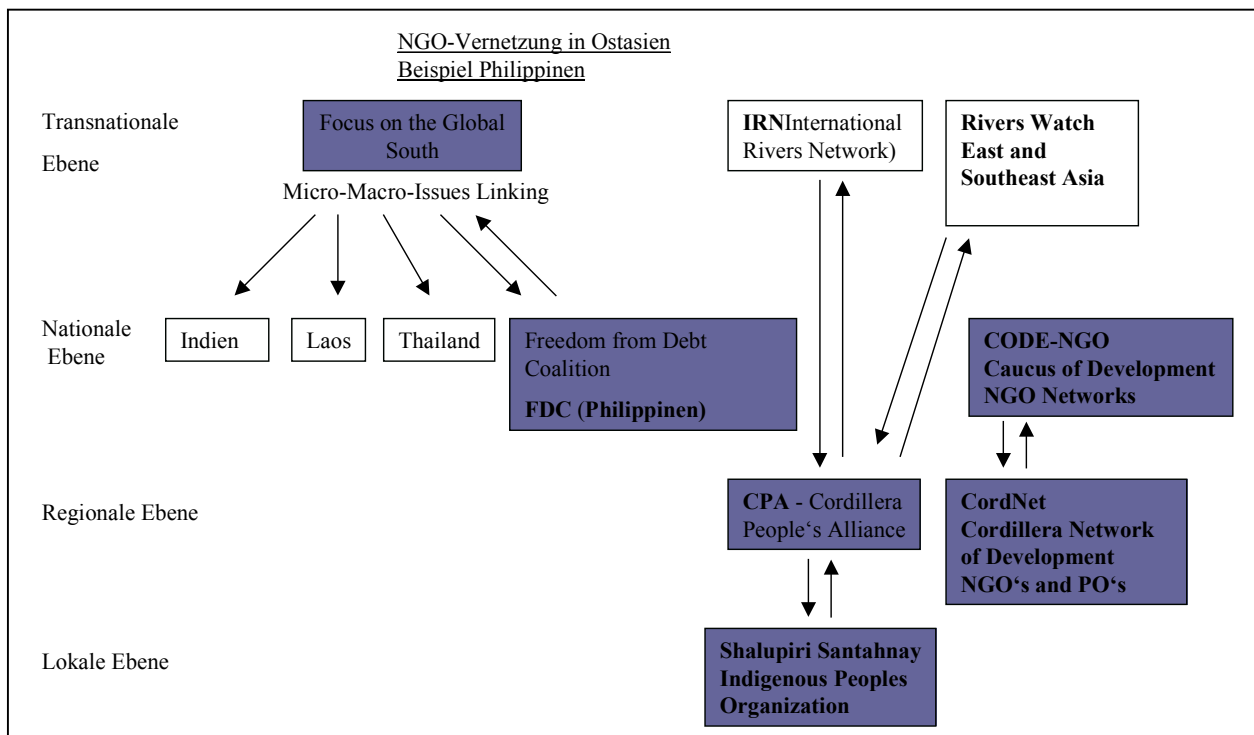
Wie bereits erwähnt gibt es in den Philippinen eine sehr große Anzahl an NGOs und POs. Die hier aufgeführten NGOs sind nur eine bestimmte Auswahl, die im Zusammenhang mit dem San Roque-Staudamm eine Rolle spielen. Die aufgezeigten Vernetzungen verlaufen vertikal, also von der transnationalen über die nationale Ebene und von der substaatlich-regionalen bis zur lokalen Ebene, wobei die kleineren NGOs (manchmal bis hin zur nationalen Ebene) oft nur aufgrund ihrer Vernetzung mit größeren NGOs in deren Homepage über eine Internetpräsenz verfügen. Die hier im Schaubild dargestellten Verbindungen stellen wir in den folgenden Absätzen im einzelnen dar.

⁸⁵ San Roque Dam Primer, What is the San Roque Dam Project? S. 6.

Dieser „primer“ ist eine gemeinsame Publikation der *Cordillera People's Alliance*, der Cordillera Women's Education and Resource Center und der Mining Communities Development Center-Benguet Program.

⁸⁶ Ein Vergleich dazu: Die Privatisierung der öffentlichen Wasserversorgung von Metro Manila führte erst zu Preissenkungen, dann jedoch zu drastischen Preissteigerungen bei z.T. gleichbleibender Ineffizienz. Im Stromsektor führten die meist in US-\$ abgeschlossenen BOT-Verträge mit unabhängigen Stromerzeugern durch den Einbruch des Wechselkurses zu einer starken Verschuldung der NAPOCOR. Über Mithilfe von sogenannten PPAs (Purchased Power Adjustment) werden die Mehrkosten in Form eines Preisaufschlages an die Verbraucher/innen weitergereicht. So haben die Philippinen heute die teuersten Strompreise Asiens.

⁸⁷ Die beiden bereits bestehenden Dämme am Oberlauf des Flusses, Binga und Ambuklao weisen massive Ablagerungen auf, die zu schweren Überschwemmungen am oberen Ende des Beckens führten.



4.3.1 Focus on the Global South und Freedom from Debt Coalition (FDC)⁸⁸

Auf internationaler Ebene greift *Focus on the Global South* die GATS-Problematik auf und versucht über ihr Micro-Macro Issues Linking Program die philippinischen Perspektiven, welche hauptsächlich interne, nationale Probleme fokussiert, zu erweitern. Aus der Unmenge an NGOs, POs und sonstigen politischen Formationen wurde die *Freedom from Debt Coalition (FDC)* als philippinische Partnerorganisation ausgewählt und auch formal in ihre Vernetzung eingebunden.⁸⁹

Die *FDC* arbeitet auf nationaler Ebene und soll als Partner von *Focus* die Mikro-Makro Kapazitäten auf Grassroots- und Provinzebene ausbauen. Sie ist ein sehr breites zivilgesellschaftliches Netzwerk, das die privatisierungskritischen Kräfte der Philippinen anführt. Die Koalition wurde im März 1988 von 250 Stellvertretern von 90 Organisationen als eine multi-sektorale und pluralistische NGO ins Leben gerufen. Heute beinhaltet die Mitgliedschaft ca. 5 politische Blocks, 63 Organisationen, und 56 individuelle Personen. Ferner werden noch regionale und provinzielle Abschnitte mit ihren eigenen Mitgliedern eingebunden. Ursprünglich hauptsächlich zur Bekämpfung der Schuldenfalle gegründet, bearbeitet diese sehr aktive Organisation heute verstärkt Themen bezüglich ökonomischer Liberalisierung. U.a. mit den Kampagnen „Campaign on the Power Industry“ und der „Campaign on Water“ (beide seit 2001) ist die NGO zur nationalen Koordinationsstelle gegen Privatisierung geworden. So hat sie – und nicht die Regulationsbehörde – nach der Privatisierung der Wasserversorgung in Metro Manila zahlreiche Versuche verhindert, dass die Konzessionäre ihnen allzu genehme Leute in die Regulationsbehörde lancieren konnten und dass die Preise nicht zu sehr gestiegen sind.

⁸⁸ Internetpräsenz v.a. über: <http://www.philsol.nl/pir/FDC-newmandate-98c.htm>

⁸⁹ <http://www.focusweb.org/focus/mm/ph/phcp1.html>, First Consultation Report: Philippines

4.3.2 International Rivers Network (IRN), Rivers Watch East and Southeast Asia (RWESA), Cordillera People's Alliance (CPA) und Santanhay Shalupirip Indigenous Peoples' Movement (SSIPM)

Zwei internationale NGOs arbeiten bezüglich des San Roque-Staudamms eng mit der äußerst aktiven, regionalen NGO *Cordillera People's Alliance (CPA)* zusammen.

Die eine ist die amerikanische *International Rivers Network (IRN)*, welche lokale Gemeinden unterstützt, um destruktive Entwicklungsprojekte für Flüsse aufzuhalten bzw. Kulturen und Ökosysteme, die auf den Flüssen beruhen, zu schützen oder wiederherzustellen. Umgesetzt wird dies durch weltweite Zusammenarbeit mit Menschenrechts- und Umweltgruppen in kooperativen Kampagnen für die auf Gemeinden basierenden Flussentwicklungen.

Die zweite transnationale NGO ist die *Rivers Watch East and Southeast Asia (RWESA)*, ein Netzwerk von 35 NGOs und POs aus dreizehn ost- und südostasiatischen Staaten. Sie formierte sich im Juli 2000, um destruktive Entwicklungsprojekte für Flüsse in Ost- und Südostasien aufzuhalten.⁹⁰

Auf regionaler Ebene, nämlich der Cordillera Region, operiert die sehr aktive *Cordillera People's Alliance (CPA)*. Sie ist ein Zusammenschluss indigener Basisorganisationen mit Sitz in Baguio City, welche formell im Juni 1984 von 27 POs gegründet wurde. Ziel der *CPA* ist es, die eingeborenen Völker der Cordillera in ihrem Kampf um ihr angestammtes Gebiet sowie im Kampf um Selbstbestimmungsrechte zu vereinigen. Bis zur Inbetriebnahme könnten 35.000 Menschen der flussaufwärts ansässigen indigenen Bevölkerung in Itogon nachteilig von dem Projekt des San Roque-Staudamms betroffen sein. Die *CPA* vereinigt kirchliche Einrichtungen und Menschenrechtsorganisationen, sektorale Frauenorganisationen, Bauern, Jugendliche, Studenten, Arbeiter und andere Gruppen.

Eine lokale NGO ihres Netzwerkes ist die *Santanhay Shalupirip Indigenous Peoples' Movement (SSIPM)*.

4.3.3 Caucus of Development NGO Networks (CODE-NGO) und Cordillera Network of Development NGOs and POs (CORD-NET)

Die national operierende *Caucus of Development NGO Networks (CODE-NGO)* wurde 1991 von zehn der größten Netzwerke im Land gegründet. Sie vertritt mit sieben nationalen Netzwerken und fünf regionalen Netzwerken mehr als 2,500 NGOs, POs und Kooperative, was sie nach eigenen Angaben zum größten Netzwerk der Philippinen macht. Ihre Hauptziele sind Armutsbekämpfung und Entwicklung. Teil ihres „Project-Teams“ ist das regionale *Cordillera Network of Development NGOs and POs (CORD-NET)*.

5. Vergleich und Fazit

In unserer exemplarischen Betrachtung thailändischer und philippinischer NGOs wurde deutlich, dass die südostasiatische NGO-Szene eine recht heterogene Struktur besitzt. NGOs, POs, Grassrootsbewegungen und andere sozial engagierte zivilgesellschaftliche Gruppierungen entstanden aus unterschiedlichen Beweggründen mit verschiedenen Ideologien und waren zu Beginn ihrer Aktivitäten häufig auf sich selbst angewiesen. Trotz dieses weitreichenden Spektrums an unterschiedlichen NGOs, oder gerade deswegen, hat sich im Unterschied zu Japan, wo die Bildung von dezidiert globalisierungskritischen NGOs vergleichsweise noch in den Kinderschuhen steckt, in Südostasien bereits eine schlagkräftige Zivilgesellschaft mit weitreichenden Kompetenzen und Kenntnissen herausgebildet. NGOs wie *Focus on the Global South* haben in ihren Regionen einen weitaus höheren Stellenwert

⁹⁰ Interessanterweise ist der „network facilitator“ dieser transnationalen NGO mit eigener Homepage Ms. Joan Carling von der *Cordillera People's Alliance*, einer regionalen NGO ohne eigener Homepage.

als vergleichbare Organisationen in Industrieländern. Gründe hierfür sind unter anderem der oftmals recht hohe Rückhalt, den die NGOs in der Bevölkerung genießen, und die für viele auf den ersten Blick radikal wirkende, aber effiziente Vorgehensweise, die aus der direkten Konfrontation mit sozioökonomischen Problemen erwächst. Durch den begonnenen Aufbau eines über alle Ebenen kooperierenden Netzwerkes wird die Bedeutung der asiatischen Zivilgesellschaft auch in Zukunft weiter ausgebaut werden. Eines der wichtigsten Ereignisse war sicherlich das im Januar 2003 stattfindende Asian Social Forum und auch das mit Spannung erwartete World Social Forum nächstes Jahr in Indien wird den Stellenwert der südostasiatischen aber auch der globalen NGO-Bewegung aufwerten.

Dieser zivilgesellschaftliche Gegenpol ist aufgrund der expansiven Deregulations- und Privatisierungsbemühungen der Weltbank und der zukünftigen Einwirkungen des GATS im Dienstleistungsbereich besonders wichtig. Das GATS bedeutet eine weitere Liberalisierung des Wirtschaftssektors, und nahezu in jedem Dienstleistungssektor, so etwa auch dem Wasser- und Energiebereich, sind drastische Kostenerhöhungen zu erwarten, von denen letztendlich nur einige wenige multinationale Konzerne und multilaterale Entwicklungsagenturen profitieren.⁹¹ Die Basis zur Privatisierung wurde bereits mit Strukturanpassungsmaßnahmen der Weltbank geschaffen. Ein gesondertes Problem stellt dabei der Eingriff in souveräne, staatliche Gesetzgebungsbereiche dar, die durch das GATS ermöglicht werden. Beispielsweise können bestehende Umweltgesetze und -auflagen zugunsten von wirtschaftlichen Interessen transnationaler Konzerne ausgehebelt werden. Auf diese Problematik weisen die beiden Staudammbeispiele hin.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass GATS-Kritik und Globalisierungskritik allgemein in Südostasien in einem größeren Zusammenhang gesehen werden müssen. . Untersucht man die Rolle der NGOs ausschließlich in Hinblick auf ihre Arbeit zum GATS, so verzerrt dies die reale Situation der lebhaften NGO-Szene in Asien. GATS-Belange werden sehr wohl auf transnationaler Ebene aufgegriffen und wie am Beispiel von *Focus on the Global South* mit ihrem Micro-Macro Issues Linking Program auf die nationale und lokale Ebene transferiert. Weil die Privatisierung von Dienstleistungen jedoch bereits in hohem Maße vorangeschritten ist spielt das GATS auf nationaler und lokaler Ebene keine so prominente Rolle wie z.B. bei den NGOs in Europa.. Die Arbeitsfelder sind breiter, also allgemein WTO-, bzw. globalisierungskritisch. Andererseits sollte nicht übersehen werden, dass v.a. seit 1995 eine stärkere Hinwendung zu Makro-Sachverhalten erfolgt und somit auf national-lokaler Ebene vermehrt Arbeit mit GATS-Bezug von den NGOs gemacht wird. Deutlich wird dies auch in der Agenda des Asian Social Forum, das im Januar 2003 in Hyderabad stattfand und in dem viele NGOs kritische Beiträge zur Privatisierung des Wasser- und Stromsektors leisteten, also Belange aufgegriffen, die direkt mit dem GATS in Verbindung stehen.

6 Literatur- und Quellenverzeichnis

-Aguiton, Christophe: Was bewegt die Kritiker der Globalisierung?- Von Attac zu Via Campesina, Köln: Neuer ISP Verlag, 2002

-Assembly of the Poor: Damning study on Pak Moon dam, in: Internet:
<http://www.thai.to/aop/news20021014PMD.htm>, Zugriff am 04.12.2002

-Assembly of the Poor: in: Internet:
<http://www.thai.to/aop/data001.html>, Zugriff am 12.12.2002

⁹¹ „Big multinational contractors like Bechtel or Enron, which made tremendous profits building dams or providing power consulting services. (...) While these interests benefited, others paid the costs. Specifically, it was the rural areas and the environment that absorb costs of centralized electrification.“ by Bello, Walden: The paradigm crisis behind the power crisis,
<http://www.focusweb.org/publication.../The%20paradigm%20crisis%20behind%20the%20power%20crisis.html>

- Bello, Walden: The Paradigm Crisis behind the Power Crisis, in: Internet: <http://www.focusweb.org/publication.../The%20paradigm%20crisis%20behind%20the%20power%20crisis.html>, Zugriff am 28.2.2002
- CODE-NGO: in: Internet: <http://www.codengo.org>, Zugriff am 13.01.03
- Carling, Joan: Third WCD Forum Meeting, Cordillera People's Alliance, in: Internet: http://www.unep-dams.org/document.php?doc_id=21, Zugriff am 09.01.03
- Cordillera People's Alliance (CPA): in: Programme
- Cordillera People's Alliance (CPA): in: Flyer: Stop San Roque Dam
- Cordillera People's Alliance (CPA): What is the San Roque Dam Project? In: San Roque Dam Primer
- ECA Watch: The Problems, The Philippines in: Internet: <http://www.eca-watch.org/problems/philippines/>, Zugriff am 10.12.02
- Freedom from Debt Coalition: FDC at the Water Front, in: Paid, Official Publication of the Freedom from Debt Coalition: November 2001, Vol. 11, Numbers 1-2
- Freedom from Debt Coalition: Unites on New Mandate, in: Internet: <http://www.philsol.nl/pir/FDC-newmandate-98c.htm>, Zugriff am 10.12.02
- Fritz, Thomas: Die Bewertung der GATS-Verhandlungen im Rahmen der Wissensgesellschaft, Berlin, 2002
- Focus on the Global South: First Consultation Report: Philippines, in: Internet: <http://www.focusweb.org/focus/mm/ph/phcp1.html>, Zugriff am 16.12.02
- Focus on the Global South: Micro-Macro Issues Linking Program: A Discussion Paper, in: Internet: <http://www.focusweb.org/focus/mm/mmpaper.html>, <http://www.focusweb.org/focus/mm/th/th.html>, Zugriff am 15.12.2002
- Focus on the Global South: Annual Report 2001, Bangkok: Chulalongkorn University, 2001
- Guerrero, Dorothy: Den Bach heruntergegangen, in: Südostasien 2/2002, S. 78-80
- Guerrero, Dorothy: Transnational Activist Networks and International Development Policies: Case Studies from Southeast Asia (noch nicht veröffentlicht)
- Guttal, Shalmali: Public Consultation and Participation in the Nam Theun 2 Hydroelectric Project in the Lao PDR, Research Articles, Focus on the Global South, 2000
- Guttal, Shalmali: Marketing the Mekong: The ADB and the Greater Mekong Subregion Economic Cooperation Programme, in: Internet: <http://www.focusweb.org/publications/2002/marketing-the-mekong.htm>, Zugriff am 21.01.2003
- Heidersbach, Dirk: Die Rolle der Nichtregierungsorganisationen in Thailand, Thailand-Rundschau 3/2001
- IBON: San Roque Multi-Purpose Dam Project, Issue #57, December 2000, Manila
- International Rivers Network: in: Internet: <http://www.irn.org>, Zugriff am 16.12.02
- International Rivers Network: San Roque, in: Internet: <http://www.irn.org/programs/sanroque/index.asp?id=020912.jbicsignon.html>, Zugriff am 16.12.02

- Janchitfah, Supara: Weapons of the Poor, in: Internet:
<http://www.thai.to/aop/new20011202pm.htm>, Zugriff am 04.12.2002
- Janchitfah, Supara: No one is immune, in: Internet:
<http://www.focusweb.org/publications/2002/no-one-is-immune.htm>, Zugriff am 14.12.2002
- Makabenta, Leah P.: The decline and fall and rise again of the Left, in:
 Philippine Daily Inquirer vom 25. Februar, 2001
- Nuscheler, Franz: Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, 4. Aufl., Bonn: Dietz, 1996
- Reese, Niklas: *Allheilmittel oder schleichendes Gift? Privatisierung – Am Beispiel der Wasser- und Stromversorgung in den Philippinen*, in: Internet:
<http://www.privatisierungswahn.de/308.html>, Zugriff am 20.12.2002
- Rivers Watch East and Southeast Asia, in: Internet: <http://www.rwesa.org>,
 Zugriff am 16.12.02
- Santiago, Charles: European Water Corporations and the Privatization of Asian Water Resources, Transnational Institute, Amsterdam, 2002
- Southeast Asia Rivers Network: in: Internet; <http://www.searin.org>
- Shigetomi, Shinichi (Hrsg.): The State and NGOs. Perspective from Asia, Institute of Southeast Asian Studies, Singapore 2002
- Yaowalert, Hannarong: Water management in Thailand, Paper presented at: Mekong Dialogue Workshop „International transfer of river basin development experience: Australia and the Mekong Region“, 02.09.2002

Interessenartikulation innerhalb der WTO: Ein Nord-Süd-Vergleich

Von Christoph Conrad und Tanja Rivera

Zusammenfassung:

Der Beitrag legt die grundsätzliche Nord-Süd-Problematik innerhalb der WTO dar. Während die Welthandelsorganisation von ihrer satzungsgemäßen Anlage her einen Zusammenschluss gleichberechtigter Partner darstellt, geben die realen Entscheidungsprozedere sowie die unterschiedlichen nationalen Ressourcen für Informationszugang und –verarbeitung ein Bild von der strukturellen Ungleichheit ab, die innerhalb der WTO herrscht. Die AutorInnen analysieren dies exemplarisch anhand der Repräsentanz von Entwicklungsländern in Genf und anhand der jährlich formulierten „Technical Assistance Plans“.

1. Einleitung

Im Zuge der Globalisierung werden immer mehr Freihandelsabkommen ins Leben gerufen und heute gibt es kaum ein Land, das nicht Mitglied der Welthandelsorganisation (World Trade Organization, kurz: WTO) ist. Durch die Mitgliedschaft versprechen sich auch Entwicklungsländer mit einer relativ schwachen Wirtschaft Zoll- und Handelserleichterungen um an den globalen Handel teilzuhaben. Trotz möglicher Vorteile, die sich durch den Beitritt in die WTO für weniger entwickelte Länder ergeben, dürfen weitreichende Auswirkungen durch multilaterale Abkommen wie u.a. das Dienstleistungsabkommen GATS nicht außer Acht gelassen werden. Globalisierungsgegner befürchten, dass durch den Freihandel einzig die Global Players gewinnen und die schwächer entwickelten Länder als Verlierer aus dem Spiel gehen. Tendenziell lässt sich eine immer größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich feststellen, genauer gesagt zwischen dem entwickelten Norden und dem weniger entwickelten Süden.

Anhand dieser schriftlichen Darlegung soll die Interessenartikulation der verschiedenen Länder in der WTO im Nord-Süd-Vergleich aufgeführt werden.

Neben einer Vielzahl von Problemen stellt die Mitarbeit innerhalb der Mitgliedschaft der Welthandelsorganisation Entwicklungsländer (EL) vor besondere Probleme. Zumeist haben EL mit einer Reihe von Problemen zu kämpfen, die Industrieländer (IL) nicht im gleichen Maße teilen. Um die besondere Position von EL im multilateralen Welthandelsregime in Bezug auf die Interessenartikulation genauer zu betrachten, werden einige Aspekte des WTO-internen Entscheidungsprozesses aufgezeigt. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei auf die formellen und informellen Strukturen der Entscheidungsfindung gelegt.

Die Heterogenität der WTO-Mitgliedsstaaten, insbesondere der Gruppe der Schwellen- und Entwicklungsländer, soll anhand der exemplarischen Betrachtung von Indonesien und Indien exemplarisch dargestellt werden. Die allgemeinen und spezifischen Schwierigkeiten der EL im WTO-Prozess werden im Anschluss daran beschrieben. Den Abschluss bildet die Beschreibung der institutionellen Antwort der WTO auf diese Fragen.

Eine Darstellung der Verhandlungsverläufe im Einzelnen kann aufgrund der Komplexität der Materie und der großen Anzahl der Akteure im Rahmen dieses Aufsatzes nicht geleistet werden.

2. Strukturelemente der WTO

Die Welthandelsorganisation ist die Nachfolgerin des GATT (General Agreement on Tariffs and Trade). Gegründet wurde sie durch den Abschluss der Uruguay-Runde 1993 und der Ministerkonferenz von Marrakesch 1994. Die WTO ist eine intergouvermentale Organisation mit Hauptsitz in Genf. Das WTO-Sekretariat hat selbst keine Normsetzungsbefugnis. Die WTO unterscheidet sich durch ihre Organisations- und ihre Völkerrechtspersönlichkeit vom

GATT. Sie kann im Gegensatz zum GATT mit anderen internationalen Organisationen Abkommen über eine Zusammenarbeit schließen.⁹²

Zentrale Zielsetzung der WTO ist die Beseitigung von Handelshemmnissen, um einen freien Handel ermöglichen, ökonomische Ressourcen optimal zu nutzen und in allen Ländern eine Steigerung des Lebensstandards zu erreichen. Eine weitere Zielsetzung ist es, wirtschaftlich schwache Länder bei diesem Prozess zu begünstigen.

Der WTO liegen drei Grundsätze zugrunde:

- ➔ Reziprozität: alle Zugeständnisse, die Länder sich gegenseitig einräumen, müssen gleichwertig sein
- ➔ Liberalisierung: Abbau von Zöllen und Handelshemmnissen
- ➔ Nicht-Diskriminierung: Zoll- und Handelsvorteile, die einem Mitglied eingeräumt werden, müssen auch allen anderen Mitgliedern gewährt werden

Integraler Bestandteil der Rechtsordnung der WTO ist die WTO-Satzung. Gemäß Artikel II Absatz 2 zählen hierzu die von allen Mitgliedern zu unterzeichnenden multilateralen und die von einigen zu unterzeichnenden plurilateralen Handelsabkommen. Zu den multilateralen Abkommen zählen neben dem GATT das Dienstleistungsabkommen GATS (General Agreement on Trade in Services), das Patentabkommen TRIPS (Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights) und andere Abkommen wie z.B. das TRIMS (Trade Related Investment Measures Agreement). Hinzu kommen Streitschlichtungsvereinbarungen und Mechanismen zur Beurteilung von Handelspolitiken.⁹³ Relevant für die Betrachtung der Rechtsordnung der WTO ist der Entscheidungsfindungsprozess. Im Gegensatz zur Entscheidungsfindung in anderen internationalen Organisationen werden im WTO-Zusammenhang verschiedene Arten von Entscheidungen nicht unterschieden. Artikel IX der WTO-Satzung trägt die Überschrift „Decision Making“. In allen diesbezüglichen Zusammenhängen spricht die WTO-Satzung dann verallgemeinernd von „decisions“. Die Entscheidungsprozesse weisen jedoch Merkmale auf, die mit Entscheidungsprozessen bei anderen internationalen Konferenzen vergleichbar sind: Zum einen können alle Staaten in allen Organen vertreten sein, d.h. es gibt keine Organe mit beschränkter Mitgliedschaft. Zum anderen ist die Rolle und Einflussmöglichkeit des Sekretariats gering. In der Literatur wird die WTO daher als eine Organisation beschrieben, die hauptsächlich von ihren Mitgliedern beeinflusst und diktiert wird.⁹⁴

Im Gegensatz zur Rechtsordnung des GATT verfügt die WTO-Satzung über explizite Bestimmungen zur Entscheidungsfindung. Es gilt hier das Konsensverfahren, das für multilaterale Verhandlungsrunden und alle anderen Entscheidungsprozesse festgeschrieben ist.

Innerhalb der Entscheidungsprozesse können drei Phasen unterschieden werden:

- **Vorverhandlungsrunde:**

⁹² Vgl. Krajewski: Verfassungsperspektiven und Legitimation des Rechts der Welthandelsorganisation S. 27

⁹³ Vgl. ebd. S. 25 ff

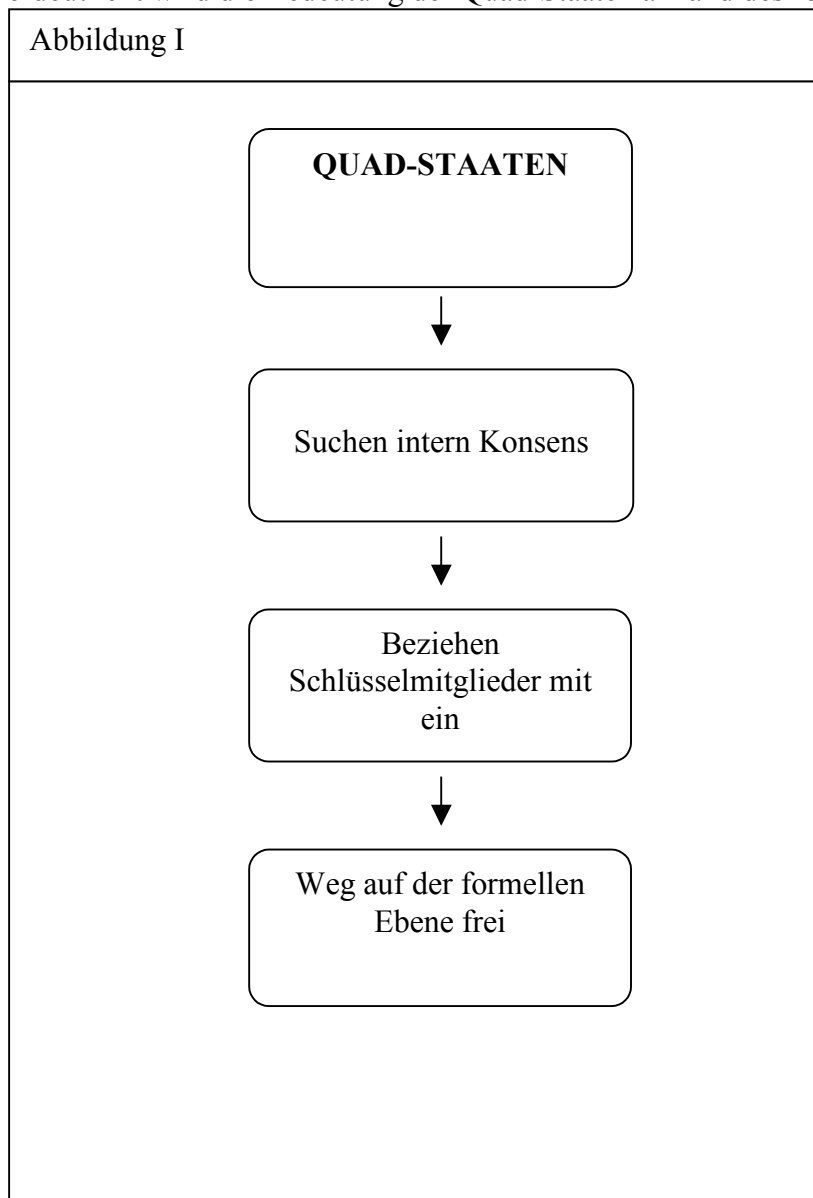
⁹⁴ Vgl. ebd. S. 78

Verhandlungsziele, Leitlinien und anzustrebende Ergebnisse werden festgelegt. Es wird darüber entschieden, wer an der Entscheidungsfindung für die jeweiligen Staaten teilnimmt.

- **Verhandlungsrunde:**
Hier findet der eigentliche Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess statt.
- **Implementierung und Umsetzung:**
Diese kann auf nationaler und internationaler Ebene stattfinden.

Viele Entscheidungsprozesse gehen innerhalb der WTO von den „Quadrilaterals“ oder „Quad-Staaten“ aus (hierzu zählen die USA, Kanada, EU und Japan). Die Initiatoren eines Entscheidungsprozesses bemühen sich bereits zu Beginn des Prozesses in informellen Treffen darum, einen Konsens zu erreichen, wobei zunächst versucht wird innerhalb der Quad-Staaten Einigkeit zu erlangen. Danach werden Schlüsselmitglieder auf informeller Ebene mit einbezogen (hierzu zählen u.a. ASEAN-Länder, Brasilien und Indien). Erst wenn ein Konsens erreicht wird, ist der Weg für die formale Ebene frei.

Verdeutlicht wird die Bedeutung der Quad-Staaten anhand des folgenden Schaubildes:



2.1 Entscheidungsfindungsprozess in der WTO

Von zentraler Bedeutung für die Entscheidungsfindung in der WTO sind das Konsensverfahren und die Informalität der Verhandlungen.

Artikel IX Abs. 1 Satz 1 der WTO-Satzung sieht die Beschlussfassung durch Konsensentscheid vor. Wenn kein Konsens erreicht wird, kann die Beschlussfassung auch durch Abstimmung erfolgen. Ein Beschluss gilt als im Konsens angenommen, wenn bei der betreffenden Abstimmung kein Mitglied, das zum Zeitpunkt der Entscheidung anwesend ist, der vorgeschlagenen Entscheidung förmlich widerspricht.⁹⁵ Obwohl im Prinzip sowohl Konsens- als auch Abstimmungsbeschlüsse möglich sind, wird im Regelfall jedoch inzwischen nachdem Konsensverfahren entschieden. Die Strategie, keine förmlichen Abstimmungen durchzuführen, liegt nicht zuletzt darin begründet, dass bei vielen Sitzungen der WTO-Organen die für eine Mehrheitsentscheidung nach der WTO-Satzung erforderliche Mehrheit der Mitglieder nicht erreicht würde. Beim derzeitigen Mitgliederstand von 145 müssten mindestens 73 anwesend sein.

Innerhalb der Entscheidungsfindung kommt dem Vorsitzenden des jeweiligen Gremiums eine entscheidende Rolle zu:

- ➔ Er formuliert den Wortlaut einer Konsensentscheidung. Hierdurch gewinnt er erheblichen Einfluss auf die Entscheidung.
Der Vorsitzende führt mit den Mitgliedern, die einen Konsens gefährden, informelle Einzelgespräche, sogenannte *green room*-Gespräche.⁹⁶

Theoretisch gilt das „One Country One Vote“-Prinzip. Tatsächlich haben jedoch nur wenige Länder die Möglichkeit eine Entscheidung zu blockieren. Droht eine Konsensentscheidung zu scheitern, wird das jeweilige Land in informellen Gesprächen beeinflusst, bis es der Konsensentscheidung zustimmt. Nötigenfalls kann es zu einer Abstimmung kommen, in der das Land überstimmt wird.

2.2 Green room-Gespräche

Kritikpunkte an den *green room*-Gesprächen sind die mangelnde Transparenz, die fehlende Information über Gesprächsergebnisse für Nichtteilnehmende und die Gesprächsinhalte. Die Vorgehensweise, mit der Mitgliedsländer, die einem Vorschlag nicht oder noch nicht zugestimmt haben, innerhalb dieser Gespräche beeinflusst und umgestimmt werden, bleibt für Außenstehende undurchsichtig und lässt viel Spielraum für Spekulationen. Des Weiteren werden Mitglieder, die nicht an einem *green room*-Gespräch teilnehmen, nur unzureichend über Verlauf und Ergebnisse informiert oder es wird gar der Zutritt verweigert.⁹⁷ Aufgrund des Prinzips der egalitären Repräsentation in der WTO-Entscheidung wird der *green room*-Prozess von einigen Rechtsinterpreten als rechtswidrig beurteilt.⁹⁸

Innerhalb eines Dialogs in Genf zwischen dem WTO Generaldirektor Dr. Supachai und seiner rechten Hand, Stuart Harbinson, wurden daher zum wiederholten Mal *green room*-Gespräche erörtert. Die Ergebnisse dieser Zusammenkunft lassen sich in kurzen Sätzen zusammenfassen. Die *green room*-Gespräche werden von Stuart Harbinson neu definiert, so dass ein informelles Treffen einer selektierten Gruppe von 25 Mitgliedern nicht als *green room*-

⁹⁵ Siehe Krajewski: Verfassungsperspektiven und Legitimation des Rechts der Welthandelsorganisation S. 81

⁹⁶ Auf die Bedeutung von *green-room* Gesprächen wird nachfolgend näher eingegangen

⁹⁷ Vgl. Krajewski: Verfassungsperspektiven und Legitimation des Rechts der Welthandelsorganisation S. 86

⁹⁸ Vgl. ebd.

Gespräch angesehen wird. Er habe nie an *green room*-Gesprächen teilgenommen und wisse auch nichts über deren Existenz. Der Generaldirektor der WTO Supachai hingegen dementiert die Existenz solcher *green room*-Gespräche nicht. Laut Supachai sind Bemühungen im Gange, Transparenz innerhalb von Green-room Gesprächen zu schaffen.⁹⁹ Interessant sind die unterschiedlichen Aussagen über die Existenz der *green room*-Gespräche. Wenn engste Mitarbeiter widersprüchliche Angaben treffen, scheinen deren Aussagen insgesamt sehr fragwürdig

Die Ergebnisse von *green room*-Gesprächen hängt entscheidend von deren Zusammensetzung ab. Diese liegt im Ermessen des Vorsitzenden und einiger weniger Mitglieder, wobei sich die Interessengruppen größtenteils aus Mitgliedern der Quad-Staaten zusammensetzen.

Eine weitere Besonderheit des WTO-Entscheidungsprozesses sind „offene formelle Sitzungen“. Solche Sitzungen werden offiziell bekannt gegeben und alle Mitglieder können teilnehmen. Jedoch wird kein Protokoll geführt und es werden keine Beobachter zugelassen. Bestimmte Entscheidungen können hier bereits vordiskutiert werden, um mögliche Divergenzen erst gar nicht in den formellen Sitzungen aufkommen zu lassen. Derzeit werden lediglich Plenarsitzungen der Ministerkonferenzen als öffentliche Sitzungen abgehalten.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Konsensverfahren und die Informalität der Verhandlungen als wesentliche Strukturelemente in der WTO gelten können.

In den Prozessen der Entscheidungsfindung kommt den Quad-Staaten eine besondere Bedeutung zu. Sie initiieren Entscheidungsprozesse, beziehen Schlüsselmitglieder mit ein und haben weit gehenden Einfluss auf die Mitgliederauswahl. Laut Benedek schon das Konsensverfahren die Souveränität der Vertragsparteien und schützt den Schwächeren.¹⁰⁰ Diese Schonung bezieht sich allerdings nur auf Staaten, die an der Entscheidungsfindung teilnehmen und diese inhaltlich beeinflussen können. Hieraus folgt, dass insbesondere kleine und handelspolitisch weniger bedeutsame Staaten Entscheidungen mittragen müssen, die sie möglicherweise nicht vertreten.

Sämtliche Entscheidungen finden innerhalb eines informellen Rahmens statt. Theoretisch genügt es im Extremfall, dass auf einer formellen Sitzung zu einer bestimmten Frage kein Konsens erzielt wurde, um alle weiteren Verhandlungen und Diskussionen auf die informelle Ebene zu verlagern.¹⁰¹ Kritisch betrachtet bleiben Entscheidungsprozesse für Nichtteilnehmende undurchsichtig. Krajewski geht soweit zu sagen... „dass je bedeutsamer die Entscheidung ist, um so intransparenter ist das Verfahren“.¹⁰²

Aus den aufgeführten Strukturelementen des Entscheidungsfindungsprozesses ergeben sich weitreichende Problemfelder insbesondere für weniger entwickelte Länder.

3. Länderbeispiele

Im Folgenden sollen zwei Länderbeispiele aufgeführt werden, um die Probleme von Entwicklungsländern innerhalb der WTO zu illustrieren. Exemplarisch führen wir zwei Länder an, die sich zwar aktiv in die WTO-Arbeit einbringen, gleichzeitig aber die strukturellen Probleme von Entwicklungsländern (EL) zu bewältigen haben. Zu berücksichtigen ist abermals, dass eine Vielzahl von EL sich de facto nicht aktiv am WTO-

⁹⁹ Siehe Aileen Kwa: Supachi supports exclusive meetings, in: Newsletter Nr. 83 vom 21. Dezember 2002 unter: www.focusweb.org

¹⁰⁰ Benedek zitiert nach Krajewski: Verfassungsperspektive und Legitimation des Rechts der Welthandelsorganisation S. 81

¹⁰¹ Siehe Krajewski: Verfassungsperspektive und Legitimation des Rechts der Welthandelsorganisation S. 85

¹⁰² Vgl. ebd. S. 87

Prozess beteiligt. Bei ihnen stellen sich die im folgenden aufgezeigten grundsätzlichen Probleme mitunter in einer weitaus schärferen Dramatik dar.

3.1 Indonesien

Indonesien hat nach eigenen Angaben¹⁰³ fünf ständige Repräsentanten in Genf, die sich ausschließlich mit WTO-bezogenen Themen befassen. Damit stellt Indonesien im Vergleich zu anderen EL relativ viele personelle Ressourcen zur Verfügung. Die Weltbank und die dort mehrheitlich vertretenen Industrieländer raten Indonesien – wie anderen Entwicklungs- und Transformationsländern auch – den Weg der exportorientierten Entwicklung einzuschlagen.¹⁰⁴ Im Zuge der Asienkrise geriet Indonesien in eine schwerwiegende Verschuldungskrise, die mit Hilfe des IWF aufgefangen werden sollte. Vor allem durch den starken Druck des IWF ist Indonesien der WTO beigetreten. Die Auflagen des IWF¹⁰⁵, bspw. die weitere Kürzung von Lebensmittelsubventionen, führte zu einer Verschärfung der Verteilungsungleichheiten.¹⁰⁶ Trotz der Vielzahl der mit dem WTO-Beitritt einher gehenden Verpflichtungen sind nur einzelne Bereiche des WTO-Regelwerks, wie z.B. der Agrarbereich, für Indonesien von besonderem Interesse, da hier Möglichkeiten gesehen werden, vom Welthandelsregime zu profitieren. Gerade aber in diesem Bereich werden die Barrieren für den Marktzugang nur sehr zögerlich abgebaut, und vor allem die EU scheint wenig Interesse an einem uneingeschränkten Marktzugang für Agrarprodukte aus EL und dem Abbau von wettbewerbsverzerrenden Subventionen im EU-Agrarsektor zu haben. Umgekehrt wird von den Industrieländern in fast allen anderen Sektoren der Abbau von national-protektionistischen Maßnahmen eingefordert.

Das GATS spielt für Indonesien nur eine untergeordnete Rolle, weil das Land Netto-Importeur von Dienstleistungen ist. Durch den marginalen Nutzen des GATS für Indonesien werden die personellen Kapazitäten, sowohl in der nationalen Administration als auch bei den ständigen Repräsentanten in Genf, eher auf die für Indonesien bedeutungsvolleren Gebiete wie den Agrarsektor gelenkt. Die proaktive Einbringung der eigenen Positionen, insbesondere im Bereich des GATS, scheint nur bedingt möglich zu sein.

3.2 Indien

Indien hat nach eigenen Angaben¹⁰⁷ sechs Repräsentanten in Genf. Grundsätzlich hat Indien ähnliche Voraussetzungen bezüglich des internationalen Handelssystems wie Indonesien, also einen Mangel an personellen und finanziellen Ressourcen. Dennoch nimmt Indien eine besondere Stellung innerhalb der WTO ein, weil es in manchen Bereichen der Verhandlungen eine Art Meinungsführerschaft unter einigen EL in Anspruch nehmen kann. Dabei vertritt Indien nicht nur die vordergründigen Interessen der EL, sondern nimmt zu zentralen Fragen des Welthandels dezidiert andere Positionen ein als der Großteil der IL. Ein besonders markantes Zeichen setzte Indien während der Ministerkonferenz in Doha 2001. “Mit immer neuen Einsprüchen legte Indien die Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) in

¹⁰³ Falls nicht anders gekennzeichnet, beziehen sich die Informationen zur indonesischen Position auf die Auskünfte von Mr. Sinambelar, Mitglied der ständigen Repräsentanten von Indonesien in Genf, im Rahmen eines Telefoninterviews am 27.01.03.

¹⁰⁴ Vgl. In der Schuldenfalle: Warum ist Indonesien der WTO beigetreten?, in: Junge Welt, vom 8.11.01, unter: www.jungewelt.de/2001/11-08/016.php vom 19.01.2003

¹⁰⁵ Auf die intendierten und nicht-intendierten Wirkungen der Strukturanpassungsmaßnahmen kann an dieser Stelle nicht genauer eingegangen werden.

¹⁰⁶ Vgl. In der Schuldenfalle: Warum ist Indonesien der WTO beigetreten?, in: Junge Welt, vom 8.11.01 (Anm. 2)

¹⁰⁷ Diese Information stammt aus einem Interview mit einem Mitarbeiter der ständigen Repräsentanten der indischen Mission am 29.01.03. Der Mitarbeiter möchte nicht namentlich genannt werden.

Doha, Katar zeitweise lahm.¹⁰⁸ Bis zuletzt versuchte Indiens Handelsminister Murasoli Maran seine Positionen einzubringen, machte aber schließlich durch seine Zustimmung zum Schlussdokument von Doha den Weg für den Beginn einer neuen Welthandelsrunde frei. Indien nutzt nicht nur solche öffentlichen Gelegenheiten, um auf gravierende Dissense innerhalb der WTO-Gemeinschaft aufmerksam zu machen. Im Rahmen der öffentlichen Berichterstattung wird Indien häufig als Speerspitze der „Nein-Sager“ unter den WTO-Mitgliedern betrachtet, letztendlich um Zugeständnisse des Nordens, auch in nicht WTO-bezogenen Bereichen, zu erreichen.¹⁰⁹

Bei genauerer Betrachtung stellt sich allerdings ein weitaus differenzierteres Bild der indischen Position dar. In der Kooperation mit anderen WTO-Mitgliedern¹¹⁰ wurden u.a. zur Vorbereitung der Doha-Ministerkonferenz einige Positionspapiere verbreitet. Zum Thema hatten sie z.B. den Technologietransfer,¹¹¹ grundlegende Zweifel an der Entwicklungsförderlichkeit von Handel aus sich heraus, Forderungen nach einer differenzierten Politik gegenüber den EL,¹¹² Fragen eines Schuldenerlasses¹¹³ sowie die generelle Kritik am weltweiten Finanzsystem.¹¹⁴

Die Motivation zur Vertretung solcher Positionen lediglich auf eine maximale Ausbeutung von Zugeständnissen innerhalb der Verhandlungen zu reduzieren, wird der indischen Haltung nicht gerecht. Vielmehr ist es parteiübergreifender innenpolitischer Konsens der indischen Politik, dass es zwar zu weiterer wirtschaftlicher Liberalisierung kommen soll, dabei aber der Schutz des Binnenmarktes gewährleistet sein muss.¹¹⁵

Die Artikulation der mitunter kontroversen Positionen von EL kann daher, wie an den beiden Länderbeispielen verdeutlicht wurde, nicht als bloßes handelspolitisches Querulantentum interpretiert werden. Vielmehr sollte der Kritik und den Unterstützungsforderungen der EL Rechnung getragen werden. Inwieweit die Kritik jedoch im Rahmen der WTO Beachtung findet, soll im nächsten Kapitel näher betrachtet werden.

4. Der Technical Assistance Plan

4.1 Die Einbettung in das WTO-System

¹⁰⁸ Neitzel, Jürgen: Indien und die WTO-Konferenz, in: Indien Newsletter, vom 24.1.02, unter: www.indien-newsletter.de/wto.html, vom 17.01.03, S. 1

¹⁰⁹ Vgl. Die WTO vor der Stunde der Wahrheit. Abhaltung eines informellen Ministertreffens in Mexiko, in: Neue Züricher Zeitung vom 23.08.01, S. 21, unter: www.linkeseite.de/Texte/diverses/0304.htm, vom 17.01.03

¹¹⁰ Diese Kooperationen oder Allianzen bilden sich themenbezogen unter jeweils interessierten Mitgliedsstaaten und werden nicht formell organisiert. Den im Folgenden aufgezählten Positionspapieren haben sich bspw. die Länder Kuba, Dominikanische Republik, Honduras, Indien, Indonesien, Kenia, Malaysia, Pakistan, Sri Lanka, Tansania, Uganda und Simbabwe angeschlossen.

¹¹¹ Vgl. WTO: Proposal for the Establishment of a Working Group for the Study of the Inter-relationship between Trade and Transfer of Technology, unter:

www.wto.org/english/thewto_e/minist_e/min01_e/proposals_ewt_gc_w443.doc vom 23.01.02

¹¹² Vgl. WTO: Proposal for a Framework Agreement on Special and Differential Treatment, unter:

www.wto.org/english/thewto_e/minist_e/min01_e/proposals_ewt_gc_w442.doc vom 23.01.02

¹¹³ Vgl. WTO: Proposal for the Establishment of a Working Group for the Study of the Inter-relationship between Trade and Debt, unter:

www.wto.org/english/thewto_e/minist_e/min01_e/proposals_ewt_gc_w4435.doc, vom 23.01.02

¹¹⁴ Vgl. WTO: Proposal for the Establishment of a Working Group for the Study of the Inter-relationship between Trade and Finance, unter:

www.wto.org/english/thewto_e/minist_e/min01_e/proposals_ewt_gc_w444.doc, vom 23.01.02; speziell zum Bereich Investitionen vgl. Raghavan, Chakravarthi: Doha preparatory talks show deep divisions on investment issues, unter: www.twinside.org.sg/title/deep.htm vom 13.01.03

¹¹⁵ Vgl. Betz, Joachim: Indien: Kein gewaltsamer Staatszerfall, in: Matthies, Volker (Hg.): Der gelungene Frieden. Beispiele und Bedingungenerfolgreicher friedlicher Konfliktbearbeitung, Bonn 1997, S. 90-112 (96)

Um den spezifischen Problemen der Entwicklungsländer bei der Interessenwahrnehmung innerhalb des WTO-Regimes zu begegnen, wurde innerhalb der WTO im Rahmen der Doha Development Agenda (DDA) ein Programm zur technischen Unterstützung initiiert.

Der „Coordinated WTO Secretariat Annual Technical Assistance Plan“ (TAP) bezeichnet die vom Sekretariat durchzuführenden Unterstützungsmaßnahmen. Die finanziellen Mittel werden aus dem Global Trust Fund (GTF) bezogen, der speziell für diesen Zweck eingerichtet wurde. Als Ziel der auf freiwilliger Basis von den Geberstaaten bereitgestellten finanziellen Mittel zur Speisung des GTF waren ursprünglich 15 Mio. CHF vorgesehen.¹¹⁶ Im März 2002 wurde diese Summe auf 30 Mio. CHF aufgestockt.¹¹⁷ Die Verdopplung der Summe sollte den EL eine sachgerechtere Unterstützung im Rahmen des TAP ermöglichen, die sie u.a. während der Doha-Ministerkonferenz 2001 von den Industrieländern forderten.

Der TAP stellt lediglich einen von insgesamt sechs sogenannter „levels of action“ mit dem Ziel der technischen Kooperation und des *capacity building* dar. Die sechs Handlungslevel sind im Einzelnen:

- die themenbezogene effektive Koordination der Anstrengungen mit verschiedenen Agenturen und Einrichtungen;
- das sogenannte *Integrated Framework* zur handelsbezogenen technischen Unterstützung für LDCs (Least Developed Countries). Innerhalb des integrierten Rahmenwerks soll eine Koordination zwischen IWF, ITC, UNCTAD, UNDP,¹¹⁸ Weltbank und WTO stattfinden;¹¹⁹
- der Aufbau einer Datenbank innerhalb der WTO, um die handelsbezogene technische Unterstützung effektiver zu koordinieren;
- die Abstimmung der technischen Hilfsmaßnahmen mit bilateralen Gebern innerhalb des DAC der OECD;
- strategische Partnerschaften mit regionalen Entwicklungsbanken; und
- der „Coordinated WTO Secretariat Annual Technical Assistance Plan“.¹²⁰

Die Notwendigkeit, technische Hilfe für bestimmte WTO-Mitglieder bereitzustellen, hat sich im Laufe der Entwicklung des Welthandelsregimes deutlich herauskristallisiert. Diese Wahrnehmung wird sowohl vom Genfer WTO-Sekretariat als auch von den industrialisierten Mitgliedsstaaten der WTO geteilt. Entwicklungs- und Transformationsländer, insbesondere die afrikanischen Staaten und die LDC-Ländergruppe, haben eine Reihe vielschichtiger Probleme. Einige Mitglieder¹²¹ haben z.B. keine ständige Repräsentanz am Sitz der WTO in Genf.

Auf Grund der Dynamik der Verhandlungen, der Komplexität der Verhandlungsinhalte und des recht hohen Abstraktionsgrades¹²² ist es jedoch unerlässlich, kontinuierlich und umfassend an den formellen und informellen Verhandlungen teilzunehmen. Um dies zu bewerkstelligen, haben die meisten Mitgliedsländer, wie oben beschrieben, Kapazitäten in Form von ständigen Repräsentanten am Genfer Sekretariat bereitgestellt. Diese sollen zum

¹¹⁶ Vgl. www.wto.org/english/news_e/pres02_e/pr277_e.htm, vom 25.01.03

¹¹⁷ Vgl. Schmidt, Uwe: Doha Development Agenda, Global Trust Fund und das deutsche WTO-Engagement, unveröffentlichtes Manuskript, S.1

¹¹⁸ IWF (Internationaler Währungsfond), ITC (International Trade Centre), UNCTAD (United Nation Conference on Trade and Development), UNDP (United Nation Development Program).

¹¹⁹ Vgl. Schmidt, Uwe: Doha Development Agenda, Global Trust Fund und das deutsche WTO-Engagement, S. 2

¹²⁰ WTO: Coordinated WTO Secretariat Annual Technical Assistance Plan 2002, S.3f unter: <http://docsonline.wto.org/imrd/directdoc.asp?DDFDdocuments/WT/COMTD/W95R3.doc>, vom 21.01.03

¹²¹ Momentan haben 24 Mitgliedsstaaten und 10 weitere Beitrittskandidaten keine ständige Repräsentanz am Sitz der WTO in Genf. Vgl. dazu: www.acici.org/aitic/documents/diverse1_eng.htm, vom 21.01.03

¹²² Vgl. Schmidt, Uwe: Wer kann mitreden bei der Welthandelsrunde? Capacity Building für die ärmsten Länder, in: E+Z, Juni 2002, 43.Jg., S. 190-191

einen den inhaltlichen Verlauf der Verhandlungen nachvollziehen, um darüber die Regierungen der jeweiligen Heimatländer in Kenntnis zu setzen. Zum anderen sollen die Repräsentanten die Interessen und länderspezifischen Positionen in den Verhandlungsprozess einbringen.

Nur Mitglieder mit personellen Ressourcen in Genf können sich in den Prozess der Entscheidungsfindung einbringen. Der Großteil der Entwicklungs- und Transformationsländer hat jedoch nur wenige Repräsentanten am Genfer Sekretariat.¹²³ Somit müssen die äußerst komplexen Sachverhalte von wenigen Mitarbeitern aufbereitet werden, was unter Berücksichtigung des enormen Umfangs der Verhandlungsmaterie schon für vergleichsweise gut ausgestattete Industrieländer des Nordens ein Problem darstellt. Mitunter werden für die Verhandlung einzelner Textpassagen Experten aus den Industrieländern eingeflogen.¹²⁴ Auf derlei Ressourcen können EL in der Regel nicht zurückgreifen. Die Wahrnehmung ihrer spezifischen Interessen ist dadurch strukturell gehemmt.

Um diese eklatanten Ungleichgewichte zu mindern, wurde der TAP initiiert. Die vormals als Dreijahres-Plan angesetzte technische Hilfe für Entwicklungs- und Transformationsländer wurde im Rahmen der DDA in der Weise umstrukturiert, dass es sich zukünftig um flexiblere Jahrespläne handelt. Dadurch soll vor allem dem kurzfristigen Beratungsbedarf der EL in der laufenden Verhandlungsrunde Rechnung getragen werden. Dies wurde im Rahmen der DDA institutionell anerkannt.¹²⁵

Der TAP 2002 des WTO-Sekretariats stellt den Bereich der multilateralen Hilfe im Rahmen der WTO dar. Bilaterale Hilfen werden in ihm nicht beachtet. Im allgemeinen bezieht sich bilaterale technische Hilfe auf bestimmte Einzelaspekte des WTO-Regelwerks und beschränkt sich in der Regel auf wenige, ausgewählte Mitgliedsstaaten. Innerhalb des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) steht die Integration von EL in das Welthandelsregime als Paradigma des entwicklungspolitischen Handelns – Prinzip „Handel statt Hilfe“ – relativ weit oben auf der politischen Tagesordnung.¹²⁶ Das BMZ will für den Zeitraum von 2003 bis 2006 die Summe von € 5 Mio. für die bilaterale technische Hilfe bezüglich WTO-relevanter Themengebiete bereitstellen. Die Schwerpunkte der Maßnahmen sollen die aktive WTO-Partizipation von EL unterstützen, Implementierungshilfe bereitstellen und auf die allgemeine Ausformung des Wirtschaftssystems des jeweiligen Partnerlandes Einfluss nehmen. Die genaue Ausgestaltung der Veranstaltungen soll erst nach der Bedarfserhebung in den Länderreferaten des BMZ erfolgen, die zur Zeit der Recherche noch nicht abgeschlossen war. Die Adressaten der Unterstützungsangebote sollen prinzipiell alle EL sein, die auch auf anderen Gebieten mit dem BMZ kooperieren.¹²⁷

Der TAP ist, wie oben ausgeführt, die einzige direkt an die WTO angegliederte Ebene, fällt in die Zuständigkeit des WTO-Sekretariats und verdient daher besondere Aufmerksamkeit.

4.2 Der Technical Assistance Plan 2002

Inwieweit die angekündigten Unterstützungsleistungen der technischen Hilfe und des *capacity building* tatsächlich sachgerecht umgesetzt werden, lässt sich am TAP 2002 nur zum

¹²³ Zur Anzahl der Repräsentanten der einzelnen WTO-Mitglieder in Genf vgl. www.wto.org/english/thewto_e/secre_e/intro_e.htm, vom 21.01.03

¹²⁴ so Uwe Schmidt in einem Interview am 3.01.03

¹²⁵ Zur Mandatierung des TAP siehe Doha Ministerial Declaration, § 16, 21, 24, 26, 27, 33, 38-40, 42 und 43, unter: www.wto.org/english/thewto_e/minist_e/min01_e/mindecl_e.htm#cooperation, vom 29.01.03

¹²⁶ Vgl. Schmidt, Uwe: Doha Development Agenda, Global Trust Fund und das deutsche WTO-Engagement S. 4 (Anm. 15)

¹²⁷ Angaben zu Tätigkeiten des BMZ entstammen einem Telefoninterview mit Frau Gerhardus vom BMZ am 20.02.03

Teil belegen. (Die Perzeption der Maßnahmen aus Sicht der EL dient als weiterer Hinweis und wird an anderer Stelle behandelt.) Zwar wurden die Beratungsangebote erweitert und es wurde versucht, den Bedürfnissen der EL weitgehender zu entsprechen als in den vorhergehenden TAPs, allerdings besteht seitens der EL weitaus höherer Beratungsbedarf, der in den zumeist allgemein gehaltenen Veranstaltungen des TAP 2002 nur unzureichende oder überhaupt keine Berücksichtigung fand.

Im folgenden sollen die verschiedenen Maßnahmen des TAP 2002 näher betrachtet werden.

Abbildung 2: Der Technical Assistance Plan 2002

Technical Assistance Plan 2002¹	
Accession	28
Agriculture	15
Competition Policy	28
Customs Valuation	8
Dispute Settlement	15
Government Procurement	14
Implementation Issues	48
Information Technologies / WTO Reference Centres	17
Integrateg Framework / Least-Developed Countries	43
Investment	28
Mainstreaming	37
Market Access	18
Rules	26
Services	62
Short Trade Policy Courses	17
SPS / TBT	37
Textiles and Clothing	4
Tools for Technical Assistance	9
Trade and Environment	16
Trade Facilitation	17
Trade Negotiations Skills	11
Trade-related Interlectual Property Rights	16

¹ Eigene Erstellung nach: Coordinated WTO Secretariat Annual Technical Assistance Plan 2002, (Anm. 23)

Der TAP 2002 kategorisiert 22 verschiedene Themenfelder. Die Tabelle bietet darüber hinaus einen Überblick über die Anzahl der Maßnahmen in den einzelnen Bereichen.

Im Bereich „Services“, deren Maßnahmen das GATS zum Inhalt haben, wurden 62 Veranstaltungen durchgeführt. Trotz der hohen Komplexität der Verhandlungsinhalte wurden hierbei zumeist Seminare durchgeführt, die selten länger als einige Tage dauerten.¹²⁸ Trotz der nominalen Häufigkeit der Maßnahmen kann den Teilnehmern an diesen Veranstaltungen das GATS kaum mehr als überblicksartig näher gebracht werden. Auf spezielle Bereiche und deren Relevanz für die einzelnen Mitgliedsländer wurde kaum eingegangen.¹²⁹

Mit 48 Maßnahmen bildet der Bereich „Implementation Issues“ den zweitgrößten Themenkomplex. Hierunter werden Veranstaltungen verbucht, welche die Behebung von Umsetzungsdefiziten bereits eingegangener Verpflichtungen zum Ziel hatten. Diese Verpflichtungen stammen noch aus der 1995 abgeschlossenen Uruguay-Runde, für deren Implementierung den EL eine Übergangsfrist von fünf Jahren eingeräumt wurde. Diese Frist ist seit drei Jahren verstrichen, vieles konnte von den EL bislang dennoch nicht umgesetzt werden.¹³⁰

Die Quantität der thematisch isolierten Veranstaltungen im Bereich Implementation Issues ist nicht als Hinweis auf punktuelle Know-how-Lücken zu interpretieren. Vielmehr kann dies als Indiz für ein strukturelles „hinterher hinken“ der EL wahrgenommen werden. Wenn es weiterhin große Probleme bei der Umsetzung älterer Verpflichtungen gibt, kann man den laufenden Verhandlungen kaum die notwendige Aufmerksamkeit zukommen lassen, die den Verhandlungsinhalten geboten ist.

Insbesondere das „all or nothing“-Prinzip, das bedeutet, dass bei Eintritt in die WTO das gesamte Bündel von Verträgen übernommen werden muss, ist für EL eine besondere Herausforderung, um Kapazitäten und Kompetenzen zum einen für die direkte Kooperation innerhalb des institutionellen Rahmens der WTO und zum anderen für die Umsetzung der eingegangenen Vereinbarungen im eigenen Land herauszubilden.

Da der TAP in Verhandlungen zwischen den Mitgliedern und dem Sekretariat entwickelt wurde, ist das Sekretariat maßgeblich an der Gestaltung der Inhalte beteiligt. Zwar ist das Sekretariat laut seiner Satzung zur Neutralität verpflichtet, d.h., es hat selbst keine Normsetzungsbefugnis. Aber als Durchführungsorgan¹³¹ der Maßnahmen hat es die institutionelle Kontrolle über die vermittelten Inhalte. Eine nicht immer sachgerechte Konzentration der Beratungsschwerpunkte auf verwaltungstechnische Umsetzungsprobleme zu Ungunsten einer Vermittlung von emanzipierendem Wissen für EL ist deutlich zu erkennen.¹³² Außerdem kann die eindimensionale Wahrnehmung der spezifischen Probleme von EL aus einer handelsbürokratischen Perspektive den Nutzen solcher Veranstaltungen für Teilnehmer aus EL weiter mindern.¹³³

Die Inhalte der Beratungsmaßnahmen sind speziell für den Aufbau von Kernkompetenzen für die Verhandlungsinhalte der laufenden Doha-Runde mandatiert, auch wenn gerade der Bereich der Implementation Issues des TAP de facto ältere Verpflichtungen behandelt. In

¹²⁸ Vgl. Schmidt, Uwe: Doha Development Agenda, Global Trust Fund und das deutsche WTO-Engagement, S. 2

¹²⁹ Vgl. ebd., S.1

¹³⁰ Angaben zu diesem Gebiet stammen aus einem Telefoninterview mit Hans-Peter Werner, Mitarbeiter des WTO-Sekretariats, vom 24.01.03

¹³¹ ein Großteil der Referenten und Berater werden, nach Informationen von H.-P. Werner (vgl. Anm. 14), aus der sekretariats-eigenen technischen Abteilung bereitgestellt.

¹³² Vgl. Varma, Sabrina: Technical Assistance: Empty Promises to elicit Consent?, in: Kwa, Aileen: Power Politics in the WTO, S. 82, zu beziehen unter www.focusweb.org/publications/2002/power%20politics/final.pdf, vom 30.10.02, hat die WTO Aufgaben im Bereich des *capacity building* an die WIPO übertragen, die kein Mandat für solche Aufgaben hat.

¹³³ Vgl. Varma, Sabrina: Technical Assistance: Empty Promises to elicit Consent?, S. 82

einer Untersuchung ist „bei kaum mehr als 135 der 514 geplanten Maßnahmen ... ein eindeutiger Bezug auf die in Doha begonnene Welthandelsrunde erkennbar.“¹³⁴ Die Einbeziehung dieser Themenbereiche lässt jedoch auch darauf schließen, dass EL durch die Gewährung von technischer Unterstützung zu Verhandlungen in neuen Bereichen (bspw. Investment) ermuntert werden sollen. Diese „elusive carrot“¹³⁵ wird nach Angaben eines Botschafters eines Mitgliedsstaates genutzt, „to make palatable and acceptable something I may not have accepted in the first place.“¹³⁶

Nach Ansicht von Sabrina Varma umfasst die momentane Auslegung der technischen Hilfe seitens der WTO folgende Schwerpunkte:

- „provision of ad-hoc events such as seminars;
- virtually no use of local resources;
- governments as the main beneficiaries;
- service provided on the basis of location rather than needs;
- mainly single agency providers; and
- a one-way transfer from developed to developing countries.“¹³⁷

Dies wird nach Varmas Ansicht den Erfordernissen und Bedürfnissen von EL nicht ausreichend gerecht. Als allgemeine Verbesserungen für die sachgerechtere Ausgestaltung der technischen Hilfe und des *capacity building* werden folgende Vorschläge unterbreitet:

- „a needs-based approach which ‘trains the trainers’;
- direct involvement of arrange of complimentary service providers drawing on local institutions wherever possible;
- civil society, academic and private sectors as beneficiaries;
- on-going monitoring and evaluation.“¹³⁸

4.3 Kritik aus den Beispielländern

Neben den allgemeinen Kritikpunkten haben die Repräsentanten der von uns exemplarisch herangezogen beiden Länder ihre Anforderungen an die Ausgestaltung des TAP konkretisiert. Ihren Angaben zufolge können sie nicht umfassend am Verhandlungsprozess teilnehmen. Neben den problematischen Strukturen der Informalität und der Intransparenz, die weiter oben ausgeführt wurden, liegen die Hauptprobleme in einem „lack of capacity“¹³⁹ und einem „lack of financial resources“.¹⁴⁰ Auf Grund dessen wird der große Bedarf an technischer Hilfe und Unterstützung beim *capacity building* hervorgehoben. Insbesondere dem Kapazitätsaufbau innerhalb einiger Mitgliedsstaaten sollte in Zukunft größere Aufmerksamkeit zukommen.¹⁴¹

Nach Angaben der Repräsentanten kann das TAP nützlich sein, er sollte aber um folgende weitere Gesichtspunkte modifiziert werden:

- es sollte auf spezifische Vertragsinhalte genauer eingegangen werden. Die derzeitige Gestaltung sei zu lückenhaft;

¹³⁴ Schmidt, Uwe: Doha Development Agenda, Global Trust Fund und das deutsche WTO-Engagement, S.3

¹³⁵ Varma, Sabrina: Technical Assistance: Empty Promises to elicit Consent?, S. 80

¹³⁶ zitiert nach: Kwa, Aileen: Power Politics in the WTO, S. 66

¹³⁷ Varma, Sabrina: Technical Assistance: Empty Promises to elicit Consent?, S. 83

¹³⁸ ebd.

¹³⁹ So Mr. Sinambelar, Mitarbeiter der ständigen Repräsentanten von Indonesien, in einem Telefoninterview am 27.01.03

¹⁴⁰ ders.

¹⁴¹ Angaben hierzu beziehen sich auf ein Telefoninterview mit Rashid Kaukab, Mitarbeiter des South Centre in Genf, am 24.01.03

- es sollte zu allen Aspekten des WTO-Vertragswerks Beratungsmöglichkeiten geben. Die jetzigen Maßnahmen seien eher angebots- als nachfrageorientiert; und
- die Unterstützung sollte langfristig angelegt werden, um systematisch Kapazitäten aufbauen zu können.

Um eine weitergehende Verbesserung der Situation von EL in Bezug auf handelspolitische Fragen zu erreichen, ist die fortlaufende Einarbeitung der Kritikpunkte und Verbesserungsvorschläge der EL wichtig. Dem Sekretariat in Genf als Planungsstelle sind die von Seiten der EL wahrgenommenen Unzulänglichkeiten zugegangen. Inwieweit diese Punkte in den TAP 2003 einfließen, bleibt abzuwarten. Eine generelle Umgestaltung des TAP 2003 ganz im Sinne der EL ist nicht zu erwarten. Anzunehmen ist, dass die Einschätzung „technical assistance may be useful, but doesn't solve the problems of developing countries“¹⁴² auch in den kommenden Jahren Bestand haben wird.

5. Fazit

Anhand der oben vorgenommenen Betrachtung der Interessenartikulation innerhalb der WTO ließen sich u.a. Strukturen und Konstellationen nachweisen, die eine klare Asymmetrie der Kräfteverhältnisse zwischen IL und EL im WTO-Regime belegen.

Durch die immanenten Strukturen der Informalität und der Intransparenz, deren Problematik und Konsequenzen im ersten Teil dargestellt wurden, werden viele Mitgliedsstaaten zumindest partiell von der Entscheidungsfindung ausgeschlossen. Die Entscheidungsfindung nach dem Konsensprinzip kann der WTO nur vordergründig eine egalitäre Fassade geben. Die herausragende Rolle der „Quadrilaterals“ (Quad-Staaten) und ihr Einfluss auf die Steuerung der WTO-internen Prozesse konterkariert den Anspruch der WTO als Organisation gleichberechtigter Partner.

Diese Exklusivität betrifft vor allem Entwicklungs- und Transformationsländer, die durch ihre Engpässe und Defizite im Aufbau und der Bereitstellung von personellen und finanziellen Ressourcen für die proaktive Mitarbeit innerhalb der WTO darüber hinaus marginalisiert werden.

Selbst Staaten, die im Verhältnis bspw. zur LDC-Gruppe über relativ gute Kapazitäten verfügen, können nach eigenen Angaben nicht umfassend am Verhandlungsprozess partizipieren.

Die institutionelle Reaktion der WTO auf die seit vielen Jahren bekannten spezifischen Probleme von EL (nicht nur) im Handelsbereich bildet der „Technical Assistance Plan“, kurz TAP. Er ist direkt an das WTO-Sekretariat in Genf angegliedert und sollte die EL beim Aufbau von Kernkompetenzen unterstützen. Wie im abschließenden Kapitel dargestellt wurde, werden diese Maßnahmen prinzipiell von den EL begrüßt, allerdings werden sie als unzureichend, nicht zielgerichtet und wenig problemlösungsorientiert kritisiert. Allgemein herrscht unter den EL Ernüchterung über den realen Nutzen des TAP. Einige grundlegende Verbesserungen aus der Perspektive der EL wurden beschrieben. Auf deren Umsetzung aber bleibt zu warten.

¹⁴² ders.

**Duisburger Arbeitspapiere
Ostasienwissenschaften**

Seit Juli 1995 publiziert das Institut für Ostasienwissenschaften eine eigene Reihe von Arbeitspapieren. Sie werden in begrenzter Zahl kostenlos abgegeben. Mit * gekennzeichnete Papiere sind zudem über Internet abrufbar.

Bestelladresse / procurement address
Institut für Ostasienwissenschaften
Gerhard-Mercator-Universität Duisburg
47048 Duisburg
e-mail: oawiss@uni-duisburg.de

**Duisburg Working Papers on
East Asian Studies**

Since July, 1995, the Institute of East Asian Studies publishes its own series of working papers which are available free of charge. Papers marked * can be called up on the Internet.

Internet download
<http://www.uni-duisburg.de/institute/oawiss/publikationen>

- No. 32 / 2000* Th. Heberer, S. Jakobi
Henan - The Model: From Hegemonism to Fragmentism. Portrait of the Political Culture of China's Most Populated Province
- No. 33 / 2000* W. Flüchter
German Geographical Research on Japan
- No. 34 / 2000* U. Jürgens, W. Pascha, C. Storz
Workshop Organisation und Ordnung der japanischen Wirtschaft I
- Themenschwerpunkt: "New Economy" - Neue Formen der Arbeitsorganisation in Japan -
- No. 35 / 2001* C. Derichs, Th. Heberer, P. Raszelenberg (Hg.)
Task Force – Ein Gutachten zu den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen Ostasien-NRW
- No. 36 / 2001* Th. Heberer
Falungong - Religion, Sekte oder Kult?
Eine Heilsgemeinschaft als Manifestation von Modernisierungsproblemen und sozialen Entfremdungsprozessen
- No. 37 / 2001* Zhang Luocheng
The particularities and major problems of minority regions in the middle and western parts of China and their developmental strategy
- No. 38 / 2001* C. Derichs
Interneteinsatz in den Duisburger Ostasienwissenschaften: Ein Erfahrungsbericht am Beispiel des deutsch-japanischen Seminars „DJ50“

- No. 39 / 2001* Anja-Désirée Senz, Zhu Yi
Von Ashima zu Yi-Rap: Die Darstellung nationaler Minderheiten in den chinesischen Medien am Beispiel der Yi-Nationalität
- No. 40 / 2001* W. Pascha, F. Robaschik
The Role of Japanese Local Governments in Stabilisation Policy
- No. 41 / 2001* Thomas Heberer, Claudia Derichs (Hg.)
Task Force – Ein Gutachten zu Beschäftigungspolitik, Altersvorsorge und Sozialstandards in Ostasien
- No. 42 / 2002* Karin Adelsberger, Claudia Derichs, Thomas Heberer, Patrick Raszelenberg
Der 11. September und die Folgen in Asien. Politische Reaktionen in der VR China, Japan, Malaysia und Vietnam
- No. 43 / 2002* Werner Pascha, Klaus Ruth, Cornelia Storz (Hg.)
Workshop Organisation und Ordnung der japanischen Wirtschaft II
Themenschwerpunkt: Einfluss von IT-Technologien auf Strukturen und Prozesse in Unternehmen
- No. 44 / 2002* Werner Pascha
Wirtschaftspolitische Reformen in Japan – Kultur als Hemmschuh?
- No. 45/ 2002* Thomas Heberer, Markus Taube
China, the European Union and the United States of America: Partners or Competitors
- No. 46/ 2002* Thomas Heberer
Strategische Gruppen und Staatskapazität: Das Beispiel der Privatunternehmer
- No. 47 / 2002* Ulrich Zur-Lienen
Singapurs Strategie zur Integration seiner multi-ethnischen Bevölkerung:
Was sich begegnet gleicht sich an
- No. 48 / 2003* Institute for East Asian Studies (Hg.)
Overview of East Asian Studies in Central and Eastern Europe
- No. 49 / 2003* Werner Pascha, Cornelia Storz (Hg.)
Workshop Organisation und Ordnung der japanischen Wirtschaft III
Themenschwerpunkt: Institutionenökonomik und Japanstudien
- No. 50 / 2003* Kotaro Oshige
Arbeitsmarktstruktur und industrielle Beziehungen in Japan
Eine Bestandsaufnahme mit Thesen zur Zukunftsentwicklung
- No. 51 / 2003* Markus Taube
Chinas Rückkehr in die Weltgemeinschaft
Triebkräfte und Widerstände
Auf dem Weg zu einem „Global Player“
- No. 52 / 2003* Claudia Derichs und Wolfram Schaffar (Hg.)
Task Force – Interessen, Machtstrukturen und internationale Regime. Die WTO-Verhandlungen zum GATS (Dienstleistungsabkommen) und sein Einfluss auf Asien